

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis: 3,00 Mk. monatlich...

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die sechsstelligen Anzeigen...

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 25. Juni 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Und wieder Sieg!

Friedberg, 24. Juni.

(Privatdepesche des „Vorwärts“.)
Bei der heutigen Reichstagswahl wurden abgegeben für Vusold (Soz.) 11545 Stimmen...

Bei der Hauptwahl wurden im ganzen 20351 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf Parteisekretär Heinrich Vusold (Soz.) 9551 Stimmen...

Die Stimmzahl der Sozialdemokraten stieg gegen die Hauptwahl um 1904, die der Bündler um 3018. In der Stichwahl haben 607 Wähler mehr als in der Hauptwahl gestimmt.

Nun ist auch Friedberg-Wüdingen unser. Zum ersten Male gehört uns dieser Wahlkreis, dessen soziale Struktur so lange unserer Verlagerung getrotzt...

Gute Arbeit haben unsere Genossen geleistet und sie ist nicht ungelohnt geblieben. Mit besonderer Freude begrüßen wir es, daß dieser Kreis der schlimmsten Reaktion entrisen worden ist...

Von nicht minderer Bedeutung ist, daß auch die Erfahrungen dieser Wahl wieder bestätigen, was alle früheren gezeigt haben. Die Politik des schwarz-blauen Blocks hat im deutschen Volke solche Erbitterung erweckt...

Wir wollen diese Tatsache durchaus nicht überschätzen. Wir wissen, daß der deutsche Liberalismus keineswegs zu einer energiegelben demokratischen Reformpolitik sich ausgerafft hat...

In Friedberg-Wüdingen haben die Volksparteier diesmal ihre Pflicht erfüllt und die Parole für die Sozialdemokratie ausgegeben. Zahlenmäßig darf allerdings die Wirkung dieses Umstandes nicht überschätzt werden...

worden waren, dürfte vielleicht die Hälfte diesmal schon bei der Hauptwahl sozialdemokratisch gestimmt haben, teils weil sie unterdessen sozialdemokratisch geworden, teils weil sie nicht nationalliberal wählen wollten...

Die deutsche Arbeiterklasse ist aber unbeirrt von den wechselnden Stimmungen ihrer Gegner ruhig und siegesicher ihren Weg gegangen. Mögen die liberalen Parteien Stange halten oder wieder mit ihren Feinden Frieden machen...

Die Nachwahl in Cannstatt-Ludwigsburg.

Aus Stuttgart wird uns geschrieben:
Die Anberaumung der Wahl auf den 20. August ließ sich angefangen der Erregung der Wählerkreise über diese offensichtliche Vergrößerung der nationalliberalen Partei...

Die Ansichten für unsere Partei sind günstig. Ein Fehler wäre es freilich, wenn unsere Genossen gar zu siegesicher sein würden. Im Januar 1907, bei den Pottentottenwahlen, siegte Hieber mit 18787 Stimmen gegen 15546, die auf unseren Kandidaten W. Reil...

Wie vorauszusehen war, hat für die bevorstehende Ersatzwahl der Bauernbund einen eigenen Kandidaten in der Person seines Führers Dr. Wolff aufgestellt; die „Demokraten“ treten für den nationalliberalen Kandidaten, Ziegeleibestger Deitinger ein...

Das Belzheimer Landtagsmandat Hiebers ist gleichfalls erloschen. Im Dezember 1906 wurde Hieber mit 1809 Stimmen im ersten Wahlgang gewählt gegen 741 sozialdemokratische, 424 volksparteiliche und 160 Zentrumstimmen...

Polizei und Maifeier.

Vor dem Bezirksauschuß des Regierungsbezirks Köln wurde dieser Tage die Klage des Parteisekretärs Genossen Bernhard Müller gegen den Polizeipräsidenten zu Köln wegen Nichtgenehmigung des Maifeierumzugs verhandelt. Genosse Müller, der seine Sache selbst vertrat, ging in etwa einständigen Ausführungen auf den Gegenstand der Klage ein...

Eingehend wies Genosse Müller ferner die Unhaltbarkeit der tatsächlichen Einwände und Behauptungen des Polizeipräsidenten in seinen Gegenerklärungen nach. Er unterbreitete photographische und statistische Aufnahmen aus den für den beabsichtigten Umzug in Betracht kommenden Straßen...

Auf eine kurze Erwiderung des Vertreters des Polizeipräsidenten, Polizeirats Klein, wies Genosse Müller weitere Unrichtigkeiten in den Behauptungen der Gegenseite nach. Er verwies einerseits auf Städte wie Dresden, Hamburg, Leipzig usw., andererseits aber auf Magdeburg, Halle usw. dafür, daß die öffentlichen Aufzüge der beantragten Art ohne Anwesenheit der Polizei und ohne deren Zustimmung in vollster Ruhe und Ordnung verliefen...

Der Bezirksauschuß konnte sich nicht dazu entschließen, dem Polizeiminister und seinem Kölner Untergebenen die wohlverdiente Zurechtweisung zu erteilen. Die Klage des Genossen Müller wurde abgewiesen mit der Erklärung, daß der Bezirksauschuß sich auf den Standpunkt des beklagten Polizeipräsidenten gestellt habe, wonach eine

„Gefahr für die öffentliche Sicherheit“ vor-
gelegt habe. Eine nähere Begründung ersparte sich
der Bezirksauschuss klüglich. In der Sache wird nun das
Oberverwaltungsgericht als oberste Instanz zu reden haben.

Zugleich mit dieser Entscheidung des Kölner Bezirks-
auschusses erging eine ähnliche in Schlesien. Sie ist des-
halb besonders interessant, als der Verantwortliche der neue
preussische Polizeiminister ist. Herr v. Dallwitz
hat noch in der letzten Stunde seiner Amtstätigkeit als Ober-
präsident von Schlesien einen neuen Beweis seiner Be-
fähigkeit zum Polizeiminister erbracht. Er hat unterm
16. Juni dem Vorsitzenden des Soz. Vereins Breslau
mitteln lassen, daß Polizei- und Regierungspräsidenten den
Maßnahmen der Breslauer Arbeiterklasse mit Recht ver-
boten hätten, weil — die alte Phrase! — eine „Ge-
fährdung der öffentlichen Sicherheit“ zu befürchten gewesen
sei. Konkrete Tatsachen, die diese Androhung beweisen
könnten, hat sich der schnell avancierte Herr aus guten
Gründen geschenkt. Dagegen das Oberverwaltungsgericht sie erst
neuerdings wieder für notwendig erklärt hat. Der Mann also,
der so wenig die Urteile des höchsten Gerichts respektiert,
wird in Preußen Minister! Polizeiminister dazu!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. Juni 1910.

Eine Bündler-Schurkerei!

Das gemeine Verbrechen, das am Mittwoch in Friedberg
begangen wurde, ist den Wahlmännern der Bündler gerade gut
genug gewesen, um es zu einem noch gemeineren Streich gegen
die Sozialdemokratie zu verwenden. Am Donnerstag haben
sie im Wahlkreis Friedberg-Büdingen ein „Extrablatt“ folgenden
Wortlaut verbreitet:

„In dem Zimmer des Friedberger Gasthauses, in welchem
der Mordmörder vor der Tat übernachtet hatte, wurde ein Brief
von der „Redaktion des Wahren Jakob“, des bekannten sozia-
listischen Wochenblattes, vorgelesen.“

So wird der Eindruck zu erwecken gesucht, daß der Mord-
bube ein Sozialdemokrat sei, vielleicht gar von der Sozial-
demokratie angelistet worden sei. Dabei war den Wählern
des Schandblattes genau bekannt, daß der Adressat jenes
Briefumschlags ein sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter,
der Genosse Dr. David war, der einige Tage vorher in jenem
Hotelzimmer übernachtete und den Briefumschlag hatte liegen
lassen!

Das hat die sauberen Gesellen im Bündlerlager nicht
geniert. Gegen die Sozialdemokratie ist ihnen jedes Mittel,
auch das schurkischste recht. Wir überliefern diese Vuben der
verdienten Verachtung, wollen aber der Gerechtigkeit halber
nicht verschweigen, daß der schone Streich in bürgerlichen
Kreisen allgemeine Verurteilung gefunden hat, ja daß sich
selbst einige Bündler dieser Tat ihrer Wahlmänner offensichtlich
geschämt haben.

Auch darin ein Junker!

In der demokratischen Wochenschrift „Das freie Volk“ erzählt
H. v. Gerlach interessante Erinnerungen aus der Zeit, da er als
Regierungsdirektor in dem Kreise tätig war, zu dem auch
Friedrichruh, der Sitz des großendlichen abgeleiteten Reichs-
kanzlers Bismarck gehörte. Ueber Steuerbetrügereien Bis-
marcks schreibt H. v. Gerlach:

Ich bekam als Vertreter des Landrats den Vorstoß in der Ein-
kommensteuerveranlagungskommission übertragen. Der Landrat,
der mir das eröffnete, sagte hierzu: „Auf eins möchte ich Sie be-
sonders aufmerksam machen. Zu unseren Besten gehört natür-
lich Bismarck. Sie werden sich vielleicht über die Kürze seiner
Steuererklärung, vor allem aber über die Forderung, daß
seiner Selbstbeurteilung wundert. Trotz-
dem bitte ich dringend, ihn nicht mit Rückfragen
zu belästigen oder gar seine Steuererklärung
zu beanstanden. Das würde ihn entsetzlich aufregen. Sie
wissen, wie er über Steuerzahlen denkt. Warum soll man auf
einen Mann wie ihn nicht diese Rücksicht nehmen. Oben“ ist
man damit übrigens auch einverstanden. Natürlich glaubt jeder-
mann, daß sein Einkommen höher ist. Aber ich habe
gehört, daß er gewisse Kapitalisten seinen Eöhnen abgetreten
habe. Die werden wohl ihrerseits dafür mehr Steuern zahlen. So können
wir unser amtliches Einkommensgewissen beruhigen.“ ... Als ich
nachher die Steuererklärung selbst sah, kriegte ich doch noch
einen Schrecken. So dürftig hatte ich mir die An-
gaben, so niedrig die Einkommenssumme selbst
nach der schonenden Vorbereitungen durch den
Landrat nicht vorgelegt. Das sah ja so aus, als wenn
der oberste der notleidenden Agrarier wirklich nur ein paar lumpige
Millionen im Vermögen hätte. Garzin, Schönhausen, der Sachsen-
wald, die Güter im Stormarnschen, die industriellen Anlagen, das
von Reichsruher so erfolgreich angelegte Kapitalvermögen — und
damit diese kümmerliche Einnahme! Dabei wußte ich durch den
Oberförster Lange, der den Immobilienbesitz verwaltete, so einiger-
maßen über die Einkünfte Bescheid. Da ich legte die Steuer-
erklärung meiner Kommission vor. „Alles möglich viel-
sagenes Lächeln! „Wünscht einer der Herren das Wort?“
Rein! „Sollen wir uns mit dieser Steuererklärung begnügen?“
Ja! Ich ging zur nächsten Sache über.

Ein charakteristisches Licht auf die Haltung Bismarcks zu Kultur-
fragen wirft folgende Stelle:

Als vielfacher Rittergutsbesitzer war Bismarck auch Patron
mehrerer Schulen. Die Höchstzahl der Schüler pro Lehrer beträgt
in Preußen 80. Die Schule in Kumühle, wo viele Kinder Bis-
marckscher Waldarbeiter eingeschult waren, zählte bereits über
100 Schüler und hatte noch immer nur einen Lehrer.
Die Regierung drängte auf die Anstellung eines zweiten Lehrers.
Vergebens. Aller Schriftwechsel blieb erfolglos. Da beramte
der Landrat eine Sitzung des Schulvorstandes an und fuhr selber
dazu hin. Als er das Sitzungslokal betrat, fand er zu seinem
größten Erstaunen Bismarck vor, der damals noch Reichskanzler
und Ministerpräsident war. Der Landrat trug die Gründe vor,
die die Anstellung des zweiten Lehrers nach den geltenden Be-
stimmungen einfach geboten erscheinen ließen. Nach dem Landrat
sprach Bismarck „als Schulpatron und Hausvater“ mit aller Schärfe
gegen den zweiten Lehrer. Der koste eine Menge Geld.
Es sei bisher mit einem Lehrer gegangen und werde auch in Zu-
kunft damit gehen. Daß die Kinder noch mehr
lernten, sei nicht nötig. Begeistert stimmten die Bauern
von Kumühle zu. Einstimmig wurde der zweite Lehrer abgelehnt.
Wie ein begoffener Pudel mußte der Landrat abziehen.

Bismarck hatte wieder einen Krampf zu verzeichnen: den
Kumühler Bauern und nebenbei auch sich selbst hatte er durch
seine überzeugende Beredsamkeit neue Schulausgaben erspart.
Die Regierung, deren höchster Chef Bismarck war, konnte sich
ihre Bestimmungen über die Höchstzahl der Schüler sparen lassen.

War wußte bereits alle Welt, daß Bismarck ein begeisterter
Anbeter des „Gottes Kinn“ war, die Schilderung vervollständigt
aber noch das Charakterbild des Mannes, der es während seiner
Amidzeit vom arbeitsamen Junker zum vielfachen Millionär brachte.

Eisenstürmige Fälscher.

Auf unsere geistige Festmahlung des frechen Vuben-
stüdes, den sozialdemokratischen Antrag auf Einführung des
Verhältnismahlensystems für die Landtagswahlen in Baden in
einen Versuch zur Wahlrechtsverschlechterung umzuändern,
antwortet die „Germania“ heute mit einigen Ausführungen, die
ebenso dumm und vubenhast sind, wie die Fälschung selbst.
Gewiß könne die Verhältnismahlwahl das Wahlrecht auf die
höchste Stufe der Gerechtigkeit bringen, dort nämlich, wo man
gewillt sei, Gerechtigkeit zu üben — aber wer werde denn bei
der roten Partei des Terrorismus und der Unterdrückungs-
sucht Gerechtigkeit suchen und erwarten! Damit gibt das
Blatt selbst zu, daß es frischweg verleumdete hat, daß es noch
nichts über die Einzelheiten des sozialdemokratischen Vor-
schlages weiß, also auch nicht den geringsten positiven Anhalt
hatte, da es ihn als Wahlrechtsverschlechterung ausschrie.
Damit könnten wir das Fälscherblatt laufen lassen, wenn es
nicht mit neuen Fälschungen käme. Es fragt nämlich im Tone
des entrüsteten Viedermannes:

„Warum haben denn die badischen Genossen nicht schon da-
mals, als sie mit dem Zentrum für das allgemeine, gleiche,
geheime und direkte Wahlrecht kämpften, das Verhältnismahlrecht
verlangt? Ziel ihnen gar nicht ein! Und weshalb wehren sich
eben in Frankreich die „mentwegten“ Genossen gegen die Ein-
führung der Verhältnismahlwahl?“

Dagegen haben wir festzustellen: 1. Die badische So-
zialdemokratie hat das Verhältnismahlensystem schon in den
neunziger Jahren gefordert; sie hat es stets in ihrem Kampfe
um das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht
vertreten! Im Jahre 1904 haben die sozialdemokratischen
Vertreter im Verfassungsausschuß das Verhältnismahlensystem
beantragt und der damalige badische Landtagsabgeordnete
Genosse Eichhorn hat den Antrag eingehend begründet. Das
Zentrum hat damals diesen Antrag abgelehnt!

2. Unsere französischen Genossen sind in ihrer er-
drückenden Mehrheit für die Einführung des Ver-
hältnismahlensystems, sie sind die energischsten Vertreter dieser
Forderung. Nur ganz vereinzelte Eigenbröddler, wie der
durchaus nicht „mentwegte“ Breton haben sich gegen das
Verhältnismahlensystem erklärt, sie sind damit in scharfen Gegen-
satz zur Parole der Partei getreten!

Wir sind gespannt, mit welchen neuen Fälschungen die
eisenstürmigen Redakteure des Zentrumsblatts diese Festsstellung
der Tatsachen beantworten werden. Nach den bisherigen
Leistungen darf man schon einiges erwarten.

Zur Nachwahl in Bismarck-Marienberg.

Von den Antisemiten ist jetzt definitiv der Reformier Freisch e
als Kandidat aufgestellt worden. Die Nationalliberalen und Fort-
schrittler suchen noch einem Mann, den sie gemeinsam nominieren
können.

Unsere Genossen eröffnen am Sonntag die Wahlkampagne mit
einer großen Kundendemonstrationssammlung zu Gelenau, in
der die Genossen David, Sindermann und Göhre sprechen
werden.

Der beliebteste Reichskanzler.

Aus Stuttgart wird und geschrieben:
Am Donnerstag traf Herr v. Bethmann-Hollweg hier ein, um
dem König von Württemberg seine Antrittsvisite zu machen. Nur
Neugierige hatten sich am Bahnhof eingefunden, um sich den Kanzler
der Junker anzuschauen. Als der Herr durch die Reihen der Ju-
schauer schritt, wurde kein Ruf laut. Niemand hielt es der Mühe
für wert, auch nur den Hut zu ziehen vor dem obersten Beamten
des Reiches. Dabei rekrutierte sich das Publikum nur aus bürger-
lichen Kreisen. Der eifrig lächelnde Empfang schien dem Kanzler,
der vom Ministerpräsidenten Weizsäcker ins Hotel geleitet wurde, sehr
wenig zu behagen.

Wird er gesund bleiben?

Nach langer Pause heißt es jetzt plötzlich, daß der verhöllene
Eulenburg-Prozess doch noch durchgeführt werden soll. Die
Staatsanwaltschaft will es angeblich mit einer neuen Verhandlung
gegen den Fürsten Philipp Eulenburg versuchen. An-
scheinend nicht ganz freiwillig. Denn es verlautet, daß nach Wieder-
zusammentritt der Parlamente im Herbst beabsichtigt sei, eine Inter-
pellation über den Stand des Meinelidderfahrens gegen Eulenburg
einzubringen. Der Alensteiner Prozeß gegen die Frau v. Schöne-
beck kam bekanntlich auch auf diese Weise in Gang. Der Eulen-
burg-Interpellation möchte die Staatsanwaltschaft zuvorkommen und
den Prozeß im September in der ersten Schwurgerichtsperiode
wieder aufnehmen. Die Verhandlung wurde bekanntlich zuletzt im
Juli vorigen Jahres auf unbestimmte Zeit vertagt, weil der an-
geklagte Fürst von den Gerichtsarzten damals als nicht verhand-
lungsfähig bezeichnet wurde. Der Gesundheitszustand des Fürsten
hat sich jetzt aber dermaßen gebessert, daß von einem Kranksein
kaum mehr die Rede sein kann.

Ob er aber bis zum Herbst gesund bleiben wird?

Behördlicher Terrorismus.

Daß ein Teil der preussischen Behörden sich als
konservative Parteiagentur fühlen, ist eine be-
kannte Tatsache. Sie wird neuerlich beleuchtet durch folgenden
Ratschrei, den mehrere Beamte in einem Posener Blatt
veröffentlichten:

„In anscheinend sämtlichen hiesigen preussischen
Behörden zirkulieren mit den amtlichen Schrift-
stücken und Mitteilungen Listen mit der Aufforderung
zum Beitritt in den hiesigen neugegründeten konservativen
Verein. Es stellt dies eine durchaus unzulässige Inanspruch-
nahme der Behördenorganisation zum Zweck der Propagierung
für eine einzelne politische Partei dar. Ausserdem aber läßt sich
auch der Gedanke nicht von der Hand weisen, daß durch solche —
mindestens scheinbar — amtliche Art der Propagierung Charak-
terstärke und politisch nicht durchgebildete Elemente bewogen
werden sollen, sich einer Partei anzuschließen, deren Tendenzen
und Ziele sie im allgemeinen nicht billigen.“

Das Skizze dabei ist, daß die Partei, der hier die Be-
hörden das Wasser abgraben sollen, die national-
liberale ist, die bekanntlich stets für Beamtenmaßregelung
und Gefinnungsmittelerei eintritt, sobald es sich um
Sozialdemokraten handelt.

Der zusammengebrochene Anarchisten-Schreck.

Aus München wird unterm 24. Juni zum Anarchisten-
prozeß München gemeldet: Die Vernehmung des Verlesers für
Rücham und Genossen günstig. Deshalb verzichtete der Staats-
anwalt auf die Vernehmung der übrigen Zeugen, soweit sich ihre
Aussagen auf die Anklage wegen Geheimnisschweigen bezogen haben
würde. Die Angeklagten Schulz-Morax und Dexte wurden auf
Antrag der Verteidigung aus der Haft entlassen.

Vietsche in Ostpreußen.

Bekanntlich lehnt die agrarische Mehrheit und ihr Anhang im
Reichstag die wiederholt verlangte Aufhebung oder Erleichterung
des Vieheinfuhrverbotes aus den Nachbarländern mit der Begrün-
dung ab, daß Deutschland vor der Einschleppung von Viehsuchen

aus dem Auslande geschützt werden müsse. Danach müßten also
unausgesetzt in den Nachbarländern Viehsuchen grassieren und
das Viehsuchen in Deutschland vor der Gefahr der Einschleppung
durch die Grenzsperrn geschützt werden. Es ist nun aber schon oft
von sozialdemokratischer Seite nachgewiesen, daß die an die Wand
gemalte Einschleppungsgefahr bei rationalen Vorsichtsmaßregeln
gar nicht besteht, sondern den Agrariern nur dazu dient, die Vieh-
und Fleischpreise in die Höhe zu treiben. In den meisten Fällen
ist nämlich festgestellt — besonders in den östlichen Provinzen —,
daß die auftretenden ansteckenden Viehkrankheiten wie „Rottlauf“,
„Influenza“, „Maul- und Klauenseuche“, heimatlichen Ursprung
haben. Solch eine Feststellung kann auch jetzt wieder in Ostpreußen
gemacht werden.

Am 18. Mai d. J. wurde auf dem Gute Goldenau im Kreise
Ostpr. dicht an der russischen Grenze, bei einer seit einer Woche wei-
denden heimischen Rindviehherde der Ausbruch der Maul- und
Klauenseuche festgestellt. Daß diese gefährliche Seuche durch
russisches Vieh über die Grenze geschleppt worden ist, ist vollständig
ausgeschlossen und wird auch von sachverständiger landwirtschaft-
licher Seite gar nicht behauptet. Selbst das Amtsblatt der Land-
wirtschaftskammer „Georgiene“ schreibt in seiner Nummer vom
17. Juni: „Die Einschleppung ist mit Sicherheit auf den Ver-
kehr von Vieh aus Rußland zurückzuführen.“ Jene-
weldige Begründung für diese sehr unwahrscheinliche Behauptung
gibt das Blatt nicht. Aber etwas anderes ist wichtig, öffentlich
festzulegen zu werden, nämlich die Tatsache, daß es den in Frage
kommenden Behörden, die mit peinlicher Genauigkeit auf die Be-
wahrung der Grenze und auf strenge Durchführung des Viehein-
fuhrverbotes dringen, nicht möglich gewesen ist, die Verschleppung
der im eigenen Lande ausgebrochenen „Maul- und Klauen-
seuche“ zu verhindern resp. sie auf die nächste Umgebung des Ur-
sprungsortes zu beschränken. Am 18. Mai wurde dort die Seuche
entdeckt. Aber am 25. und 26. Mai gelang es einem Händler noch,
verseuchtes Vieh aus Goldenau bis in die Nähe der Stadt Inster-
burg zu schaffen und somit auf diesen Kreis zu verdecken. Auf
ähnliche Weise ist die Seuche auch nach anderen Landesteilen unter
den Augen der Behörden verschleppt worden und hat demnach in
ganz Ostpreußen eine sehr gefährliche, den Viehstand dieser Provinz
ernstlich bedrohende Verbreitung angenommen. Bedroht sind an-
menschen die Kreise: Ostpr. Johannsburg, Oletzko, Pr. u.
Holland, Weidenburg, Insterburg. Von der Seuche
ergriffen sind in großen Mengen die Wiederkäuer — Rindvieh,
Schafe, Ziegen — sowie auch Schweine. Neugierig sieht es ja so
aus, als wenn die Landräte alles tun, um die Seuche zu bekämpfen
und ihre Ausbreitung zu verhindern. In allen amtlichen Kreis-
blättern wird auf die Gefahr hingewiesen und werden Verwaltungs-
maßregeln vorgeschrieben. Ob das aber genügt und ob auch die
sonst üblichen Rücksichten gegen die Großgrundbesitzer hier fallen
gelassen werden, wird von landwirtschaftlicher Seite bezweifelt.
Jedenfalls steht dem ganzen Reiche ein großer volkswirtschaftlicher
Schaden bevor, wenn nicht alle nur erdenklichen Mittel angewendet
werden, um die gefährliche Viehseuche in der Viehsuchen Provinz
Ostpreußen bald und wirksam zu bekämpfen. Viehhändler und
Schlächter prophezeien jetzt schon bedeutende Erhöhung der Fleisch-
preise.

Noch ein Landfriedensbruchprozeß gegen Mansfelder Vergleute.

Schwer sollen die Mansfelder Vergleute dafür gestraft werden,
daß sie gewagt haben, wider den kapitalistischen Stachel zu lösen.
Nur zahllosen Prozessen vor der Eislebener Strafkammer und den
Schwurgerichten, haben auch schon zwei solche vor dem Halleischen
Schwurgericht wegen Landfriedensbruch stattgefunden, in denen zu-
sammen 87 Monate Gefängnis verhängt wurden. Man meinte, das
sei der Schluß; aber weit gefehlt. Am Dienstag, den 21. Juni,
mühten nochmals 11 Angeklagte aus Heitstedt, diesmal vor der
Eislebener Strafkammer erscheinen, um sich wegen Land-
friedensbruch zu verantworten.

Es waren 30 Zeugen geladen, meistens dieselben, die schon in
den vorhergehenden Prozessen ihre belastenden Aussagen machten,
darunter zehn Gendarmen und Polizisten.

Es handelt sich um die Vorgänge am 21. Oktober v. J., da ein
Jug Arbeitswilliger von Streikenden empfangen wurde und von der
Inspektionskommission bis nach Heitstedt hinein begleitet wurde, wobei
die Arbeitswilligen beschimpft, geschlagen und mit Steinen geworfen
sein sollen.

Sämtliche Angeklagten bestritten, sich im Sinne der Anklage
schuldig gemacht zu haben. Sie hätten dem Zuge wohl zugehört,
einige gaben auch zu, mitgezogen zu sein, aber von Gewalttätig-
keiten hätten sie nichts gesehen, noch weniger seien sie tätlich ge-
worden. In der Vernehmungsaufnahme kamen zunächst alle die Be-
lastungszeugen zum Verhör, die in den früheren Verhandlungen die
gravierendsten Aussagen gemacht hatten. Der Staatsanwalt hatte
seine Notizen aus den Schwurgerichtsverhandlungen mitgebracht, die
er jedem Zeugen ins Gedächtnis rief, was die Verteidigung mit
Recht montierte. Doch konnte keiner der 32 Zeugen einen Angeklagten
speziell belasten.

Nur die Angeklagten Heinrich Götzler und Froberg wurden von
dem ehemaligen Streiker und Streikbreucherscheider von der Fänge
und den Arbeitswilligen Mühs und Schmidt belastet. Das andere
Beweismaterial war noch magerer als diese Angaben. Es scheint,
daß der Prozeß an den Haaren herbeigezogen ist. Man
lagte an, wo es irgend möglich schien, um die Notwendigkeit
der Herbeiziehung des Militärs zu beweisen, die allerorts
erprobt wurde. Selbst einige sonst kaisertreue Kronzeugen,
erprobt in den vorhergehenden Prozessen, verlagten diesmal.
Gleichwohl beantragte der Staatsanwalt gegen Götzler 5 Monate,
gegen Schmidt 3 Monate, gegen Wösel 4 Monate, gegen Groß
3 Monate, gegen Froberg 3 Monate, gegen Willowski 3 Monate,
und gegen Wederer 4 Monate Gefängnis. Wegen die übrigen An-
geklagten mußte er selbst Freisprechung von der Anklage des
Landfriedensbruchs beantragen, wegen Verletzung des § 153 der
Beweisordnung wurden beantragt gegen Dell 2 Wochen, gegen
Lau 1 Woche, gegen Stolle 2 Wochen und gegen Wahl 2 Wochen
Gefängnis, also circa 28 Monate insgesamt. Das Urteil lautete
für Götzler auf 3 Monate 8 Tage, für Froberg 3 Monate, für Dell
und Lau auf je eine Woche Gefängnis, die übrigen wurden frei-
gesprochen. Die Sache gegen Wederer wurde vertagt, um noch
zwei Polizeibeamte zu vernehmen. Damit ist hoffentlich das Ende
der Drangsalierungen da. Der Staat wäre nicht in die Brüche ge-
gangen, wenn man sich diese letzte Aktion erspart hätte.

Eine verständliche Beschwerde.

Zentrumsblätter beschwerten sich darüber, daß die „Woff. Ztg.“
Herrn v. Bethmann-Hollweg als „Freund des Zentrums“ be-
zeichnete, weil er der Witwe des Zentrumsabgeordneten Geheimrat
Schmidt ein Beileidstelegramm geschickt hat. Es ist bedauerlich,
bemerkte die „Woff. Ztg.“ dazu, daß die ihre Vornehmheit gern
betonende „Woff. Ztg.“ anscheinend so wenig Gefühl für gute
Lebensart hat, daß sie die Erfüllung einer einfachen konditionalen
Pflicht nur als parteipolitische Kundgebung ausbeuten zu können
glaubt.

Diese Klage erscheint auch und ganz gerechtfertigt.

Die Militär-Vorurufen.

Das Oberkriegsgericht der 15. Division in Koblenz ver-
handelte heute als Berufungsinstanz im Falle Weith gegen den
jetzigen Führer v. Schöber, den Einjährig-Wehrfrei-
stichter und den Leutnant Bierkorn. Die beiden ersteren
waren des tötlichen Angriffes gegen einen Vorgesetzten vor-
verurteilt worden, weil sie — beide Vorurufen — den Unteroffizier Weith beim Baden in der
Eggen ins Wasser geworfen hatten. Leutnant Bier-
korn wurde beschuldigt, er habe es an der nötigen Aufsicht fehlen
lassen. Leutnant Bierkorn wurde zu zwei Tagen Stuben-
arrest verurteilt, die beiden anderen Angeklagten wurden frei-
gesprochen.

Oesterreich.

Annahme des Budgets.

Wien, 24. Juni. Das Abgeordnetenhaus hat den Staatsvoranschlag für 1910 in dritter Lesung angenommen.

Vom „Gott Rimm“.

Der Bürgerklub, das ist die christlichsoziale Fraktion des Wiener Gemeinderates, hielt Mittwochs eine Sitzung über die Affäre Graba ab, die mit der Verwerfung des Uebereinkommens, daß die christlichsozialen Drahtzieher geschlossen hätten, endete. Der Bürgerklub hielt den Ausschluß Grabas aufrecht, der auch in der Folge keine Referate im Gemeinderat und Stadtrat mehr erhalten soll.

Schweiz.

Das Abjynth-Verbot.

Bern, 24. Juni. Der Nationalrat und der Ständerat haben das Ausführungsgesetz zu dem Artikel der Verfassung betreffend das Abjynth-Verbot angenommen. Dadurch werden vom 7. Oktober ab die Fabriken, die Einfuhr und der Verkauf von Abjynth und aller Nachahmungen in der ganzen Schweiz verboten.

Spanien.

Der Kampf der Klerikalen.

Madrid, 23. Juni. Die Klerikale Campagne dauert fort. Der Kardinal-Erzbischof von Aguirre gibt in einem Briefe den Damen der Herz-Jesu-Kongregation den Rat, in allen Städten und Ortschaften einen Kreuzzug zu organisieren, um die Mönche zu verteidigen, die jetzt hart bedrängt werden und deren Rechte man schmälern wolle und die doch der beste Schutz und die beste Stütze der Kirchen sind. Es werden zahlreiche Klerikale Meetings veranstaltet, speziell in Barcelona, wo ein Komitee dauernd tagt. Das Komitee für soziale Verteidigung ist gestern in Madrid zusammengetreten und beschloß, alle Mittel anzuwenden, um die Politik Canalojas zu zerstören. Bei dieser Gelegenheit ist erklärt worden, daß alle Katholiken Spaniens den Bürgerkrieg der offiziellen Einführung der weltlichen Schulen vorziehen werden.

Belgien.

Eine Protestversammlung.

Brüssel, 23. Juni. (Eig. Ber.)

Die hiesige „Liga der Menschenrechte“ hat kürzlich ein Meeting veranstaltet, das einem Protest gegen die „Ermordung Jimlinds“ wie gegen die von der russischen Regierung angeforderte Auslieferung des Revolutionärs Gajgas galt. An dem Meeting beteiligten sich außer bekannten Liberalen und demokratischen Parlamentariern auch der neugewählte sozialistische Deputierte Gysmans und der Gemeinderat Genosse Wind. In der Resolution wurde der belgische Justizminister aufgefordert, im Namen der Ehre des Landes das Begehren der russischen Regierung nach Auslieferung Gajgas' entsprechend der von der belgischen Regierung in früheren Fällen eingenommenen Haltung abzulehnen.

Holland.

Eine Euzyliska-Debatte.

Haag, 24. Juni. In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer richtete van Doorn an die Regierung die Anfrage, ob sie in der Angelegenheit der Euzyliska-Debatte protestieren habe oder zu protestieren gedenke. Der Minister des Auswärtigen erwiderte, es handele sich um eine rein innere Angelegenheit der katholischen Kirche. Verschiedene Deputierte der protestantischen Partei schlossen sich der Regierung an. Rolens erklärte im Namen der Katholiken unter Hinweis auf die Antwort des Papstes an Deutschland, daß seine Partei sich an der Debatte nicht beteiligen werde.

Türkei.

Der griechische Boykott.

Konstantinopel, 24. Juni. Der Boykott gegen die Griechen wird auf das strengste gehandhabt. Mehrere griechische Kaufleute wurden gezwungen ihre Läden zu schließen. Das Boykott-Komitee beabsichtigt, den Boykott bis zu einer definitiven für die Türkei günstigen Lösung der kritischen Frage fortzusetzen. Zahlreiche Wechsel griechischer Kaufleute wurden nicht eingelöst.

Amerika.

Kein Schutz des Koalitionsrechts.

Washington, 23. Juni. Das Repräsentantenhaus hat nach lebhafter Debatte einen Antrag abgelehnt, nach welchem das Antitrustgesetz und die Gesetze über den zwischenstaatlichen Handel auf Gewerkschaften nicht angewendet werden sollen.

Aus der Partei.

Der Kampf gegen die sozialistische Presse in Amerika.

Das rasche Wachstum der sozialistischen Bewegung in den Vereinigten Staaten veranlaßt die großkapitalistischen Nachhader und ihre politischen Werkzeuge, die bisher mit den gezähmten Arbeiterführern a la Comper so trefflich ausgekommen waren, zu den brutalsten Unterdrückungsversuchen.

Nirgends in der Welt stoßen die Klassengegensätze schärfer aufeinander als in dem peninsularen Industriebezirk von Groß-Pittsburg, wo der Stahlrumpf sein Produktionszentrum hat und Massen namentlich ausländischer Lohnsklaven unter den traurigsten Arbeitsbedingungen in mörderischer Weise ausbeutet. Dort liegt Mac Reed Works, wo die ungelerten Ausländer den Kampf gegen den allmächtigen Trust durchgeföhrt haben, dessen sich die alten Unions nicht trauen. Und dort erscheint in Rio Castle seit zwei Jahren die „Free Press“ als sozialistisches Organ in einer Auflage von jezt rund 12 000. Die Nachhader suchen nun mit aller Macht dieses Organ der Arbeiter zu beseitigen. Schon 15 Genossen sind zu hohen Geld- und Gefängnisstrafen wegen angeblicher Verletzung des Zeitungsgesetzes, wegen deren im gleichen Falle eine dortige kapitalistische Zeitung freigesprochen war, verurteilt worden.

Nun soll ein Hauptschlag geführt werden. Der Staatsanwalt hat auf Grund eines noch aus der Zeit der englischen Herrschaft (vor 1776!) stammenden Gesetzes die Redaktion angeklagt, gelegentlich des großen Kampfes in den Zinnhütten des Trusts „mit Gewalt, List, Hinterlist und gegen den Staat und seine Gesetze einen Aufruhr veranlaßt zu haben“. Dabei bleibt eine Zeitung, die Behörden und Streikführer zur Demasung und zum Blutbad aufgerufen hat, unbefelligt. Es ist zu erwarten, daß dieses uralte Gesetz, wenn es dort mit Erfolg geltend gemacht würde, bald über die ganze Republik Anwendung finden würde. Daher ist es die Sache der ganzen Arbeiterbewegung, zu deren Verteidigung die Partei in New Castle um Geldunterstützung bittet.

In anderer Weise sucht man dem „Appeal to Reason“, dem in Girard (Kansas) in einer Auflage von 414 000 (Ende Mai) erscheinenden Wochenblatt, die Existenz zu untergraben. Dieses tapfere, von Fred Warren u. a. herausgegebene Organ hat den Kampf gegen die Willkür und Korruption der kapitalistischen Behörden mit besonderer Schärfe geführt. Es hat in letzter

Zeit die Bundesgerichte, die als stärkster Hort der Klassenherrschaft dienen, unerbittlich bloßgestellt und einige hohe Richter als völlig verkommen und läufliche Subjekte gebrandmarkt. Jetzt führt dort John Kenneth Turner, Verfasser des Buchs „Das barbarische Mexiko“, den Kampf gegen die blutige Unterdrückungswirtschaft des alten mexikanischen Präsidenten Diaz und gegen die ihm Helfershelferdienste leistenden Behörden der Grenzgebiete der Union. Dort wurde auch der jetzige Hilfs-Generalkonsul in Mexiko, ein Lawler der Union angeklagt, als Staatsanwalt in Mexiko mexikanische Flüchtlinge völlig willkürlich verhaftet und im Gefängnis in grausamster Weise behandelt zu haben. Diese Meldungen haben dem Wiedermann das Vertrauen des Präsidenten Lost, des Kollegen und Verehrers des Tyrannen Diaz, und damit die Verurteilung nach Washington eingetragen.

Jetzt hat er sich für die Angriffe gerächt, indem er den Postmeister anwies, dem „Appeal“ den Postbetrieb zu entziehen. Ob dieser Willkür zu halten ist, wird sich zeigen. Jedenfalls wird er der Verbreitung des Blattes, das übrigens unter Kreuzband versandt werden kann, keinen Eintrag tun. Im Gegenteil. Warren steht in einem offenen Briefe an Lawler die Sachlage auseinander und nimmt den Kampf, den die unwürdigen Nachfolger der Jefferson und Washington mit so unsauberen Mitteln führen, tapfer auf. Sicher wird es der demnächst erscheinenden Nummer des Blattes, die an Hand der Tatsachen den Nestanchelben des amerikanischen Bürgerkriegs darstellen wird, nicht an Abnehmern fehlen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Des Entfaltens einer roten Fahne kein grober Unfug.

Unsere Genossen von Keunfirchen beteiligten sich in diesem Jahre an der Kaiserin in Waldmohr, machten also einen Ausflug in die nahe Pfalz und benutzten dazu die Bahn bis nach Altsied, von wo aus sie zu Fuß weiter marschierten. Zu diesem Ausflug hatten sie sich eine rote Fahne angefertigt und darauf die Aufschrift: „Sozialdemokratischer Wahlverein für Ottweiler-St. Wendel-Meisenheim, Sitz Keunfirchen“ anbringen lassen. Dieses staatsgefährliche Abzeichen trug der Genosse K. dem kleinen Zug voran. Vor dem Bahnhof Keunfirchen ließ er die Fahne im Winde flattern. Der Gendarm Giesler erkannte noch rechtzeitig die Gefahr, in welcher das Vaterland schwebte, und rannte ins Bahnhofsgebäude zum Stationsvorsteher, der aber kein Verständnis für die Gefahr hatte. Darauf lehrte der Gendarm zu den Manifestanten zurück und wollte ihnen verbieten, den Bahnsteig zu betreten, was sich unsere Genossen entschieden verboten. Die Fahne rollte sie ein, bestiegen den Zug und fuhr zum Raiffert. Genosse K. erhielt darauf ein Strafmandat von 6 M. wegen Verbreitung groben Unfugs. Gegen dieses Strafmandat legte K. Berufung ein und erzielte am 22. Juni vor dem Schöffengericht zu Keunfirchen Freisprechung. Das Gericht erblüht in der Enifaltung einer Fahne keinen groben Unfug. Wollte man die Enifaltung einer roten Fahne als groben Unfug ansehen, weshalb sollte dann nicht das Entfalten einer weißen Fahne dasselbe sein. Die Keunfirchener Polizei hat also wieder einmal eine Niederlage in ihrem Kampfe gegen den „Unfug“ erlitten.

Freigesprochen wurde Genosse Bierenkämper vom „Bochumer Volksblatt“ von der Anklage der Verleumdung eines Straßenbahnfahrers, dem vorgeworfen war, doppelte Fahrpreise eincolliert zu haben. Der Wahrheitsbeweis wurde erbracht.

Die „sozialdemokratischen“ Ortskrankenkassen.

Sitzung der Reichsversicherungsordnungskommission am Freitag, den 24. Juni.

Fast die ganze Sitzung wurde noch in Anspruch genommen durch die Aussprache über die „sozialdemokratischen Ortskrankenkassen“.

Die Konservativen und Nationalliberalen treten für die Entziehung der Arbeiter sowohl in bezug auf ihre Vertretung im Vorstand und Ausschuß als auch in bezug auf die Wahl des Vorsitzenden ein. Gegenwärtig würden die Arbeiter Sozialdemokraten als Kassenebeamten anstellen. Das sei eine Verungüftung der Sozialdemokratie.

Die Genossen Hoch, Mollkenbuhr und Eichhorn traten diesen Ausführungen entschieden entgegen. Die Arbeiter haben dasselbe Recht, in die von ihnen zu besetzenden Stellen die Leute zu wählen, zu denen sie Vertrauen haben, wie es die Unternehmer in den Berufsgenossenschaften und der Staat in allen Zweigen der Verwaltung tun. Wenn man den Arbeitern dieses Recht entzieht, während man es den Unternehmern und dem Staate läßt, so sei das eine unerhörte Entziehung der Arbeiter. Ueberdies schädige es die Krankenversicherung aufs schwerste. Denn erst durch die Selbstverwaltung der Arbeiter in ihren Krankenkassen seien die wichtigsten Fortschritte in der Krankenfürsorge erzielt worden. 25 Jahre hätten die Arbeiter jezt ihre Selbstverwaltungsrecht. Es habe sich aufs beste bewährt, wenn auch hier und dort — wie überall — Fehler vorgekommen sein mögen. Jedenfalls habe es sich viel besser bewährt, als die Alleinherrschaft der Unternehmer in den Berufsgenossenschaften. Und doch soll die Alleinherrschaft der Unternehmer in den Berufsgenossenschaften unangefastet bleiben, das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter in den Krankenkassen dagegen vernichtet werden. Wo aber bleiben die Beweise von den Mifständen in den Krankenkassen, von denen in der Begründung der Regierungsvorlage die Rede ist?

Herr Ministerialdirektor Caspar antwortete darauf, daß solche Mifstände sehr schwer zu beweisen seien. Selbstverständlich könne man in jedem Falle auch solche Umstände geltend machen, die die Vorgänge in einem anderen Richte erscheinen lassen. Deshalb habe es keinen Wert, einzelne Fälle vorzutragen.

Die nationalliberalen Abgeordneten Hausmann und Goerki sowie der konservative Abgeordnete Pauli waren aber so vorichtig nicht. Sie hatten von irgend einem Augenverband das „Material“ bekommen und wagten sich damit aufs — Eis. Unsere Genossen waren aber darauf gefaßt. Sie hatten die nötigen Vorlesungen getroffen, um über jeden Fall sofort genaue Erkundigungen einzuziehen und konnten daher in ihren Antworten sofort die Unwahrheit der behaupteten Tatsachen nachweisen. So sollten an der Krankenkasse in München gerade in die am besten bezahlten Stellen nur Sozialdemokraten ohne Rücksicht auf ihre Qualifikation gebracht sein, während in Wahrheit der Mendant der Kasse kein Sozialdemokrat ist und seine Nichtigkeit selbst von der Aufsichtsbehörde anerkannt worden ist. In Kiel soll der Geschäftsführer ein sozialdemokratischer Agitator sein, der einen rüchichtslosen Terrorismus auf die Beamten für die sozialdemokratische Partei ausübe, sogar Gelder der Kasse für die „sozialdemokratische Bibliothek“ des Verbandes bewilligt habe. In Wahrheit ist der Geschäftsführer höchst wahrscheinlich kein Sozialdemokrat; er war früher Arbeitergeher und ist weder damals noch jezt politisch hervorgetreten. Außerdem ist schon nach dem geltenden Gesetz die Verwendung der Kassengelder zu anderen Zwecken als der Krankenversicherung ausdrücklich verboten, so daß, wenn der angeführte Fall wirklich wahr wäre, die Aufsichtsbehörde schon längst eingeschritten wäre. Daß trotzdem die drei Abgeordneten eine solche offenkundige Unwahrheit in der Kommission vorzutragen, sei bezeichnend.

Die Mächtigste Rolle spielte jedoch das Zentrum. Die Sozialdemokraten erinnerten die Herren daran, daß schon — König Stumm den Arbeitern das Recht abgesprochen habe, selbständig ihre Angelegenheiten zu regeln und deshalb seit jeher verlangt habe, die Arbeiter dürften nicht Vorsitzende einer Ortskrankenkasse sein. Dagegen seien bisher auch die Herren Dihe und Trimborn aufgetreten. Jetzt hätten sie sich auf denselben Standpunkt gestellt und genau dieselben Gründe wie früher König Stumm angeführt, die sie bisher bekämpft hätten.

Abg. Trimborn berief sich darauf, daß er und seine Freunde den Arbeitern „nur“ das Recht, den Vorsitzenden zu wählen, nehmen, alle anderen Rechte aber lassen wolle. Das müße man aber tun, weil es die Arbeitgeber nicht gern sähen, daß die Arbeiter sogar den Vorsitzenden in der Ortskrankenkasse bestimmen. Diese Verteidigung erschien selbst seinem Parteifreund Weder nicht genügend. Er hielt es daher für notwendig, sich über den angeblichen Terrorismus der Sozialdemokratie zu entäußern. Das war das einzige, was dieser Abgeordnete, der ein christlicher Arbeitersekretär ist, in dem Augenblick zu tun wußte, als es galt, eins der wichtigsten Arbeiterrechte zu verteidigen. Bei der Abstimmung enthielt sich dieser „Arbeitervertreter“ der Stimme und zeigte damit den Arbeitern, wie sie ihr eigenes Recht preisgeben, wenn sie als ihre Vertreter solche Männer in den Reichstag entsenden.

Abg. Dr. Mugdan mußte sich gegen den Vorwurf des Zentrums und der Konservativen verteidigen, daß er früher selbst für die Entziehung der Arbeiter eingetreten ist. Die Vorlage enthalte durchaus nicht das, was er befürwortet habe. Unter den gegebenen Verhältnissen seien sowohl die Vorschläge der Vorlage als des Zentrums schädlich und würden auch der Sozialdemokratie nicht nur keinen Abbruch tun, sondern im Gegenteil neuen, für sie wertvollen Agitationsstoff liefern.

Abg. Kulerski stellte sich auf den Standpunkt der Sozialdemokraten.

Schließlich wurden die Anträge der Sozialdemokraten, die das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter in seinem jetzigen Umfange wiederherstellen wollten, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Fortschrittler und des Polen abgelehnt. Dann wurde von den Konservativen, den Nationalliberalen, dem Zentrum und der Wirtschaftlichen Vereinigung die Entziehung der Arbeiter in bezug auf die Wahl des Vorsitzenden angenommen. Dagegen wurde die Entziehung der Arbeiter in bezug auf die Zusammensetzung des Vorstandes und des Ausschusses gegen die Stimmen der Konservativen, Nationalliberalen und der Wirtschaftlichen Vereinigung abgelehnt.

Das Zentrum hatte in seiner Verlegenheit einen angeblichen Verbesserungsantrag eingebracht. Wenn sich die Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeiter nicht über einen Vorsitzenden verständigen, soll das Versicherungsamt einen „Vertreter“ als Vorsitzenden bestellen. Dazu verlangte der „Verbesserungsantrag“ des Zentrums: Ein Arbeitgeber darf nur dann als Vertreter bestellt werden, wenn die Mehrheit der Gruppe der Arbeiter gegen diese Wahl keinen Einspruch erhebt; ein Arbeiter nur, wenn die Mehrheit der Gruppe der Arbeitgeber nicht diesen Einspruch erhebt.

Der Antrag hat gar keinen Wert, weil ja ein Vertreter überhaupt nicht gestellt wird, wenn sich beide Parteien über einen Vorsitzenden verständigen können. Die Mehrheit aber, die soeben die Entziehung der Arbeiter beschlossen hatte, nahm auch diesen Antrag an.

Das Zentrum hatte seinem Antrag auch noch die Bestimmung hinzugefügt, daß der „Vertreter“ dann kein Stimmrecht hat, wenn er nicht gewähltes Mitglied des Vorstandes ist. Dieser Satz wurde aber gegen die Stimmen des Zentrums, der Sozialdemokraten und des Polen abgelehnt.

Für die Wahl der Arbeitgebervertreter schreibt die Vorlage vor, daß das Stimmrecht der einzelnen Arbeitgeber nach der Zahl ihrer versicherungspflichtigen Arbeiter und Angestellten bemessen wird; die Zahlung kann es absetzen und eine Höchstzahl der Stimmen vorschreiben. Auf diese Weise können die kleinen Unternehmer von den großen verewaltigt werden. Die Bestimmung wurde aber von den Konservativen, Nationalliberalen, dem Zentrum und der Wirtschaftlichen Vereinigung angenommen.

Die Wahlen sollen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl stattfinden. Auf Antrag der Sozialdemokraten wurde der Zusatz gemacht, daß die Frist zwischen der Ausschreibung der Wahl und der Wahl selbst mindestens vier Wochen betragen muß und durch die Zahlung noch weiter verlängert werden kann.

Ferner wurde der Antrag der Sozialdemokraten angenommen, nach dem die Zahlung bestimmen kann, daß die Wahl nach Bezirken oder Berufsgruppen erfolgt.

Endlich war in der Vorlage gestattet, daß die Zahlung mit Genehmigung des Oberversicherungsamtes die Vorstandswahl anders als nach den Grundsätzen der Verhältniswahl regelt. Diese Ausnahmestimmung wurde auf Antrag der Sozialdemokraten gestrichen.

Fortsetzung Sonnabend.

Die Beschränkung der Beweisführung.

In der Fortsetzung der Debatte in der Justizkommission über den § 232, der die Einschränkung der Beweisführung zuungunsten des Angeklagten bringen soll, ergab sich in der Freitagssitzung, daß für die Regierungsvorlage im allgemeinen wenig Liebe vorhanden war, obwohl einigen Abgeordneten, so Heinze (nall.) und Wagner (L.), die Absicht der Regierung noch nicht reaktionär genug ist. Aus den Reihen der Regierungvertreter klang wiederum die Meinung hervor, im Wege dieser Bestimmung insbesondere die Beweisführung in Verleumdungsprozessen einzuschränken und zu erschweren. Abg. Gröber sucht durch einen Antrag die Vernehmung von Sachverständigen zu unterbinden. Abg. Wagner (Sachsen) (L.) beantragt, daß ein Gericht die Beweisurteile ohne weiteres dann ablehnen kann, wenn es einstimmig der Ueberzeugung ist, daß diese Urteile nur gestellt sind, um die Sache zu verschleppen. Abg. Spahn will die Entscheidung über den Umfang der Beweisaufnahme dem freien Ermessen des Gerichts entziehen; ferner sollen die im Verfahren vor dem Schwur-, Reichs- oder Landgericht herbeigeschafften Beweismittel nicht abgelehnt werden dürfen. Nach einem polnischen Antrage sollen nur die Beweisurteile abgelehnt werden können, wenn das Gericht die dadurch zu beweisenden Tatsachen als wahr unterstellt. — Unfuge Genossen beantragten vor allen Dingen, daß die Bestimmung über die Ablehnung der Sachverständigen in dem Antrag Gröber gestrichen wird. Sie stellten ferner eine Reihe Unteranträge zu den Zentrumsanträgen. — Die Freisinnigen erklärten sich im Prinzip für den Antrag Gröber, sie waren aber gegen die sozialdemokratischen Unteranträge.

Nach fünfständiger Dauer der Debatte ergab die durch die zahlreichen Anträge recht komplizierte gestaltende Abstimmung folgenden Resultat: der sozialdemokratische Antrag wurde gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt. Für den Antrag Gröber stimmten 13, dagegen 14, darunter die Zentrumsabgeordneten Kalkhof, Spahn und Weillstein, ferner die 4 Nationalliberalen, 4 Konservativen, 2 Reichsparteiler und der Antisemit; ein freisinniger Abgeordneter fehlte. Von dem Regierungsentwurf wurde der Absatz 1 des § 232 folgendermaßen gestaltet: „Die Beweisaufnahme ist auf Tatsachen zu erstrecken, die für die Entscheidung von Bedeutung sind.“ Die Worte „nach dem freien Ermessen des Gerichts“ wurden gestrichen. Der Absatz 2 blieb unverändert. Der dritte Absatz erhielt folgende Fassung: „Ist das Beweismittel zur Verhandlung herbeigeschafft, so kann der Antrag nicht wegen Bedeutungslosigkeit der Beweistatsache für die Entscheidung abgelehnt werden.“ Als vierter Absatz wurde dem § 232 angefügt: „Die Vorschriften der §§ 71 und 83 bleiben unberührt.“

In der Gesamtstimmung wurde der Paragraph in der geänderten Form mit 18 gegen 8 Stimmen angenommen. Die Sozialdemokraten stimmten dagegen.

Nach § 234 wurde die Verhandlung auf Sonnabend vertagt.

Gewerkschaftliches.

Wie's trifft!

Die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften machen wieder mal auf der Neutralitätspause fürchterlichen Lärm. Als neuen Beweis dafür, daß die freien Gewerkschaften von der Sozialdemokratie ins Schlepptau genommen seien, trägt das Zentralorgan der Hirsche ein Flugblatt herbei, welches kürzlich in Groß-Berlin unter den Gewerkschaftlern zur Verteilung kam und zur politischen Organisation in der Sozialdemokratie aufrief. Ueber die Sache selbst kann man mit den Leuten ja nicht diskutieren, sie würden weiter nichts tun, als auf den Beschluß ihrer jüngsten Generalversammlung hinweisen, auf der man erst offiziell die „offizielle“ Neutralität erneut nach dem bewährten Beschlusse einer früheren Generalversammlung wieder zu einer schönen Resolution verarbeitet habe. Viel besser erscheint es, bei solchem Neutralitätsstiller, der die Eigentümlichkeit hat, nur anderen Gewerkschaftsrichtungen gegenüber wirksam zu sein, an Kleinigkeiten zu erinnern, die sonst nach dem bekannten Sprichworte vom Balken in des Nachbarn Auge leicht vergessen werden. Das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften bringt in seiner Nummer 12 eine niedliche Erinnerung, welche die Hirsch-Dundersche Neutralitätsstaschenspieler ins rechte Licht setzt. Es handelt sich um die Stellungnahme zum Vereinsgesetz. Vor der Verabschiedung war im Zentralorgan (Nr. 20 1908) „Der Gewerksverein“ zu lesen:

„Wir erwarten bestimmt, daß sämtliche liberale Abgeordnete auf dem durch den Abgeordneten Träger deutlich gekennzeichneten Standpunkt zu dem § 7 (Sprachenparagraf) des Vereinsgesetzes ausstehen werden. ... Bis hierher und nicht weiter, so müssen wir den Liberalen zurufen!“

So lautete die Melodie vor Tisch. Nach Tisch aber, in Nr. 29 von 1908, als das Hirsch-Dundersche Kommando unwirksam geblieben war, da laß man's anders.

„Schon jetzt lacht man unsere Mitglieder aufzuheben und ihnen die „Sünden“ der Liberalen zum Vorwurf zu machen. Ja, was gehen denn uns als Gewerksvereine die liberalen Parteien an“ ...

Es läßt sich daraus ersehen, daß die Gewerksvereiner also auch dann neutral sind, wenn ihre politischen Freunde Dummeheiten gemacht haben.

Berlin und Umgegend.

Tarifbewegung der Graveure und Ziseleure.

Im Verufe der Graveure, Ziseleure usw. haben seit April vorigen Jahres Verhandlungen über den Abschluß eines einseitigen Tarifvertrages stattgefunden, die erst vor kurzem ihr Ende erreicht haben, sich also über ein Jahr lang hinzogen. Sie wurden gepflogen von einer gemeinsamen Kommission des Verbandes der selbständigen Graveure und Ziseleure und der Ortsgruppe der Graveure, Ziseleure usw. des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Die Verhandlungen haben nicht zum Abschluß eines Tarifvertrages, wohl aber zur Aufstellung eines Tarifentwurfs geführt, dem die Vertreter beider Parteien in der Kommission zustimmten, der jedoch nicht die Billigung der Versammlung der Arbeitgeber des Berufes gefunden hat. Nach dem Entwurf sollte die Arbeitszeit in allen Betrieben innerhalb des ersten halben Jahres auf 8 1/2 Stunden, im zweiten halben Jahre auf 8 Stunden herabgesetzt werden. Da der Achtstundentag schon in einer Reihe von Betrieben besteht, erschien dessen allgemeine Einführung um so wehr geboten. Für die Lehrlinge sollte Beginn und Ende der Arbeitszeit nicht mehr als eine halbe Stunde vor oder nach der normalen Geschäftszeit liegen. Der Mindestlohn sollte für Ausgelernte 45 Pf., nach einem halben Jahre 50 Pf. betragen. Als Zuschlag für Ueberzeitarbeit sollten die ersten zwei Stunden 25 Prozent, und danach, sowie für Sonntagsarbeit 50 Prozent gezahlt werden. Der Entwurf enthält ferner eine Lehrlingskala, sowie eine Bestimmung über die Entschädigung der Lehrlinge, die im zweiten Lehrjahre 8 M., im dritten 4 M., im vierten 6 M. betragen sollte. Die Dauer des Tarifvertrages betreffend, einigte sich die Kommission dahin, daß er bis Ende des Jahres 1912 gelten sollte.

Am Mittwoch tagte nun im Dresdener Garten eine zahlreich besuchte Branchenversammlung der Graveure und Ziseleure, in der der Obmann Eburow über die Tarifverhandlungen und über den Beschluß der Versammlung der Arbeitgeber berichtete. Die Arbeitgeberversammlung hat den Tarifentwurf nicht gutgeheißen, sondern ihren Kommissionsvertretern Auftrag erteilt, keine weiteren Verhandlungen mit den Arbeitnehmern zu pflegen. Somit hat also in den Kreisen der Arbeitgeber die Stimmung gegen den Tarifvertrag die Oberhand gewonnen. Die Mehrheit ist also gegenwärtig für die vorgeschlagene friedliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht zu haben. Der Beschluß der Arbeitgeber kann als eine indirekte Kriegserklärung angesehen werden. Der Verband der selbständigen Graveure und Ziseleure wird Anfang Juli einen Verbandstag abhalten, auf dem unter anderem über die Tarifvertragsfrage beraten werden soll. Der Redner empfiehlt nun, daß man zunächst abwarten solle, welche Stellung die Arbeitgeber dort einnehmen werden, aber nicht etwa in der Hoffnung, daß dabei etwas für die Durchführung des Tarifvertrages herauskommen werde, sondern um dann in einer neuen Versammlung, zu der eventuell die Arbeitgeber eingeladen werden sollen, über die weiteren Maßnahmen zu beraten. — In der regen Diskussion, die dem Bericht folgte, zeigte es sich deutlich, daß die Graveure und Ziseleure sich keineswegs mit der Ablehnung des Tarifvertrages zufrieden geben werden, sondern zu gegebener Zeit, gestützt auf ihre starke Organisation, dem Metallarbeiterverband, mit ganzer Kraft dafür sorgen werden, daß sowohl der Achtstundentag wie auch eine entsprechende Regelung der Löhne durchgeführt wird. In demselben Sinne äußerte sich auch der Ortsvorsitzende Cohen. Die Graveure und Ziseleure müßten ihren Arbeitgebern erst einmal zeigen, daß sie eine Macht sind, mit der gerechnet werden muß, um erst einmal annähernd das zu erreichen, was andere Branchen des Metallarbeiterverbandes schon lange erreicht haben.

Die Klempner

befinden sich in einer Tarifbewegung. Seitens der Arbeitgeber waren vor einiger Zeit Anregungen zu gegenseitigen Verhandlungen gekommen. Die Zentrale des Klempnergewerbes Berlins hat sich nämlich kürzlich zu einem Verbands der Arbeitgeber des Bauklempnergewerbes zusammengeschlossen. Das muß so schnell geschehen sein, daß sie auf den Schriftstücken an den Metallarbeiterverband noch nicht einmal den Firmensempel drücken konnten. Cohen berichtete in einer Branchenversammlung über den Verlauf der Dinge und ging auf die einzelnen Phasen der Verhandlungen ein, die sich zu einer Verlage verdichteten. In diesem Entwurf ist in den meisten Punkten eine Einigung zu verzeichnen. Den springenden Punkt bildet der § 3, der die Lohnfrage betrifft. Die Arbeitgeber bieten darin folgendes:

§ 3. Der Mindestlohn beträgt 75 Pf. pro Stunde, vom 1. April 1912 ab 76 1/2 Pf. pro Stunde.

Für Jungausgelernte kann der Lohn geringer sein, jedoch im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit nicht unter 57 1/2 Pf., im zweiten Jahre nach beendeter Lehrzeit nicht unter 62 1/2 Pf., und im dritten Jahre nach beendeter Lehrzeit nicht unter 67 1/2 Pfennig pro Stunde. Diese Sätze steigen am 1. April 1912 um 1 1/2 Pf. pro Stunde.

Die Forderung der Arbeiter dagegen lautet:

§ 3. Der Mindestlohn beträgt mit Abschluß des Tarifs 75 Pf. pro Stunde, vom 1. April 1911 ab 77 1/2 Pf. pro Stunde und vom 1. April 1912 ab 80 Pf. pro Stunde.

Für Jungausgelernte kann der Lohn geringer sein, jedoch im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit nicht unter 60 Pf., im zweiten Jahre nach beendeter Lehrzeit nicht unter 70 Pf. pro Stunde. Diese Sätze steigen am 1. April 1911 um 2 1/2 Pf. und am 1. April 1912 nochmals um 2 1/2 Pf., so daß der Stundenlohn am 1. April 1912 für Jungausgelernte im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit 65 Pf. und im zweiten Jahre nach beendeter Lehrzeit 75 Pf. pro Stunde beträgt.

Dieser von den Vertrauensleuten der Klempner ausgearbeitete Passus wurde von Cohen warm zur Annahme empfohlen, sich jedoch bei der Versammlung auf scharfen Widerstand. Einzelnen Rednern gingen die Forderungen absolut nicht weit genug und es wurde erklärt, daß man mit der Annahme dieses Paragraphen ja hinter die früher vertretene Forderungen zurückginge. Andere Redner dagegen unterstützten Cohen's Empfehlung.

Infolge der vorgeschrittenen Zeit wurde die Versammlung abgebrochen und soll am Montag fortgesetzt werden.

Abschluß der Tarifbewegung in der Gipsbaubranche.

Das Ergebnis der im Mai zwischen der Sektion der Gips- und Zementbranche vom Zentralverband der Maurer Deutschlands und dem Berliner Beton-Verein zuecks Erneuerung des am 1. April dieses Jahres abgelaufenen Tarifvertrages gepflogenen Verhandlungen wurde bekanntlich von den in der Gipsbaubranche beschäftigten Pubern, Trägern und Spannern in einer am 25. Mai abgehaltenen Versammlung als unzureichend abgelehnt. Auch die von den Vertrauensmännern gemachten Vermittlungsvorschläge befriedigten nicht und wurden verworfen. Man glaubte, da bei der derzeitigen Situation im Gewerbe auf weitere erhebliche Zugeständnisse der Arbeitgeber nicht zu rechnen wäre, einer tariflosen Zeit den Vorzug geben zu sollen. Inzwischen haben jedoch auf Veranlassung des Kartells der Berliner Bauarbeiterverbände am 16. Juni erneute Verhandlungen zwischen dem Berliner Beton-Verein und der Verhandlungskommission der Arbeiter unter Mitwirkung des Vorsitzenden Heuer vom Verbands der Baugeschäfte Berlins und der Vororte stattgefunden.

In einer in Dreißig Pfennigen tagenden Versammlung der Puber, Träger und Spanner gab der Sektionsvorsitzende Haese Bericht von diesen Verhandlungen. Die Verhandlungskommission der Arbeiter verlangte die Zahlung der von den Arbeitgebern in zwei Raten bewilligten Lohnzulage von 5 Pf. pro Stunde vom 1. August ab, und vom 1. Oktober 1911 ab weitere 2 Pf. Die Arbeitgeber erklärten jedoch, über ihre im Mai gemachten Zugeständnisse, wonach vom 1. August d. J. ab 3 Pf. und vom 1. Oktober 1911 ab weitere 2 Pf. Lohnzulage erfolgen soll, nicht hinausgehen zu können. Nur für die Puberträger wollen sie, um die Lohnunterschiede zwischen diesen und den Pubern zu mindern, 1/2 Pf. mehr zugestehen. Die geforderte Entschädigung für die Lauf- und Fahrzeit zur Arbeitsstelle, wie sie ein früherer Tarif vorschlag, lehnten die Arbeitgeber ebenfalls ab, wollten aber das benötigte Jahrgeld zahlen zu den Arbeitsstellen, die nicht mit der Straßenbahn für 10 Pf. zu erreichen sind. Die Tarifdauer sollte drei Jahre betragen, auf eine zweijährige Tarifdauer gehen die Arbeitgeber nicht ein. Die Kommission ist nach reiflicher Erwägung und Prüfung aller Umstände zu dem Entschluß gekommen, der Versammlung die Annahme dieser Vorschläge zu empfehlen.

In der sehr erregten Diskussion wird der Kommissionsvorschlag hart bekämpft und den Kommissionsmitgliedern sogar der Vorwurf gemacht, daß sie nicht mit genügendem Interesse die Wünsche der Mitglieder wahrgenommen haben. Mehrfach wurde einer tariflosen Zeit das Wort geredet. Die Kommissionsmitglieder wiesen den ihnen gemachten Vorwurf energisch zurück und traten warm für die Annahme des Verhandlungsergebnisses ein. Die Versammlung nahm darauf das Angebot der Unternehmer mit 223 gegen 119 Stimmen an.

Darauf wurde beschlossen, über die Firma Otto Stüwe, die gegenwärtig in der Potsdamer Straße einen größeren Bau hat und die fortgesetzt die festgelegten Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht einhält, die Sperre zu verhängen.

An die Fliesenleger der Sektion des Maurerverbandes!

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die gemeinsame Beschäftigung der Ton-, Zement- und Kalkindustrie-Ausstellung am Sonntag, den 24. Juni, vormittags stattfindet.

Eintrittskarten zum Preise von 30 Pf. das Stück sind daselbst beim Vorstand zu haben.

Treffpunkt vormittags 8 1/2 Uhr am Ausgange des Bahnhofes Baumgartenweg.

J. A.: Zentralverband der Maurer. Sektion der Fliesenleger.

Achtung, Schuhmacher! In der Schuhfabrik von A. Schwegler, Joh. S. Gafz, Klingelstr. 20, haben wegen Lohnzuzügen in der Werkabteilung sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit niedergelegt. Wir ersuchen, dieses zu beachten.

Die Ortsverwaltung der Schuhmacher.

Achtung, Töpfer! Die Sammlungen betreffs der Bauarbeiterausperrung werden hiermit eingestellt. Es wird demnach heute nicht mehr gesammelt. Jedoch muß jeder Kollege für sieben Wochen gesteuert haben und zwar vom 7. Mai 1910 ab.

Die Verbandsleitung.

Deutsches Reich.

Die örtlichen Differenzen im Baugewerbe

werden nach und nach beigelegt. Orte, die sich erst entschieden gegen die Annahme des Schiedsspruchs erklärten, stimmen nach geschehenen örtlichen Verhandlungen nun doch für Aufnahme der Arbeit.

So wird außer aus Mannheim nunmehr aus Kassel gemeldet, daß die Bauarbeiter die Arbeit aufnehmen.

In Leipzig und Breslau besteht dagegen der Streik in größerem Umfange weiter.

Hirsch-Dundersche als Hätschekinder der Unternehmer.

Die Lohnbewegung der Dresdener Brauereiarbeiter ist in ein ernstes Stadium getreten, und zwar durch das unerhörte Ansinnen, welches von den Verbandsbrauereien an die Lohnkommission des Zentralverbandes gestellt worden ist. Vor kurzem ist letzterer laut Beschluß einer Versammlung mit neuen Forderungen bezüglich Lohn- und Arbeitsbedingungen an die Verbandsbrauereien herantreten. Zu irgendwelchen ernstlichen Verhandlungen ist es aber bisher durch die Verschleppungspolitik der Unternehmer nicht gekommen. Letztere verlangten von den Vertretern des Zentralverbandes, daß sie in Gemeinschaft mit dem am Orte — 39 Mann starken Hirsch-Dunderschen Organisation mit ihnen verhandeln sollten! Der Zentralverband, welcher über 1200 Mitglieder in Dresden zählt, lehnte ein derartiges Verlangen rundweg ab. Nun war für letzten Montag wieder eine Verhandlung anberaumt worden und, als die Lohnkommission im Beratungszimmer erschien, waren auch die Vertreter der — 30 Mannlein anwesend! Diese Verhandlung verlief resultatlos, weil die Vertreter des Zentralverbandes dem Auftrage ihrer Mitglieder und ihrer prinzipiellen Stellung gemäß ein Zusammengehen mit den Hirschen ablehnten. Die Verbandsbrauereien bestanden aber auf eine gemeinsame Verhandlung und erklärten nach einer kurzen Beratung, daß sie es bedauern, daß der Zentralverband nicht gemeinsame Sache mit dem Bundesverein mache, worauf sie aber großen Wert legen. Darauf wurden die Verhandlungen abgebrochen. Nun hatte sich

eine imposante Versammlung des Zentralverbandes mit der Anwesenheit zu beschäftigen. Der Referent legte öffentlich die Gründe dar, welche zu einem Getrenntmarschieren Anlaß geben und führte aus: Wir können unmöglich mit Leuten gemeinsame Sache machen, deren Vertreter im Reichstage für die Erhöhung der Brausteuer eingetreten sind. Die Hirsch-Dunderschen sind es gewesen, die bisher überall da, wo es zu Differenzen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern gekommen ist, hilfsreich auf die Seite der Letzteren getreten sind — ja sogar Streikbrecher geliefert haben. Diese 39 Mann starke Gruppe habe keinen Anspruch auf Teilnahme an den Verhandlungen. Der losende Beifall zeigte, daß die Versammlung ganz derselben Meinung war. Ein anwesender Vertreter der Hirsche unternahm einen erfolglosen Rettungsversuch für seine 39 Getreuen, erlebte aber eine böse Abfuhr. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde erklärt, daß unter keinen Umständen mit den Hirschen gemeinsame Sache gemacht werden soll, und die Lohnkommission beauftragt, in alleinige Verhandlungen einzutreten. Die Dresdener Brauereiarbeiter sind, falls die Unternehmer auf ihren unverständlichen Standpunkt stehen bleiben, bereit, ihren Forderungen ab 1. Juli durch einen Streik Nachdruck zu verschaffen. In Frage kommen weit über 1000 Personen.

Ein sozialer Musterbetrieb.

D. Friedrich Raumann weist in seinen Schriften und Vorträgen immer wieder darauf hin, daß ein Volk mit einem Wohlstandszuwachs, wie das deutsche, Qualitätsware erzeugen und ausführen müsse, wenn es nicht Menschen exportieren wolle. Deshalb hat er sich auch für die „Deutschen Werkstätten für Handwerkskunst“ interessiert und eine nicht leicht zu überschätzende Reklame für sie gemacht. Bei den sozialpolitischen Anschauungen dieses Protektors muß es die Offenheit um so mehr überraschen, daß sich gerade dieser Betrieb durch eine jämmerliche Bezahlung seiner Kunstgewerbezeichner unvorteilhaft auszeichnet. „Die Gehälter stehen auf der tiefsten Stufe“, berichtet darüber der „Kunstgewerbezeichner“, „selbst dann noch, wenn man sie mit den Gehältern in den miserabelsten Geschäften vergleicht.“ Ein Besuch um Erhöhung der Gehälter um 33 1/2 Proz. und Einführung der gesetzlichen Kündigung wurde vom Direktor Schmidt zunächst höhnisch abgelehnt. Nachdem sich der Verband Deutscher Kunstgewerbezeichner an Herrn D. Raumann und Prof. Riemerschmidt gewandt hatte, wurde die gesetzliche Kündigung und eine kleine unbedeutende Zulage gewährt. Kurz darauf wurde jedoch allen Zeichnern gelündigt und jede weitere Verhandlung abgelehnt. Beim letzten Kündigungstermin erhielten die Zeichner den Bescheid, wer dabei sein wolle, könne bleiben, aber aus dem Verband Deutscher Kunstgewerbezeichner müßten sie austreten. Dieses Vorgehen zeigt, wie selbst unter moderner sozial-fortschrittlicher Plagge, wie der Gartenstadtbewegung — die Firma hat ihren Sitz in der Gartenstadt Hellerau — die kapitalistischen Interessen zu einer Geschäftsleitung führen, die sich in nichts von derjenigen der berüchtigten Scharfmacher unterscheidet. Die Gönner dieses „sozialen Musterbetriebes“ können durch die Tat zeigen, ob sie einem überempfindlichen Neßhitzismus den Vorzug einräumen vor den Ansprüchen hochqualifizierter Arbeitnehmer, an unseren Kulturwerten teilzunehmen, ob sie eine Gewähr dafür schaffen wollen, daß die Grundlage hierzu, das freie Koalitionsrecht, dauernd unangefastet bleibt.

Hustand.

Ein gescheiterter Einigungsversuch.

Die Reichsparteivertretung der österreichischen Sozialdemokratie hat sich bemüht, noch vor dem Kopenhagener Kongreß eine Konferenz zustande zu bringen, um eine Verständigung zwischen Zentralisten und Separatisten zu ermöglichen. Die Wiener Gewerkschaftskommission hat sich trotz ihrer geringen Hoffnungen ohne Bedingungen bereit erklärt, die Konferenz zu beschicken. Dagegen hat eine am 30. Mai 1910 abgehaltene Sitzung der Vertreter der „autonomen“ (separatistischen) Gewerkschaftsverbände mit der Parteiführung der tschechischen Sozialdemokratie beschlossen, daß, wenn die Konferenz zu einer Regelung der gegenseitigen Beziehungen führen soll (also Fortbestehen der Separatistenverbände), die Grundlage das separatistische Programm sein müsse. Man hielt sich vor, die weiteren Schritte über die Beschickung und Durchführung der Konferenz danach einzurichten, wie die Antwort auf diese prinzipielle Voraussetzung lauten würde.

Diese Resolution begründete Reichsratsabgeordneter Dr. Soukup-Prog, der nebstdem erklärte, die Konferenz dürfe sich nur mit dem — Abschluß von Gegenseitigkeitsverträgen zwischen den Gewerkschaften und den Separatisten beschäftigen.

Danach dachte natürlich, wie das Organ der Reichsgewerkschaftskommission schreibt, kein ernstzunehmender Mensch mehr an das Stattfinden der Konferenz.

30 000 Landarbeiter im Streik.

Rom, 22. Juni. (Fig. Ver.) Wegen Vertragsbruch der Grundbesitzer haben die Landarbeiterorganisationen der Provinz Mantua den Generalfreist für die ganze Provinz proklamiert. Es handelt sich um 30 000 organisierte Landarbeiter, die sich sofort an den sozialistischen Parteivorstand gewendet haben mit der Bitte, ihnen einen Vertreter zu senden. Weiter haben sie ihre Abgeordneten, die Genossen Ferri und Bonomi, ersucht, sich in das Streitgebiet zu begeben. Enrico Ferri ist sofort nach Mantua abgereist. Der Vertragsbruch bestand darin, daß in zwei Orten Arbeiter unter Tarif angestellt wurden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zum Kampf im Baugewerbe.

Leipzig, 24. Juni. (W. G.) Wie bereits die Maurer, so haben auch die Leipziger Zimmerer beschlossen, entgegen der Entscheidung des Dresdener Schiedsgerichts in einen allgemeinen Streik einzutreten.

Solingen, 24. Juni. (W. G.) Die hiesigen Maurer lehnten den Dresdener Schiedsspruch ab und beschlossen, von der nächsten Woche ab zu streiken.

Oesterreich und Deutschland zur Kreisfrage.

Wien, 24. Juni. (W. G.) In hiesigen diplomatischen Kreisen verlautet, daß Oesterreich und Deutschland es abgelehnt hätten, sich an der Lösung der Kreisfrage zu beteiligen.

Zum Tode verurteilt.

Hamburg, 24. Juni. (W. L. B.) Der Handlungskommissar Holste, der am 12. Januar d. J. die Pfandleiherin Luise Werckli ermordet und beraubt hat, ist vom Schwurgericht zum Tode verurteilt worden.

Vom Automobil überfahren.

Wetter a. d. Ruhr, 24. Juni. (W. G.) Auf der Provinziallandstraße zwischen Wetter und Witten ist von einem Automobil aus Herne ein italienischer Arbeiter überfahren worden. Der Ueberfahrene war sofort tot.

Gaul Singer & Co., Berlin SW. Dierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsskizzen.

Aus der Berliner Gewerkschaftskommission.

Die Vertreter zur Gewerkschaftskommission für Berlin und Umgegend hielten am 21. Juni d. Js. eine Versammlung ab, um den Bericht des Ausschusses und des Sekretäres entgegenzunehmen. Aus dem Klassenbericht, den Genosse Körten erstattete, ist zu entnehmen, daß die finanziellen Verhältnisse der Gewerkschaftskommission als günstige bezeichnet werden können. Im weiteren erörterte Redner die Aufgaben, die im Laufe des Jahres der Kommission noch bevorstehen und wies dabei auf die im Herbst stattfindenden Gewerkschafts- und Kaufmannsgerichtswahlen hin. Ritter stellte die erfreuliche Tatsache nochmals fest, daß das Jahr 1909 mit einer Zunahme von über 9000 Mitgliedern abgeschlossen habe. In den letzten beiden Jahren war aus Anlaß der wirtschaftlichen Krise ein Rückgang zu verzeichnen. Der Gewerkschaftskommission sind 63 Verwaltungsstellen, die 57 Organisationen mit 233 000 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern bzw. Arbeiterinnen angehören, angeschlossen. Die Zahl der weiblich organisierten betrug am Jahresschlusse 1909: 17 966 Mitglieder. Auf eine allgemeine Bemerkung Ritters, daß der in einzelnen Gewerkschaften verzeichnete Rückgang nicht immer auf die wirtschaftliche Krise, sondern auf das Fehlen innenorganisatorischer Maßnahmen zurückzuführen werden müsse, bemerkten Gue (Büchsenarbeiter) und Rischbach (Bildhauer), daß in ihren Gewerkschaften der Rückgang lediglich auf die große Arbeitslosigkeit zurückzuführen sei, da besonders bei den Bildhauern viele der Kollegen ihrem Berufseinkommen folgen und zu einem anderen überzugehen gezwungen sind. Auf die in der Nr. 142 des „Vorwärts“ vom 21. Juni vom „Allgemeinen Deutschen Gärtnerverband“ gebrachte Berichtigung wurde bemerkt, daß diese Organisation an diesem Irrtum mit schuld trage, da sie die 450 in den Vororten wohnenden Mitglieder von dem Lohngebiet Groß-Berlin zu Unrecht abgezogen habe. Es wurde von Ritter und vom Genossen Gue erneut an die männlichen Vertreter die Aufforderung gerichtet, sich die Organisierung der Arbeiterinnen anzuwenden, um den in dieser Beziehung gefühlten Gewerkschaftsnotstand zu beheben. Das sei nicht nur nötig, soweit es gewerbliche Arbeiterinnen betreffe, sondern die Tätigkeit müsse in noch höherem Grade bei den weiblichen Dienstboten einsehen, um dem Verband der Hausangestellten neue Mitglieder zuzuführen. Auch unter den männlichen Arbeitern sei vielfach eine totale Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen für die Dienstboten zu finden, daher sei es nötig, daß in den einzelnen Gewerkschaften mehr Aufklärung in dieser Richtung verbreitet werde. Wie weiter berichtet wurde, nahm die Entwicklung der Berliner Genossenschaftsbewegung ihren guten Fortgang, so daß Aussicht vorhanden sei, in nicht allzuferner Zeit die Mitgliederziffern von Hamburg und Leipzig zu erreichen.

Wie in früheren Jahren wurde auch diesmal im Bericht Klage geführt, daß einzelne Gewerkschaften in Berlin und Vororten die Arbeitersekretäre wegen „Geschäftsmäßigkeit“ zur Vertretung von Parteien nicht zulassen. Die Geschäftsmäßigkeit ist nach ihrer Ansicht dann schon als vorhanden zu betrachten, wenn der betreffende Sekretär durch die Form seines Vortrages ein gewisses Uebergewicht gegenüber dem Gegner hat. In einem Fall hat es ein Rigoroser Gewerkschaftsbericht nicht einmal für nötig erachtet, den die Vertretung ausübenden Sekretär von der Ablehnung zu benachrichtigen, so daß die Terminsagung an die Mitglieder — eine Arbeiterin, die gegen einen Zwischenmeister klagte — nach Danzig ging, wo diese an demselben Morgen, als der Termin stattfinden sollte, auf dem Umwege über Danzig wieder im Sekretariat eintraf. Dagegen werden Vertretern großer Firmen, die ständig Vertretungen vor den Gewerbebehörden ausführen, keinerlei Schwierigkeiten bereitet, obwohl auf diese der von den Richtern ausgelegte Begriff der „Geschäftsmäßigkeit“ in gleicher Weise Anwendung finden dürfte.

Die in früheren Jahren wurde auch diesmal im Bericht Klage geführt, daß einzelne Gewerkschaften in Berlin und Vororten die Arbeitersekretäre wegen „Geschäftsmäßigkeit“ zur Vertretung von Parteien nicht zulassen. Die Geschäftsmäßigkeit ist nach ihrer Ansicht dann schon als vorhanden zu betrachten, wenn der betreffende Sekretär durch die Form seines Vortrages ein gewisses Uebergewicht gegenüber dem Gegner hat. In einem Fall hat es ein Rigoroser Gewerkschaftsbericht nicht einmal für nötig erachtet, den die Vertretung ausübenden Sekretär von der Ablehnung zu benachrichtigen, so daß die Terminsagung an die Mitglieder — eine Arbeiterin, die gegen einen Zwischenmeister klagte — nach Danzig ging, wo diese an demselben Morgen, als der Termin stattfinden sollte, auf dem Umwege über Danzig wieder im Sekretariat eintraf. Dagegen werden Vertretern großer Firmen, die ständig Vertretungen vor den Gewerbebehörden ausführen, keinerlei Schwierigkeiten bereitet, obwohl auf diese der von den Richtern ausgelegte Begriff der „Geschäftsmäßigkeit“ in gleicher Weise Anwendung finden dürfte.

Die in früheren Jahren wurde auch diesmal im Bericht Klage geführt, daß einzelne Gewerkschaften in Berlin und Vororten die Arbeitersekretäre wegen „Geschäftsmäßigkeit“ zur Vertretung von Parteien nicht zulassen. Die Geschäftsmäßigkeit ist nach ihrer Ansicht dann schon als vorhanden zu betrachten, wenn der betreffende Sekretär durch die Form seines Vortrages ein gewisses Uebergewicht gegenüber dem Gegner hat. In einem Fall hat es ein Rigoroser Gewerkschaftsbericht nicht einmal für nötig erachtet, den die Vertretung ausübenden Sekretär von der Ablehnung zu benachrichtigen, so daß die Terminsagung an die Mitglieder — eine Arbeiterin, die gegen einen Zwischenmeister klagte — nach Danzig ging, wo diese an demselben Morgen, als der Termin stattfinden sollte, auf dem Umwege über Danzig wieder im Sekretariat eintraf. Dagegen werden Vertretern großer Firmen, die ständig Vertretungen vor den Gewerbebehörden ausführen, keinerlei Schwierigkeiten bereitet, obwohl auf diese der von den Richtern ausgelegte Begriff der „Geschäftsmäßigkeit“ in gleicher Weise Anwendung finden dürfte.

Kleines feuilleton.

Die Zukunft der deutschen Aussprache. Einer der besten ausländischen Kenner der deutschen Sprache, Professor George D. Curme von der Northwestern University in Nordamerika, hat den vorigen Sommer zu Beobachtungen über die heutige deutsche Sprache in Deutschland zugebracht und über die Ergebnisse dieser Reise Bericht erstattet. Da der letzte Aufenthalt Professor Curmes in Deutschland in das Jahr 1890 gefallen war, richtete er sein besonderes Augenmerk darauf, ob in diesen Jahren ein deutlicher Entwicklungszug in der Aussprache des Deutschen wirksam gewesen ist. Das ist nach Curme in der Tat der Fall, und zwar findet er diesen Zug in einer ausgesprochenen Richtung zur Annäherung und Ausgleichung, der im ganzen deutschen Sprachgebiet die verschiedensten Laute und Lautverbindungen ergriffen hat. An Orten, wo gebildete Deutsche aus allen Teilen des deutschen Sprachgebietes zusammenkommen, wie z. B. in den Schweizer Kurorten, war der Verfasser oft erstaunt über die weitgehende Ähnlichkeit, die die Aussprache auch bei räumlich weit entfernt wohnenden Deutschen aufwies. So spricht z. B. ein Teil der Süddeutschen, namentlich der Österreicher, das p und t im Gegensatz zu h und d zwar immer noch anders (stimmlos) aus als der Norddeutsche, aber er erfährt den Unterschied der norddeutschen Aussprache (stimmhaftes h und d) durch einen stärkeren Druck und erzielt damit die gleiche Wirkung der scharfen Unterscheidung der früher zumeist ganz ungeschiedenen Laute. Im allgemeinen fand Curme, daß bei uns die Reingung besteht, die Aussprache dem Schriftbild anzupassen und demgemäß für einen bestimmten Laut auch womöglich nur eine Aussprache festzuhalten, was natürlich vielfach Schwierigkeiten bereitet, so z. B. bei der Aussprache des „g“ in den verschiedensten Beugungsformen von Wörtern wie „Tag“ oder „Bog“. Der sogenannten „Wägenausssprache“ kamen auf seinen Fahrten norddeutsche Lehrer und Geschäftsleute am nächsten, was sich indessen einfach dadurch erklärt, daß diese „Wägenausssprache“ im wesentlichen auf der Möglichkeit an das Schriftbild angelehnten norddeutschen Aussprache beruht. Bezeichnend für die Gesamtentwicklung war die Klage, eines medienburgischen Lehrers, daß die heimische Aussprache (Schein, sprechen u. f. und Jungen-r) immer mehr der „preussischen“ Sprechweise (Schein, sprechen und Jäbchen-r) weicht. Im ganzen scheint dem Verfasser die Entwicklung unabweislich dahin zu gehen, daß zwar die Annäherung der Ausspracheweisen weitere Fortschritte machen wird, daß aber schließlich doch zwei große Hauptgebiete der Aussprache sich gegenüber stehen werden, ein norddeutsches und ein süddeutsches, von denen das erste geringere, das zweite mehr und stärkere landschaftliche Unterschiede aufweisen wird.

Die Konkurrenz der Cellos. Ein eigenartiges Experiment wurde jüngst in Paris unternommen, um einen Vergleich zwischen

die Berliner Zimmerer an den Sammlungen nur in geringem Maße beteiligt. Das sei aber nicht der Fall. Dies wird von Körten bestätigt, der aber andererseits darauf hinweist, daß die Sammlungen der Zimmerer, die durch ihren Zentralvorstand abgeführt wurden, unmöglich in die Einnahmen der Berliner Sammlungen gestellt werden konnten, weil sie nicht durch die Kasse der Berliner Gewerkschaftskommission gegangen sind.

Es wurde hierauf zur Kenntnis des Ausschusses geschrieben. Gewählt wurden Albrecht (Buchdrucker), Jul. Cohn (Bureauangestellter), Hartmann (Metallarbeiter), Kunze (Schneider), Maas (Holzarbeiter), Nieß (Maler), Schmidt (Brauereiarbeiter), Schulze (Sattler) und Werner (Transportarbeiter). Als Revisoren bestimmte die Versammlung: Schade (Buchbinder), Urban (Handlungsgehilfe) und Wuyth (Gemeindearbeiter).

Nach einer kurzen Begründung durch Körten, der darauf hinwies, daß die vom Magistrat eingebrachte Vorlage der Erhebung einer Luftbarkeitssteuer das Berliner Gewerkschaftshaus um etwa 10 000 Jahre pro Jahr belassen würde, nahm die Versammlung folgende Resolution einstimmig an:

Die am 21. Juni 1910 versammelten Gewerkschaftsvorstände der freien Gewerkschaften, die 63 Verwaltungsstellen mit 233 000 Mitgliedern vertreten, protestieren mit aller Entschiedenheit gegen die vom Berliner Magistrat eingebrachte Vorlage betreffend die Erhebung einer Luftbarkeitssteuer. Sie erkliden in der Vorlage, wenn sie in Kraft treten sollte, eine Erdrosselung aller Kunst- und Bildungsbestrebungen, deren sich die Gewerkschaften in vornehmlicher Weise befleißigen.

Der freisinnige Magistrat geht hier mit dem Junkertum Hand in Hand, durch indirekte Steuern die Gewerbetreibenden und Arbeiter zu belasten, die Reichen dagegen zu schonen.

Diese Steuer trifft aber nicht nur finanziell die Armen, sie wirkt auch, wie es die Erfahrung in anderen Städten gelehrt hat, schädlich und unterbindet durch ihre Kontrolle allen gesellschaftlichen und Vereinsverkehr.

Die Gewerkschaftsvorstände nehmen mit Bedauern Kenntnis, daß es wieder freisinnige Vertreter im Rathause sind — die angeblich Kunst, Bildung und Wissenschaft als oberstes Gebot verlangen —, die sich dazu hergeben, eine Vorlage einzubringen, die kultur- und bildungsfeindlich ist und der arbeitenden Klasse es immer mehr zur Unmöglichkeit macht, sich weiter bilden zu können.

Auf Antrag des Verbandes der Handlungsgehilfen, dem, wie Ritter berichtete, auch der Ausschuss seine Zustimmung erteilt hatte, und die der Redner zur besonderen Beachtung durch die Gewerkschaftsmitglieder empfahl, gelangte ferner noch diese Resolution zur Annahme:

„Seit Jahren kämpfen die Angestellten und Arbeiter im Handelsgewerbe um Einführung der vollständigen Sonntagsruhe. Die Geschäftsinhaber sträuben sich dagegen und fest ausnahmslos mit der Begründung, daß im Interesse des laufenden Publikums, besonders der Arbeiterschaft, die Geschäfte an den Sonntagen offengehalten werden müssen.“

Die Vertreter zur Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend erachten die Einführung der vollständigen Sonntagsruhe im Handelsgewerbe als dringend notwendig und weisen die Rücksichtnahme auf die Arbeiterschaft als Konsument ganz entschieden zurück.

Die Vertreter fordern die Arbeiterschaft auf, keine Einkäufe an den Sonntagen zu machen und verpflichten sich, in ihren Gewerkschaften darauf hinzuwirken, daß die Mitglieder und deren Familienangehörige ihre Einkäufe nur an den Wochentagen besorgen.“

Für die ausgesperrten Bauarbeiter.

Bei der Gewerkschaftskommission für Berlin und Umgegend gingen ferner für die ausgesperrten Bauarbeiter Deutschlands ein:

- Allgemeiner Deutscher Gärtnerverein, Verm. Berlin 100,—, Verband d. Bergarbeiter, Bezirk Hamm 50,—, Tischler Kaufmann u. Graf 11,70, Tischler Rosenbergl 5,—, Bildh 3,05, Bauleitender bei Müller 3,40, Bildh 273, 279 Unterkommission Tempelhof-Mariendorf-Mariensfeld 12,20, Unterstühlerei Großlicht 32,—, Handwerker u. Maschinenver. Schuldbüh IV 15,—, Mallemischer Ostler, 4. Rate 5,—, Einzelr. Wilmersdorf 10,30, Sieben Wäntler bei Lindbrom 3,50, Bildh, Schönhausen 3,—, Deutscher Holzarbeiterverband, Johstelle Steglitz 100,—, Tischler Heinz, Lauter u. Co., 3. Rate 24,25, Charlottenburg, 3. Gruppe Bode 20,—, Kollegen bei H. Hain 15,—, Dr. H. Sabelmann 3,—, 6533 Spitz- u. Zementbranche 7,10, 6614 Rowatonski 23,25, 6555 Lorenz 8,—, Umlet 2,—, 449 Tischlerei Lübbe, 6. Rate 7,95, 5996 Walter 5,90, Glasarbeiterverband, Verwaltung Berlin I auf folgende Listen: 7513 Arndte 4,40, 7511 Gregolet 4,95, 7501 Arrenberger 3,10, 7515 Jettel 3,25, 7510 Hise u. Hark 7,20, 7503 Vorreite 11,35, 7154 Selamoni 7,95, 7153 Berner 6,10, 470 Tischlerei Hpen, 4. Rate 12,80, Tischlerei Elekter u. Schwefinger 8,40, 457, 556 Tischlerei

der Klangschönheit aller und moderner Celloinstrumente herbeizuführen. Vor einem Auditorium, das sich aus den vorzüglichsten Cellovirtuosen und Professoren des Cellospiels von Paris zusammensetzte, spielte Pablo Casals ein und dasselbe Konstück auf zwölf Instrumenten, von denen sechs alt und sechs neu waren. In dem Saal herrschte tiefe Dunkelheit, so daß man auch die Form der Cellos nicht erkennen konnte. Die sechs alten Instrumente waren Werke der erlauchtesten Geigenbauer, eines Stradivarius, Guarnerius, Gagliani u. a. Die sechs modernen stammten aus den Werkstätten von guten französischen Geigenbauern und hatten ein Alter von 1—25 Jahren. Nach Casals spielte ein anderer Cellovirtuose Loebensohn ein anderes Stück auf den zwölf Instrumenten. Die Werturteile wurden von den Schiedsrichtern in einer Anzahl von Punkten angegeben, die je höher waren, je schöner der Ton erschien. Das Resultat war ein vollständiger Sieg der modernen Instrumente, die 1484 Punkte erhielten, während den alten Cellos nur 683 Punkte zuteil wurden. Der Preis der Instrumente stand zu dieser Bewertung in einem merkwürdigen Gegensatz, denn die alten Cellos repräsentierten eine Summe von 150 000 Franks und die sechs neuen eine Summe von 4000 Franks.

Die Ausrottung der Vögel durch die Mode. Die aufsehenerregenden Feststellungen von Schilling, der aus den Damenhüten zahlenmäßige Angaben für die unter den Vögeln angerichtete Verheerung gemacht, werden durch die exakten Untersuchungen eines englischen Sachverständigen James Rudland bestätigt, der dieser Tage in London einen Vortrag über „den Handel mit Federn und die Notwendigkeit einer Gesetzgebung“ hielt. Nach seiner Meinung ist die Zahl der Vögel durch den ungeheuren Verbrauch von Federn bereits in beunruhigender Weise vermindert. Im Jahre 1898 wurden in Venezuela 1 538 738 weiße Reiher getötet; ihre Zahl war im Jahre 1908 trotz eifrigen Jagens auf 257 916 gefallen. In neuester Zeit hat man daher den Vernichtungskrieg gegen andere Vögel unternommen, so gegen den amerikanischen Jabiru, von dessen weißen Flügeln und Schwanzfedern allein in London jährlich 90 000 Stück verkauft werden. Obwohl 1903 von der indischen Regierung ein Gesetz gegen den Export von Federn wilder Vögel erlassen wurde, so findet doch noch immer ein reger Handel zwischen Indien und London statt, da man das Verbot durch allerlei Kniffe umgeht; die Federn werden unter falschen Angaben eingeführt oder auch geschmuggelt. Auch die Ausfuhr des Kolibri aus Westindien ist durch Gesetz stark beschränkt, und doch sind in diesem Jahre bereits mehr als 25 000 Tiere nach London gekommen. Der australische Keierschwanz, der früher im Federhandel eine Rolle spielte, ist jetzt fast ganz vom Marke verschwunden. Er ist bereits so selten geworden, daß die Modedamen trotz aller Schnajacht auf diesen Schmutz verzichten müssen.

Ziergründige Betrachtungen über Sonntagsfeier. Man weiß, daß in England und in Amerika der Sonntag vollständig dem Gebet, der Andacht und der Ruhe geweiht ist oder doch geweiht sein soll;

- M. Wegner, 5. Rate 18,40, Vätermeister durch d. Verband d. Bäcker und Konditoren 20,—, Maschinenleger bei Greve 2,40, 398, 399 Tischlerei Telle u. Co. 8,50, 365 Tischlerei Radow u. Hellig 5,20, Durch Gantler 1,50, Bahnbauverein Mariendorf, 1. Bezirk 6,—, 477 Tischlerei Simon 8,65, Tischler d. „Vorwärts“, Werkstatt, 3. Rate 25,70, 429 Tischlerei Krieling 11,50, 404 Einleger bei Remde, 5. Rate 13,40, Tischlerei Stahl Söhne 8,20, Verband der Lithographen u. verw. Berufsgenossen, Verm. Berlin, a.konto Ritten 350,—, Glender Rigdorfer 1,—, 2982 Victoria-Nähle 20,80, 98 100 Bildh. 36, 4. Kreis 37,15, Bahnbauverein Rigdorfer 300,—, 346 Goleffischer Tischler G. Bartels 9,80, Möbelpolierer bei Kahlig, 4. Rate 4,50, Firma Loose 3,75, 5. Bahnbauverein auf Listen 96,85, 10973 Klavalfabrik Bernede 13,70, Möbelfabrik Steinbock, 2. Rate 4,75, 6621 Pianofabrik G. Jatsch 22,30, 6446 Reibenbach u. Riffarth, Kbt. Kupferdruck 8,60,—, Verband der Schneider u. Wäscharbeiter, Filiale Berlin III, auf folgende Listen: 7347 Fußneider Wolf u. Glaserfeldt 6,70, 7350 Wätereier Freyer 9,50, 7357 Fußneider H. Jordan 2,30, 7373 Fußneider Adernann 0,50, 7377 Hemdenmacher II Wolf u. Glaserfeldt 1,45, 7386 Hemdenmacheri Grünbaum 2,50, 7387 Hemdenmacher I Wolf u. Glaserfeldt 3,75, 7389 Wätereier vom. Ritter 10,50, 7390 Wätereier I Sternberg jun. 8,—, 7394 Wätereier Köllppohn u. Lejchins 12,—, 7395 Wätereier Kirchstein u. Michaelis 1,25, 7396 Wätereier u. Wätereier Adernann 5,70, 7399 Wätereier Wolfhard u. Wolf 3,10, 7402 Wätereier W. Levin 5,25, 7410 Wätereier u. Fußneider Neier 2,20, 7411 Wätereier von Raaf 6,05, 7413 Hemdenplättereier Gebr. Vorchardt 4,05, 7414 Strichspanplättereier J. Jacoby 0,70, 7418 Fußneider Cohn u. Samuel, 2. Rate 10,40, Summa 96,60,—, 1814 Tischlerei Grünberg 6,70, 416 Bergelder 5, Fensch 5,50, 422 Tischlerei Baule 5,20, 423 Tischlerei G. Schmidt 10,—, Meigel u. Lindemann, 5. Rate 8,50, 9617 Bau Kränkel, Westend 6,—, 496 Tischlerei Sponar, 5. Rate 15,90, 2903 Tischlerei Danst 19,40, 394 Transportarbeiter vom „Vorwärts“ 12,20, Buchdrucker-Gilddarb. Notationskass. „Vorwärts“, 5. Rate 20,—, Verband der Hutmacher, Verm. Berlin, 4. Rate 100,—, Möbelstickeri Woldenbauer Söhne 15,55, 6521 11,50, 359 Lederfabrik Gebr. Steinfeln 7,40, Bezirk 401b, L. 2, 4. Kreis 5,—, Brande der Stadarbeiter auf folgende Listen: 1837 Rantjan 3,50, 1063 Hennig 6,—, 9875 Schäffe, 5. Rate 13,45, 9898 Koa, 3. Rate 14,05, 9899 Goldmann, 5. Rate 7,20, 9890 Heßlich, 4. Rate 8,65, 9893 Brädmann, 5. Rate 10,50, 14 Handtuchfabriker Firma Ostmann 3,—, Verband der Glasarbeiter auf folgende Listen: 7155 Jähel 4,50, 7158 Röder u. Weyer, 4. Rate 23,25, 7159 Bräsch 11,25, 7523 Berner 6,10, 7512 Gerberdorf u. Sohn 4,50, 7512 Hain 5,—, 7522 Selamoni 8,45, Julamann 63,05, 459 Tischlerei Jannemann u. Heufe 9,20, 9908 Tischlerei Knittel u. Klar, 2. Rate 5,40, 10925 Bergelder bei Kahlig 10,50, 77 Rode u. Co. 2,90, 10908, 10906 Ratom u. Priemer, 7. Rate 32,60, Bezirk 537/98, 6. Kreis 8,—, 9906 6 Tischler bei Hartmann 2,50, Möbelfabr. Stern, 4. Rate 7,25, 9900 Möbelfabrik Röbler u. Schmidt, 7. Rate 35,—, Handtuchfabriker bei Denler 7,—, 480 Tischlerei Ebert u. Gabelin, 5. Rate 7,40, 10930 Tischlerei Galle u. Grobowski, 3. Rate 10,—, 7191 5,15, Möbelfabrik Gerjon 11,60, 483 Darmarbeiter u. Arbeiterinnen ff. u. 2, 6. Rate 6,80, 9887 Tischlerei Kleubauer u. Schabel 11,10, 10197 15,30, Tischlerei R. Schmidt, 3. Rate 8,30, 10903 Tischlerei Eibelt u. Kolbe 9,90, 10902 Tischlerei Schwarz und Heßlich, 6. Rate 24,10, 232. Bez. 2. Kreis 7,—, 1742 Jalousiefabrik H. Freese 18,70, 10909 Pianofabrik Hoffmann 6,90, Tischlerei A. S. Ball 5,30, 10910 Tischlerei Sommerlatte, 4. Rate 11,50, 249 Bez. 402, 4. Kreis 3,70, 406 Bez. 403, 4. Kreis 5,—, Tischler und Maschinenarbeiter bei Rebeviß 10,25, 424 Tischlerei Köhler u. Schab 4,55, 10940 Tischlerei D. Müller 4, Rate 11,55, Bezirk 542b, 6. Kreis 11,—, 10908 Bergelderi J. Müller 5,80, Schröders Möbelmagazin 5,40, 9885 Tischlerei Lübbe 15,70, 10966 Tischlerei Wds u. Baum, 5. Rate 24,50, Bildhaueri Koch 5,—, Verein der Berliner Buchdrucker u. Schriftsetzer 2500, Verband der Kupferstecher, Verm. Berlin, auf folgende Listen: 2010, 2031, 2039, 2035, Hartmann, Wätereier Straße 90,95, 2019 Caslo 6,75, 2014 Dalmier 16,30, 2021 Maria u. Hinke 2,—, Unterkommission Charlottenburg a. folg. Listen: Erdemann 2,—, Hofmann u. Co. 6,—, 290 Buchdr. G. Helmke 3,40, Gubel-Motoren-Gesellch. 10,—, Arbeiter-Abfahrtsverein Weihensee 5,—, Unterkommission Weihensee auf folgende Listen: 2132, 2133 und 2135 Verband der Maler, Ortsgruppe Charlottenburg 21,55, 2101, 2103, 2159 Fabrikarbeiter 18,35, 2152 August Weisheit 20,—, 2130 Tischlerei Seiler u. Co. 12,10, 2189 Tischlerei D. Schulz u. Co., 2. Rate 16,75, 2127 Tischl. Fischer u. Conrath, 2. Rate 16,70, 2164 Wätereier 16,50, 2138, 2165, 2167 Verband der Schneider, Charlottenburg 27,50, Ortsverein der Buchdrucker 10,—, Summa 159,45,—, 10. Kbt. 4. Kreis 30,10, 415 Tischlerei Harris u. Seldon 14,55, 1813 7,65, 9852 Tischlerei Wendinger, Weidow u. Co., 4. Rate 7,90, Verband der Musiker, Verm. Berlin 100,—, Verband der Maler und Radierer auf folgende Listen: 5652 10,55, 5655 16,—, 5675 18,15, 5676 2,75, 5677 10,90, 5678 11,70, 5683 12,90, 5685 7,80, 5688 5,80, 5689 1,45, 5694 12,70, 5699 10,95, 5706 8,70, 5707 5,35, 5708 15,50, 5710 9,40, 5717 Radierer der Berl. Motorenfabr. 15,—, Radierer bei Graf 1,20, Zusammen 171,80,—, Verband der Textilarbeiter, Verm. Berlin auf folgende Listen: 979 Gesamtamt im Bureau 16,—, 917 Stickeri Herz 14,90, 918 Rudwig 11,90, 921 Stickeribronze 6,55, 965 Striderer Engel und Bezirk 843, Osten 10,70, 971 Rand 7,15, Kreis 973 8,—, 980 6,80, W. Wengers u. Söhne 945 7,—, 952 11,55, 995 Händerer Bröfel 8,—, 970 Händerer und Wätereier Bloch 6,30, Teppichfabriken: 922 Feißlich 16,20, 974 Haaber 10,45, 975 Benjamin 2,70, 976 do. 19,65, 977 do. 16,75, Defaleure: 937 Sehmaß 12,05, 956 Eh 5,10, 959 Oppenheim u. Hamy 7,95, 953 Kieder 4,20, Summa 209,30,—, Unterkommission Rigdorfer auf folgende Listen: 6006 Tischlerei Haase 14,10, 6007 10,30, 6030 ff. 2. Schulz 16,25, 6038 Tischlerei Glaser 3,30, 6072 Bezirk 4b Rigd. 11,70, 6073 Bezirk 4c 10,65, 6075 8,90, 6076 4,35, 6080 Tischlerei Kaiser 22,10, 6100 Koll. bei Adernann 16,—, 6102 Bergfeldt 31,10, 6120 Pianofabrik Jatsch 10,60, 6121 5,30, 6123 16,—, 6134 J. C. Haff 13,55, 6136 7,25, 6139 16,70, 6140 Bezirk 11b Rigdorfer 8,05, 6143 12,—, 6148 7,60, 6149 4,70, 6181 Gollow 10,05, 6182 Werkstatt

die Sonntagsruhe ist so tief und so gründlich, daß man in einer englischen Stadt am Sonntag an die Stille des Kirchhofs gemahnt wird. Trotz dieser Trübseligkeit und Tröstlichkeit des englischen Sonntags glauben einige besonders fromme Menschen immer noch, daß der Feiertag nicht genug geheiligt werde, und daß die Sache noch ein bißchen trister oder — wie sie es nennen — feierlicher ausfallen könnte. So haben sich jüngst die Kellner der Presbyterianergemeinde der guten Stadt Winchester in Kentudy zusammengetan, um über eine hochwichtige Frage zu diskutieren: Was soll man — so lautete die Frage — mit den Eiern anfangen, die gottlose Hühner am Sonntag legen? Das Huhn, das ein Ei legt, arbeitet — das wird selbst der zugeben müssen, der die mit dem Eierlegen verbundenen Mühen nicht aus eigener Erfahrung kennt. Da man aber am Sonntag nicht arbeiten darf, begeht das Eierlegende Huhn ohne Zweifel eine Sünde, und die Eier sind sozusagen „Corpora delicti“. Ein Mitglied der frommen Presbyterianergemeinde folgte daher ganz richtig, daß die sündigen Eier ohne weiteres vernichtet werden müßten, und dieser Ansicht schlossen sich noch mehrere andere Herren, lauter Leuchten des wahren Glaubens, an. Andere Kirchenlichter waren aber etwas praktischer: Sie sagten, daß die Vernichtung der Eier ganz sinn- und zwecklos wäre, und da diese praktischen Herren die Mehrheit bildeten, beschloß man schließlich, den Verkauf der Sonntags gelegten Eier zu gestatten, unter der Bedingung jedoch, daß der Ertrag der Kirchenkasse anheimfalle. Es ist zu hoffen und zu wünschen, daß durch diese weise Maßregel auch die Hühner zur wahren Frömmigkeit erzogen werden und das Eierlegen an Sonntags und Feiertagen schließlich ganz einstellen.

Notizen.

Was eine Volkszählung in Amerika bedeutet. Wohl eine der gewaltigsten statistischen Unternehmungen ist die große Volkszählung, die gegenwärtig in Amerika stattfindet. Schon vor zwei Jahren wurden die Anfängungen in allen amerikanischen Kolonien ausgehend; das Schriftstück ist in nicht weniger als 24 verschiedenen Sprachen abgefaßt, darunter Hebräisch, Griechisch, Chinesisch und Arabisch, und soll den niederen Volksständen darlegen, daß die Volkszählung ohne steuerpolitische Hintergedanken geschieht. Am 15. April begann eine Armee von nicht weniger als 70 000 Volkszählern ihre Arbeit. Da in den Vereinigten Staaten mehr als 90 Millionen Menschen leben, kommen auf jeden Zähler rund 1200 Einwohner. Von jedem Einwohner muß er sich ein Formular ausfüllen lassen, das gegen 30 Fragen stellt. Nach 4 Wochen waren bei dem großen statistischen Amt in Washington bereits 125 Tonnen solcher ausgefüllter Formulare eingelaufen. 8600 Beamte haben sofort mit der Rechenarbeit begonnen, diese beantworteten Fragezettel nach Klassen zu ordnen. Alles in allem wird die Volkszählung einen Kostenaufwand von weit über 50 Millionen Mark verursachen.

mit einem Stode Schläge angedroht und die Wohnung gekündigt, was gleichbedeutend mit Entlassung zum Winter ist. Solche Mißstände gibt es hier überall. Viele Kollegen kommen einmal hier und erlunbigen sich und veröffentlichen diese Verhältnisse. Die Öffentlichkeit scheuen die Herren Besitzer. Wir dürfen es nicht in die Zeitung bringen, weil wir sonst weggejagt werden. So ist es aber nicht mehr abzuhalten und deshalb hilft uns.

Die Arbeiter von Benz und Söhren.

Unser Gewährsmann hat sich nun an Ort und Stelle nach den Verhältnissen erkundigt. Die Klagen sind ihm als wahr bestätigt worden. Er fand aber noch viel mehr, was Veranlassung zu Klagen gibt. So erhalten die Leute bei 12 stündiger Arbeitszeit im Sommer 2 M., im Winter bei kürzerer Arbeitszeit 1,80 M. Lohn und 40 Ruten Kartoffelader. Das ist alles. In Ostelbien gibt man den Arbeitern noch Holz. Hier gibt es das nicht. Die „Wohnungen“ der Leute sind erbärmlich. Eine alte, halb baufällige Kiste ist für 5 Arbeiterfamilien eingerichtet. Jede „Wohnung“ besteht aus 3 ungedeckelten Räumen. Der erste bekommt sein Licht durch die Tür. Er enthält den altdeutschen primitiven Backsteinherd. Das als Wohnstube bezeichnete Loch hat ein kleines Fensterchen und das als Kammer bezeichnete auch. In diesen Ställen können die Menschen wahlweise nur wie das Vieh haufen. Da sind selbst die als Hundehütten bezeichneten Häuser einer Zederkolonie des Ruhrgebiets Brunnbauten dazugegen. Kurz, die Worte Wilhelms II. in Cadixen, daß die Schwedene besser wohnen als die Menschen, treffen auch stellenweise auf Ditholstein zu. Unser Genosse interessierte die armen Menschen für das einzige Heil, das ihnen helfen kann, für die Organisation. Die Vorarbeiten für die Gründung einer Zahlstelle des Landarbeiterverbandes sind im Gange.

Entschädigung wegen Verweigerung angemessener Zeit zum Arbeit-suchen.

Das Dienstmädchen S. war bei der Inhaberin einer Klinik, der Oberin Seef, in Stellung und hatte zum 1. Juni gekündigt. Sie beklagt sich darüber, daß ihr die Arbeitgeberin nicht den angemessenen Urlaub zum Auffuchen einer anderen Stellung gegeben habe. Nur einmal sei sie auf wiederholtes Ansuchen beurlaubt worden, es sei ihr aber nicht möglich gewesen, an diesem Abend Stellung zu finden. Ihre Bitte, ihr noch am 27. Mai auf einige Stunden Urlaub zu geben, sei abschlägig abgewiesen worden. Es war ihr deshalb nicht möglich gewesen, rechtzeitig eine andere Stellung zu finden. Sie verlagte nun ihre bisherige Arbeitgeberin wegen des ihr entstandenen Schadens auf Zahlung von 45 M. bei dem Gewerbegericht. Dies ist zuständig, weil Klägerin für die Klinik tätig war. Der Vorsitzende, Magistratsassessor Schults, legte dar: Wenn der Beklagten auch das Bestimmungsrecht darüber zustand, wann sich die Klägerin während der Kündigungsfrist nach anderer Stellung umsehen durfte, so durfte dieses Recht doch nicht so gehandhabt werden, daß die Möglichkeit, Stellung zu bekommen, ausgeschlossen wurde. Die Beklagte hätte der Klägerin mindestens zweimal Urlaub geben müssen, dieser durfte aber nicht erst auf die letzten Tage des Monats gelegt werden. Denn erfahrungsgemäß verlangen die besseren Herrschaften nicht erst in den letzten Tagen des Monats nach Dienstmädchen. Der Anspruch der Klägerin ist demnach dem Grunde nach gerechtfertigt, nur der Höhe nach konnte er nicht anerkannt werden. Die Beklagte wurde zur Zahlung von 31,50 M. verurteilt.

Kerkerkonflikt in Halle.

In Halle kündigten sämtliche Hausärzte allen Krankenkassen die Verträge. Einen Grund gaben sie zunächst nicht an. Die späteren Verhandlungen ergaben aber, daß sie als Hauptsache die gänzliche freie Arztwahl und im weiteren eine erhebliche Erhöhung der Honorare, namentlich für die Behandlung der Familienangehörigen der Kassenmitglieder verlangten. Der Verband der Krankenkassen in Halle lehnte die Einführung der freien Arztwahl ab. Den übrigen Forderungen wäre er entgegengekommen, doch unterblieben mit Rücksicht auf die vorerwähnte Ablehnung die weiteren Unterhandlungen. Dem Kassenverbande gelang es, inzwischen eine Anzahl anwärter Ärzte seit durch Vertrag anzustellen, so daß diese nach Ablauf der Kündigungsfrist der circa 80 gegenwärtigen Hausärzte die ärztliche Behandlung der Kassenmitglieder übernehmen.

Bergbau und epidemische Krankheiten.

Der in diesen Tagen in Düsseldorf abgehaltene Internationale Kongress für Bergbau und Hüttenwesen beschäftigte sich am Mittwoch mit der Frage: „Inwiefern findet eine Verbreitung von übertragbaren Krankheiten durch den Kohlenbergbau statt?“ Professor Dr. Bruns-Gelsenkirchen führte dazu aus: Gerade im Kohlenbergbau treibenden Gegenden wird vielfach ein besonders starkes Auftreten von epidemischen Krankheiten beobachtet. Man braucht nur an eine Anzahl großer Epidemien zu erinnern, die in den letzten Jahren in Deutschland vorgekommen sind, an die großen Typhusepidemien im ober-schlesischen Kohlenrevier, im Ruhrkohlenbezirk und im Saarbrücker Kohlenrevier, an Genußstarrkepidemien in Oberschlesien und im Ruhrbezirk. Weiter läßt sich aus allen statistischen Zusammenstellungen erkennen, daß bezüglich der Ruhrerkrankungen, der Erkrankungen an Scharlach, auch an Diphtherie unsere Kohlen gewinnenden Gegenden meist über dem Durchschnitt anderer Gegenden, insbesondere auch des preussischen Staates, stehen. Gelegentlich machen dann einmal im ober-schlesischen Revier, dann wieder im Ruhrbezirk Bodenkrankungen von sich reden; es sei weiter an die Epidemie von Kinderlähmung erinnert, die im vorigen Jahre im Ruhrkohlenbezirk ihre Verbreitung gefunden hat. Hierbei muß auch das Auftreten der Wurmkrantheit gerechnet werden. Vielfach wird in solchen Fällen die Ursache in der Schädlichkeit des unterirdischen Bergbaubetriebes angesehen. Keineswegs wird man jeden Einfluß des Kohlenbergbaues auf die Verbreitung von übertragbaren Krankheiten bestreiten können. Es scheint aber eine Untersuchung darüber durchaus angebracht, wie weit die Verbreitung der ansteckenden Krankheiten in bergbauindustriellen Gegenden den allgemeinen Verhältnissen dieser Gegenden und des Kohlenbergbaues zuschreiben ist. Es ergibt sich dabei, daß ebenso wie auf der Oberwelt einzelne Krankheitsfälle auch unter Tage naturgemäß durch den Verkehr der Menschen miteinander verbreitet werden können, daß eine epidemische Verbreitung durch den Bergbau aber nicht stattfindet, sobald der Betrieb ordnungsmäßig vorstatten geht. Als Berufskrankheit der unterirdischen Bergleute ist nur die sogenannte Wurmkrantheit anzusehen. Die ansteckenden Krankheiten zeigen eine immer mehr abnehmende Tendenz angesichts der energischen Bekämpfung.

Haus Industrie und Handel.

Ueber das Beteiligungssystem im deutschen Bankwesen.

Bringt die Fachzeitschrift „Die Bank“ einige interessante Mitteilungen, die zwar nichts Neues enthalten, aber ein anschauliches Bild des Sachverhalts geben. Während in England und Frankreich die Ausdehnung der Großbanken hauptsächlich durch Errichtung eigener Filialen und Depositenstellen sowie durch direkte Aufzuehung bestehender kleinerer Bankgeschäfte erfolgt, ist dies in Deutschland weit weniger der Fall. Hier existiert nur eine verhältnismäßig kleine Zahl von Zweigniederlassungen der Großbanken. Die Dresdener Bank hat mit 107 Filialen und Depositenstellen an der Spitze; ihr folgt die Deutsche Bank mit 94 Zweiganstalten. Die acht Berliner Großbanken, die das Filialsystem haben, besitzen insgesamt nur rund 800 Zweiganstalten; jede einzelne der vier größten Londoner Banken hat mehr als diese Zahl. Statt dessen pflegen die deutschen Banken weit mehr das System der Verzweigung. Sie können Ver-

zweigungen zu anderen Aktienbanken auf die einfachste Weise dadurch herstellen, daß sie einen Teil ihrer Aktien erwerben und dauernd im Besitz halten, und zwar nur gerade so viel Aktien, wie nötig sind, um einen größeren Einfluß auszuüben als irgend ein anderer Aktionär. In ähnlicher Weise vermögen sie auch auf Privatbankiers Einfluß zu nehmen, indem sie dieselben mit einem gewissen Betrage kommanditieren. Dies ermöglicht ihnen, mit einem Aufwand von sehr viel weniger Geld ihren Einfluß auszu-dehnen, als beim vollständigen Auskaufen erforderlich wäre. Außerdem aber ist die Geschäftsausdehnung auf diese Weise geradezu unbegrenzt. Denn jede der Banken, an denen die Großbank so durch Aktienbesitz oder Kommanditeinlage beteiligt ist, bleibt ja der Form nach selbständig und kann ihrerseits in derselben Weise sich an anderen Banken beteiligen. So kommt ein weit ausgebreitetes Scheitelsternsystem zustande, das man einen „Konzern“ nennt. Als Beispiel wird die Deutsche Bank angeführt. Sie ist durch Aktienbesitz an 80 anderen Banken beteiligt. Diese unterhalten ihrerseits die gleichen Beziehungen zu 48 weiteren Banken, und selbst hierunter sind noch wieder einige, die in derselben Weise mit 9 anderen Banken verbunden sind. Das gibt einen Konzern von insgesamt 88 Banken, dessen Mittelpunkt die Deutsche Bank ist. Für die dauernde Beteiligung braucht die Deutsche Bank eine Summe von etwa 72 Millionen Mark, dazu noch einen Betrag für die nicht dauernde Beteiligung, der nicht genannt wird, weil er ständig wechselt. Mit dieser kleinen Summe beherrscht sie einen Kreis von Aktienbanken, die zusammen über rund eine halbe Milliarde Kapital und 1 1/2 Milliarden fremde Gelder verfügen; hierzu tritt noch eine Anzahl direkt oder mittelbar kommanditierter Privatbankiers, ferner eine Reihe von Aktienbanken, bei denen die Beteiligung je nach Bedürfnis geschieht. Mit einem unverhältnismäßig kleinen Teil ihres eigenen Kapitals hat sich sonach die Deutsche Bank die Herrschaft über mehrere Milliarden Mark gesichert. — Dazu kommt nun noch, daß dieses Beteiligungssystem für die beteiligten Banken sozusagen eine Risikoversicherung auf Gegenseitigkeit bedeutet. Die Duzende oder Hunderte scheinbar selbständiger Organisationen handhaben den Kredit so, daß jedes einzelne Mitglied des Konzerns, namentlich aber das an der Spitze stehende Institut, eine starke Rückendeckung an der Gesamtheit hat. Tritt an irgend einer Stelle plötzlicher Geldbedarf ein, so ist es den Konzernbanken ein Leichtes, den gewünschten Betrag aufzubringen. Denn jedes Institut hat auf dem Geldmarkt seinen Kredit für sich, der gerade durch die Zugehörigkeit zum Konzern noch gestärkt wird. Zumal dann schließlich noch mehrere große Konzerne ein sogenanntes Konfunktionsbündnis eingegangen pflegen.

Hohe Fleischpreise.

Fast scheint es so, als sollten die Konumenten für den geringen Nachlaß auf die wahnsinnig hohen Vorkaufspreise durch gesteigerte Fleischpreise gestraft werden. In der ersten Hälfte Juni dieses Jahres waren die Preise für mehrere Sorten schon wieder höher als in der ersten Hälfte Mai 1910 und die Preise im Mai hatten schon das vorjährige Niveau weit hinter sich gelassen. Die Zusammenstellungen über Marktpreise in fünfzig preussischen Orten nach Wochenburchschnitt ergaben folgende Zahlen. Es kostete ein Kilogramm Pfennig:

	Juni 1909	Mai 1910	Juni 1910
Rindfleisch	155	150	159
Kalb- und Hammelfleisch	175	177	177
Hammerfleisch	107	170	171
Schweinefleisch	155	160	160
Rohfleisch	74	75	75
Schweinefleisch	187	187	187

Bemerkenswert ist noch besonders, daß die mindertwertigsten Sorten bei Rind- und Schweinefleisch am stärksten von der Verteuerung betroffen werden. Im Vergleich mit dem Vorjahre ist der Preis bei der billigsten Sorte Rindfleisch um 4 Pf. pro Kilogramm teurer geworden (Durchschnitt 2 Pf.); die billigsten Schweinefleischsorten stiegen um 7 respektive 10 Pf. (Durchschnitt 6 Pf.) Von der Verteuerung werden demnach die Armen, soweit sie überhaupt noch Fleisch kaufen können, am allerstärksten betroffen. Dieselben allerdings, die bei den Wahlen den konservativen oder ultramontanen Kandidaten die Stimme geben, haben kein Recht, sich zu beklagen. Sie werden die junkerlich-kerkliche Hungerpeitsche noch mehr zu kosten bekommen.

Säße Dividenden. Der Aufsichtsrat der Zuckerfabrik Glauzig beschloß für 1909/10 die Verteilung einer Dividende von 14 Proz. (11 1/2 Proz. i. V.) vorzuschlagen. Bei den stark gestiegenen Zuckerpreisen werden die Dividenden für das laufende Jahr im allgemeinen über den für das Vorjahr erreichten Satz hinausgehen.

Das Alter der preussischen Aktiengesellschaften.

Aus dem Alter der in Preußen vorhandenen Aktiengesellschaften ist deutlich zu ersehen, wie rasch sich die Gesellschaftsform ausgebreitet hat. Heute sind im Königreich Preußen 2761 Aktiengesellschaften tätig. 1870 existierten schon 217 Aktiengesellschaften. Diese hatten zusammen ein Gründungskapital von 582,89 Millionen Mark. Heute beziffert sich ihr Nominalkapital auf 988,08 Millionen Mark. Bis 1908 verteilten sich die Ziffern wie folgt:

1871—1880			1881—1890		
Kapitalgruppe	Zahl	Gründungs-kapital in Millionen	Zahl	Gründungs-kapital in Millionen	Nominalkapital in Millionen
bis 1 Million	194	78,75	200	111,11	122,92
1—10	200	422,83	310	298,04	555,80
15—10	28	363,47	27	182,98	680,76
insgesamt	422	865,05	537	591,91	1359,48

1891—1900			1900—1907		
Kapitalgruppe	Zahl	Gründungs-kapital in Millionen	Zahl	Gründungs-kapital in Millionen	Nominalkapital in Millionen
bis 1 Million	481	222,47	831	150,01	106,28
1—10	442	776,76	276	529,55	708,54
15—10	27	280,90	22	425,75	571,40
insgesamt	950	1280,13	1129	1105,31	1486,22

Bis 1908 waren im ganzen 2761 Aktiengesellschaften gegründet. Sie hatten zusammen ein Gründungskapital von 4382,52 Millionen Mark. Heute lautet ihr Nominalkapital auf 8870,60 Millionen. Zu den kleinsten Aktiengesellschaften (bis zu einer Million Mark Kapital) rechneten 1408 Gesellschaften, zu den größten (über zehn Millionen) 188. Diese verfügten bei ihrer Gründung schon über 1566,00 Millionen, heute ist ihr Nominalkapital auf 4889,12 Millionen angewachsen. Sie machen zwar nur knapp den zwanzigsten Teil aller Aktiengesellschaften aus, besitzen aber über die Hälfte aller Kapitalien.

Der Schlag gegen den Diktator. Die Vacuum Oil Company wird infolge der Regierungsmahregeln ihren Betrieb einstellen. Die übrigen österreichischen Raffinerien werden das entlassene Personal aufnehmen.

Die Flugmaschinenindustrie. Das österreichische Industrieunternehmen Berner u. Pilschneider in Wien hat mit den ungarischen Firmen Manfred u. Weiß, Ganz u. Co. und Danubius-Werke eine G. m. b. H. „Autoplane Werke“ gebildet, die Flugmaschinen und zwar Monoplane System v. Bishoff und Biplane System Barakalowski bauen soll. Auch in Belgien bei Reims in Frankreich wird eine Abteilung errichtet.

Die industrielle Ausnutzung der natürlichen Wasserkräfte

Ist in den einzelnen Ländern je nach der geographischen Beschaffenheit des Landes und der Entwicklung der Industrie naturgemäß sehr verschieden. Eine interessante vergleichende Zusammenstellung

bringt die Fachzeitschrift für Wasserkraftverwertung. Es betragen demnach die benutzten Wasserkräfte in

	Gesamtleistung pro qkm	pro 1000 Qmtr
Großbritannien	993 000	3,08
Deutschland	1 425 900	2,8
Schweiz	1 500 000	30,6
Italien	55 000	19,0
Frankreich	5 857 000	10,9
Oesterreich-Ungarn	6 480 000	9,6
Schweden	6 700 000	15,0
Norwegen	7 500 000	20,8

An der Spitze aller Länder, sowohl hinsichtlich der gesamten als auch der auf den einzelnen Einwohner fallenden Wasserkräfte stehen Norwegen und Schweden. Uebertrieben werden diese Länder, wenn man die auf den Quadratkilometer entfallende Zahl ins Auge faßt, noch von der Schweiz mit ihren zahlreichen mächtigen Wasserfällen. Deutschland steht mit England an letzter Stelle.

Aus der Frauenbewegung.

Gewerbliche Frauennarbeit.

Wie zerrütend die Tätigkeit der Handlungsgehilfinnen auf den weiblichen Organismus wirkt, dafür liefert der Jahresbericht der Erkrankenliste der Kaufleute, Handelsteule und Apotheker zu Berlin für das Jahr 1908 interessante Daten. Während bei den männlichen Mitgliedern im Vergleich mit dem Vorjahre die Zahl der Erkrankungs-fälle, die mit Arbeitsunfähigkeit verbunden waren, von 40,87 auf 40,07 Proz. sank, stieg die Ziffer für die weiblichen Mitglieder von 42,68 auf 43,50 Prozent.

Dieses Anwachsen der Krankheitsfälle bei den weiblichen Mitgliedern ist um so auffälliger, als das Verhältnis der Erkrankungs-ziffer zur Gesamtmitgliedszahl sich etwas günstiger stellt als 1908. Bei den Männern konstatiert der Bericht einen Rückgang der Krankheiten der Haut- und Geschlechtsorgane. Bei den Frauen dagegen, wo diese Krankheiten ohnedies häufiger sind, ist auch in diesem Jahre eine weitere Zunahme zu verzeichnen. Die Handlungs-gehilfinnen leiden vor allem an Erkrankungen der Respirationso-organe, auf die 17,87 Proz. aller Krankheitsfälle kommen. Bei den Handlungsgehilfinnen sind Krankheiten des Verdauungsapparats am häufigsten aufgetreten mit 18,98 Proz., dann Erkrankungen der Respirationorgane mit 15,88 Proz. Auffallend ist die Erscheinung, daß bei den männlichen Mitgliedern die größte Zahl der Krankheitsfälle sowie der Krankheitsstage auf die obersten Lohnklassen entfällt, bei den Frauen umgekehrt auf die untersten. So entsteht durch die bekammte schlechte Entlohnung der Frauennarbeit im Handelsgewerbe eine bedeutende Mehrbelastung der Krankenkassen. In bezug auf die Krankheitsdauer ist es besonders auffällig, daß sie bei den Frauen bedeutend länger ist als bei den Männern. Bei 25 Proz. aller erkrankten weiblichen Mitglieder beanspruchte die Heilung 4 bis 13 Wochen, während dieselbe Krankheitsdauer nur bei 19 Proz. der erkrankten männlichen Mitglieder konstatiert wurde. Bei Männern wie bei Frauen treten die meisten Erkrankungen im Alter von 16 bis 20 Jahren auf. Auf die Jahresdurchschnittsziffern entfallen

	bei den Männern	bei den Frauen
bis 15 Jahren	11,15 Proz.	17,14 Proz.
16—20	24,82	39,87
21—25	28,00	19,58
26—30	13,93	10,47
31—35	10,05	7,04
36—40	6,78	4,48

Die Ziffern bilden eine starke Betonung der Notwendigkeit der Heraushebung des Schutzes für jugendliche Arbeitskräfte. Der enorme Unterschied von fast 10 Prozent zwischen der Häufigkeit der Erkrankungen beim männlichen und beim weiblichen Geschlecht gerade im Alter von 16 bis 20 Jahren spricht besonders dringlich für einen besseren Schutz zugunsten der jungen Mädchen. Was am Schutzbüchlein vorhanden ist, reicht nicht aus und der Schutz steht zudem meistens nur auf dem Papier. Würden die Verkäuferinnen, Maschinenführerinnen usw. sich mehr dem Zentralverbände der Handlungsgehilfinnen anschließen, dann dürfte es wenigstens mit der Beachtung der bestehenden Schutzvorschriften schon besser bestellt sein, auch beläme die Forderung erweiterter gesetzlicher Schutzbestimmungen einen stärkeren Nachdruck. Das Selbstinteresse aller in Verkaufsstellen und Kontoren beschäftigten weiblichen Angestellten gebietet es daher, sich dem genannten Verbände anzuschließen.

Gerichts-Zeitung.

Dr. Ehrenfried gegen Dr. Juliusburger.

Vor dem Schöffengericht stand gestern der Rechtsanwalt Dr. Gustav Ehrenfried als Privatkläger dem Arzt für Nerven- und Gemütskrankheiten Dr. Otto Juliusburger in Sieglitz gegenüber. Die Lebensgeschichte des Dr. Ehrenfried, seine infolge schwerer Konflikte mit seinen Verwandten wider seinen Willen erfolgte Ueberführung in eine Irrenanstalt im Jahre 1907, seine Flucht ins Ausland und die endliche Anerkennung seiner Handlungsfähigkeit hat in ihren verschiedenen Phasen die Öffentlichkeit wiederholt beschäftigt. Der Privatkläger trug gestern diese ganze Lebensgeschichte in großer Erregung vor und behauptete wiederholt, daß die Zahl der Opfer, die durch Lüge und Hinterlist ins Irrenhaus gesperrt worden sind, durch seine Person vermehrt worden sei. Denn er sei geistig völlig gesund und ihm sei von Kollegen und Richtern schriftlich bestätigt worden, daß in der langen Rechts-anwaltschaft des Privatklägers niemals ein Moment zutage getreten sei, welches die Notwendigkeit seiner Ueberführung in eine Irrenanstalt irgendwie plausibel hätte erscheinen lassen. Dr. Ehrenfried hat nun gegen eine Anzahl von Personen eine Zivilklage angestrengt, um Schadenersatz für die großen Verluste zu erwirken, die ihm durch die nach seiner Meinung ihm zugefügte Vergehrung entstanden sind. In diesem Prozeß ist bereits Beweis be-schlossen. Zu den von ihm verklagten Personen gehört auch Dr. Juliusburger, in dessen Anstalt der Privatkläger zuerst gebracht worden war und den er, wie es scheint, für sein Unglück am meisten verantwortlich macht. Als im Auftrage des Privatklägers ein Gerichtsdolmetscher dem Dr. Juliusburger die Klage, die wie ein Roman klingt, überbrachte, soll Dr. J. nach dem Zeugnis des Gerichtsdolmetschers gesagt haben: „Ich verpflichte mich, binnen vier-gehn Tagen den Kläger dahin zu bringen, wo er gewesen ist.“ Diese Bemerkung hat den Anlaß zur Klage gegeben. Dr. Juliusburger bestritt die Anerkennung in dieser Form. Er gab zu, daß er erregt gewesen sei, denn Dr. Ehrenfried habe ihm und anderen Ärzten den überaus schweren Vorwurf gemacht, daß sie mit dem Leben und der Freiheit eines Menschen leichtfertig umgegangen und aus Stachel und schänden Geldrücksichten jemand ins Irrenhaus gesperrt haben, der gar nicht geisteskrank sei. In dieser Erregung habe er beim Durchblättern der Klage gesagt: „Wenn das so fest-steht, dann wird Dr. Ehrenfried schließlich wohl wieder in Gefahr kommen, interniert zu werden.“ — Rechtsanwalt Dr. Ehrenfried behauptete, daß man geradezu ein Neffentreiben auf ihn veranlassen und er wie ein gehetztes Wild eine Rufe gefunden habe. Er geistelte in flammenden Worten das gegen ihn nach seiner Meinung begangene Unrecht und die Rolle, die der Angeklagte dabei gespielt habe und führte in allem Ernste eine Reihe von Gründen auf, die ihn zu der Ansicht führen mußten, daß Dr. J. nicht geschäfts- und zurechnungsfähig sei. Habe aber der Gerichtsdolmetscher eine andere Meinung, dann gebühre dem Angeklagten eine Gefängnisstrafe. Auch Rechtsanwalt Graefe hielt eine strenge Bestrafung für erforderlich. Den erdrossenen schweren Vorwürfen trat Rechtsanwalt Victor Brühl als Verteidiger des Angeklagten und lechierter selbst mit großem Nachdruck entgegen und suchte nachzuweisen, daß die Behauptungen des Klägers auf falschen Voraussetzungen und schiefen Auffassungen beruhen. — Das Gericht hatte an der Pro-

gefähigkeit des Dr. Juliusburger keinen Zweifel; es erblühte in der inkriminierten Bemerkung den strafbaren Ausdruck einer Geringschätzung und verurteilte den Angeklagten zu 100 M. Gefängnis eventuell 20 Tagen Gefängnis.

Der Verschwenker.

Der gewiß seltene Fall, daß der Sohn eines mehrfachen Millionärs sich unter der Anklage des Betruges an einem Objekt von 100 Mark vor dem Strafrichter zu verantworten hat, ereignete sich gestern in einer Sitzung der 6. Strafkammer des Landgerichts I. Auf der Anklagebank mußte der Rentier Alfred W. aus Schöneberg Platz nehmen. Der Angeklagte ist der Sohn des mehrfachen Millionärs und Hausbesizers W. in Schöneberg, dem früher, als Schöneberg noch Dorf war, riesige Terrains gehörten, und der heute zu den reichsten der sogenannten „Millionenbauern“ in Schöneberg gehört. Seine Hauptlebensaufgabe schien der Angeklagte, der lediglich der „Sohn seines Vaters“ war, darin zu sehen, möglichst viel Geld unter die Leute zu bringen. Als er sich aber einige Späße erlaubte, die selbst ein kleines Vermögen verschlangen, wurde dem Millionärssohn dadurch ein Strich durch die Rechnung gemacht, daß er auf Antrag seiner Angehörigen wegen Verschwendung entmündigt wurde. Von diesem Zeitpunkt ab hatte der Angeklagte ein Taschengeld von nur 800 M. monatlich zu beziehen. Da er sonst gewöhnt war, mitunter an einem Tage eine solche und noch höhere Summen „aus der Westentasche“ zu bezahlen, so reichten die 800 M. natürlich nicht weit. Als er sich am 20. Dezember v. J. auf einer kleinen Weinreise befand, passierte ihm deshalb das Malheur, daß ihm in Anton Grünfelds Weinstuben in der Jägerstraße das Geld ausging. Er rief den Oberkellner her und bat ihn, ihm mit einem blauen Lappen aus der Verlegenheit zu helfen. Um den Kellner sicher zu machen, gab er unter anderem an, daß ihm das Grundstück Hauptstraße 45 gehöre und er ihm sofort am nächsten Tage 120 M. zurückzahlen werde. Auf diese Angaben hin ließ sich S. verleiten, dem Angeklagten 100 M. zu leihen. Am nächsten Tage wartete er vergeblich auf die Rückzahlung. Als alle seine Bemühungen, wieder zu seinem Gelde zu kommen, vergeblich waren, erstattete S. schließlich Anzeige, zumal sich auch noch herausstellte, daß W. verschiedene falsche Angaben gemacht hatte. Das Schöffengericht Berlin-Mitte erkannte mit Rücksicht darauf, daß der Kellner tatsächlich um sein Geld gekommen ist, auf eine Gefängnisstrafe von einer Woche. Die hiergegen von dem Angeklagten eingelegte Berufung wurde von der Strafkammer unter Bestätigung des ersten Urteils verworfen.

Schutz den Frauen.

Einer jener Leute, die anständige Frauen auf der Straße belästigen, erhielt gestern von der 1. Strafkammer des Landgerichts I eine empfindliche Lektion. Wegen wörtlicher und tätlicher Beleidigung war der aus der Unterjochungshaft vorgeschützte Paucet Paul Brunski angeklagt. Am Nachmittage des 22. Mai dieses Jahres hatte sich eine Frau S. mit ihrer Schwägerin auf einer Bank auf dem Pappelpark niedergelassen, um sich ein wenig auszuruhen. Auf einer Weile setzte sich der Angeklagte zu ihnen und begann sofort nicht mißzuerkennende Anspielungen zu machen. Als sich die beiden Frauen diese Nebenarten verboten mit dem Hinweis, daß er sich anscheinend etwas in der Person irre, wurden sie von dem Angeklagten mit den gemeinsten Nebenarten überschüttet. Als Frau S. drohte, einen Schutzmann zu holen, erhielt sie von dem Angeklagten einen Schlag in das Gesicht. Nach dieser Heldentat wollte der Angeklagte sich entfernen, wurde jedoch von dem Schutzmann lange festgehalten und zur Wache transportiert. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten. Das Gericht ging jedoch noch über diesen Antrag mit der Begründung hinaus, daß im Interesse der Sicherheit auf den Straßen Berlins in der schärfsten Weise gegen derartige Rowdies vorgegangen werden müsse. Das Urteil lautete deshalb auf 4 Monate Gefängnis.

Vermischtes.

Das Geheimnis des Comer See gelüftet.

Der sensationelle Leichenfund im Koffer, den Fischer vor etwa 14 Tagen im Comer See machten, hat nunmehr seine volle Aufklärung gefunden. Wie wir berichtet hatten, war durch die Behörden festgestellt worden, daß die Ermordete als die amerikanische Schauspielerin Mary Castle Carlton festgestellt wurde, die mit ihrem Gatten in einem Hotel an den Gestaden des italienischen Sees gewohnt hatte. Am Donnerstag wurde nun bei seiner Ankunft in Hoboken der Gatte, Porter Carlton, von den amerikanischen Behörden wegen Verdachts der Ermordung seiner Frau verhaftet. Bald nach seiner Verhaftung gestand Carlton, daß er seine Frau im Streite erschlagen habe. Nachdem sie tot war, habe er sie in einen Koffer gepackt, den er nachts in den See versenkte. In seinem Geständnis betonte er, daß er der allein Schuldige sei, und daß ein Freund der Familie, der Russe Ispatow, der in den Verdacht der Teilnahme an dem Verbrechen geraten war, durchaus unschuldig sei.

Schweres Eisenbahnunglück.

Auf der Eisenbahnlinie Mexiko—Manzanillo ereignete sich am Freitag, wie uns ein Telegramm aus Mexiko meldet, ein sehr schwerer Eisenbahnunfall. Von einem Militärluge, der die Strecke befuhr, lösten sich auf einem steilen Abhang vier Wagen von den anderen und stürzten den Abhang hinunter. Infolge des Unglücks wurden 37 Personen getötet oder schwer verletzt. Unter den Getöteten befinden sich fünf Offiziere mit ihren Familien.

Scheidung der Bäume und Schafe.

Ein katholischer Dorfpfarrer fordert in seiner Eigenschaft als Schulinспекtor seine Kollegen in der „Amberger Volkszeitung“ auf, gemeinsame Spaziergänge von katholischen und protestantischen Kindern nicht zu gestatten, weil solches Beisammensein nicht geeignet sei, in den katholischen Kindern den Glauben zu festigen.

Allzugroße Jüderfurcht in die siegreiche Kraft des katholischen Glaubens spricht gerade nicht aus diesem Erlaß des geistlichen Schulinспекtors.

Ein Protestler.

Ein poetisch veranlagter Wähler hat in Friedberg auf einen Stimmgettel für Busold folgenden Reim gesetzt: Mir ist im August schon lang' ein Dorn — die neue Reichsfinanzreform. — Kaum kann man noch ein Pfeifchen schmauchen, — muß man den teuren Tabak rauchen. — Auch auf dem Bier ist neue Steuer, — o Vaterland, wie bist du teuer. — Nur hat die Reichen man verschont, so ist's in Deutschland man gewohnt. — Drum soll dies die Quittung sein, — für die neuen Steuern Anno 9.

So berechtigt dieser in poetische Form gekleidete Protest ist, muß doch dringend angeraten werden, derartige Zusätze auf Stimmgzetteln zu unterlassen, da sie dadurch ungültig werden. Der wirksamste Protest ist es, aus der Haltung der bürgerlichen Parteien die Konsequenz zu ziehen, indem man der sozialdemokratischen Parteiorganisation beiträgt.

Die kleinen Zoologen.

Ueber ihre Eindrücke, die sie beim Besuch einer kurzzeit in Liverpool veranstalteten Viehzuchtausstellung erhielten, mußten die Liverpooler Schulkinder einen Aufsatz anfertigen. Aus der Fülle der originellen Urteile gibt der „Standard“ einige wieder, die auch

bei den deutschen Lesern verständnisvolle Gellerkeit erregen werden. Es heißt in den Aufsätzen:

„Das Pferd besteht aus den Gelenken, den Rippen, dem Oberarm, den Fesseln und dem Gufe. Ohne diese könnte das graziose Tier nicht leben.“

„Das Pferd hat die Größe eines Mannes von mittlerem Alter.“

„Wenn wir in Irland umherstreifen, finden wir, daß dort die Schweine als Mitglieder der Familie behandelt werden. Sie sitzen beim Feuer, gehen aus und ein und haben die wenigen Stühle, die dort zu finden sind, in Besitz.“

„Die St. Bernhard-Hunde sind sehr intelligent. Sie haben vielen Reisenden das Leben gerettet, indem sie den Patienten Brantwein in die Kehle gossen.“

„In den Schlächterläden sieht man riesige Stücke Ochsenfleisch, die einst das Eigentum einer Kuh waren.“

„Eine Kuh sieht einem Stier sehr ähnlich, aber ein Stier tut mehr weh als eine Kuh.“

Kleine Notizen.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Freitag auf der Zeche Friederike bei Bochum. Ein Bergmann stürzte mit einem Kohlenwagen 90 Meter tief in den Schacht und blieb mit zertrümmertem Schädel unten liegen. Die Eisenteile des zertrümmerten Wagens drangen dem Knappen in den Leib.

Ermordung einer ganzen Familie. Die die „Kattowitzer Zig.“ meldet, wurde in Wozniest an der russischen Grenze die Familie des Handelsmanns Balkal, Mann, Frau und fünf Kinder, in ihrer Wohnung ermordet aufgefunden. Die Leichen waren furchtbar verstümmelt. Von den Mördern fehlt jede Spur.

Explosion auf einem Motorboot. Auf dem Berliner Motorbootrennen trat am Freitag ein Motorboot in Kiel teilnehmend auf, erfolgte am Freitag eine Explosion, bei der der Konteur Karl Korinth aus Rixdorf sich schwere Brandwunden zuzog. Zwei Maschinisten wurden leichter verletzt.

Bei einem furchtbaren Unwetter, welches am Donnerstag über Belgien niederging, wurden in der Stadt Hasselt eine ganze Reihe Häuser vom Blitz getroffen und in Flammen gesetzt. Drei Kinder, die sich vor dem Unwetter unter einen Baum geflüchtet hatten, wurden durch einen Blitzschlag getötet.

Das portugiesische Kanonenboot „Liberat“ ist an der ostafrikanischen Küste bei Ambrigo auf eine Klippe aufgefahren und gesunken. Die Besatzung konnte gerettet werden.

Der Lokomotivführer Leduc, der wegen der Eisenbahnkatastrophe bei Villedieu in Haft genommen worden war, mußte wieder in Freiheit gesetzt werden, da für seine Schuld keinerlei Beweise beizubringen waren. Leduc, der bei dem Unglück schwer verwundet wurde, wird längere Zeit im Krankenhaus verbleiben müssen.

Der Pleitegeier. Die mit großem Tamtam ins Leben gerufene Budapest Flugwoche hat bekanntlich in finanzieller Beziehung mit einem großen Fiasko geendet. Der ungarische Aeroflub, der der Arrangeur des Meetings war, hat viele Forderungen nicht beglichen, so daß von einem Gläubiger den fremden Fliegern ihre Flugapparate gepfändet wurden. Bisher ist es noch nicht gelungen, die Apparate, deren Besitzer an dem finanziellen Zusammenbruch vollständig unbeteiligt sind, freizubekommen.

Eingegangene Druckschriften.

Aus jugfräulichen Lauden. Von D'Annunzio. (Bd. 102 M. Bibliokl.) — Die goldene Kette. Von B. Kuburkin. (Bd. 101.) — Der Statthalter von Judas. (Bd. 104.) Einzelb. 1 M., geb. 1,50 M. — Hinter Schloß und Riegel. Eine unmoralische Geschichte, nicht von Schuld und Sühne, sondern von Verbrechen und Strafe. Umschlagzeichnung von Prof. B. Tzemann. 2,50 M., geb. 4 M. — Bleathaus. Roman in vier Bänden von Charles Dickens. Deutsch von G. Wehrh. Umschlag- und Titelzeichnung von Prof. B. Tzemann. 12 M., geb. 10 und 24 M. Verlag von Albert Langen in München.

M. Schulmeister
BERLIN SO., Dresdener Str. 4. Hochbahn-Station Kottbuser Tor.

Moderne Paletots und Ulster

1- u. 2-reihig. Formen zum Durchknöpfen, in d. neuest. Must. 21 50
48.50 45.— 40.50
36.50 32.50 29.50

Jackett-Anzüge

elegante Fassons, prima Rohhaar-Verarbeitung 50.— 24 50
45.— 42.50 38.50
34.— 29.50 27.50

Rock-Anzüge . . . 29 50 54 00
Gehrock-Anzüge 36 50 70 00
Lüster-Jacketts . . . 3 75—15 00
Wasch- u. Schillfleinen-Jacketts . . . 2 00— 7 50
Loden-Pelerinen . 10 50—24 00
Gummi-Mäntel . . 19 50—45 00

Herrn-Beinkleider.
Arbeiter-Berufskleidung.

Anfertigung nach Maß

in eigenen Werkstätten unter meiner persönlichen Leitung.
Prima Sitz u. Verarbeitung

Jeder Herr, welcher schön!

und elegant sich kleiden will, empfehlen wir große Vollen beste Monatsgarderobe. Unsere Sachen sind in feinsten Werkstätten (teils auf Selbe) gearbeitet, von Herrschaften, Doktoren, Kavallieren nur kurze Zeit gebraucht. Für jede Figur (auch für den stärksten Herrn) haben wir passende Sachen auf Lager, selbsthaft billig. Außerdem Herren-Paletots . . . 10 12 16 18 M. | Gehrock-Anzüge . . . 18 22 26 29 M.
Jackett-Anzüge . . . 10 14 18 20 M. | Herren-Hosen . . . 3 4 5—7 M.
Rock-Anzüge . . . 14 18 20 24 M. | Jacketts, Fracks, Smoking's etc.

J. WAND, Hauptgeschäft: Gr. Frankfurter Str. 116, an der Andradstraße 277/20*
Monats-Garderoben-Haus. II. Geschäft: Chausseest. 89.
III. Geschäft: Brunnenstraße 179.

Herrn-Sommer-Anzüge 57622
in großer Auswahl sind gut und billig zu haben
Brunnenstr. 158, Otto Heinicke.
Laden geld gestrichen.

Zum Reichtum der erste Schritt

ist sorgfältige und passende Sparbarkeit. Dieses erreichen Sie dadurch und legen viel Geld zurück, wenn Sie Ihren Bedarf an Kleidungsstücken im Kaufhaus für Monatsgarderoben Große Frankfurter Str. 93 beden. — Für billiges Geld können Sie sich dort leicht und elegant einleiden, denn wir verkaufen von Millionären, Doktoren, Reisenden sowie feinsten Kavallieren nur wenig getragene, in den ersten Werkstätten Deutschlands und des Auslandes, teils sogar auf Seide gearbeitete, an Stoff und Haltbarkeit unübertroffene

Serie I Serie II Serie III
Maß-Anzüge 8 M. 14 M. 18 M.
Maß-Paletots 6 M. 12 M. 16 M.

Gesellschafts-Anzüge werden billigt verliehen.

Kaufhaus für Monatsgarderoben
nur Gr. Frankfurter Straße 93. nur

Bitte im eigenen Interesse auf Hausnummer zu achten.
Streng reelles christl. Geschäft. Keine Fikalen am Platze.
Abteilung II Neue Garderoben.

nur Große Frankfurter Str. 93.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Parzelle M. 1100,
fluz. 100 M. a. verk. Kolonie
Dahleim Viehdorf, Marzahner
Str. 5, part. Tel. 2g. 676.

Swinemünder Gesellschaftshaus,
Swinemünder Str. 42.

Den geehrten Vereinen und Gewerkschaften zur gef. Kenntnis, daß ich meinen gr. Saal, 800 Personen, mit Bühne, auch Sonntags verbe.
Hochachten
55695 L. Reinfarth Edw.

Monats-Garderobe!

Die besten Frühjahrs-Paletots und Anzüge für Herren, Smoking-Anzüge, Frackanzüge, sowie getragene, fast neue Sachen, für jede Figur passen, in größter Auswahl zu unübertroffenen billigen Preisen.
1 Treppe, deshalb billiger wie im Laden. 68/41
Hirsch Kieferbaum, Wassortor-straße 12/13 I
(früher Prinzenstr. 33).

1 Mark Eine Mark 1 Mark

wöchentl. Teilzahl. liefere eleg. fertige

Herren-Garderoben

Erste für Mass. □ □ □ Tadellose Ausführung
Anfertigung nach Mass.
Julius Fabian Schneidermeister,
Gr. Frankfurterstr. 37, II
Eingang Strausberger Platz
II. Geschäft: Turmstr. 18, I kein Lad.

1 Mark 1 Mark

Fritz Wilkes Festsäle
und gr. Garten mit Bühne (für 1500 Pers. Raum)
Brunnenstr. 188, dicht am Rosenthaler Kor.
Am III, 4835. Fahrverbind. nach all. Richtungen.
Mehrere Sommergebäude und Sonntage nach zu vergeben.

Wo? ist der schönste Ausflugsort?
Sommer noch **Pichelswerder,**
an der neuen **Beerstraße** beim **Alten Freund.**

Die 10. Generalversammlung des Verbandes deutscher Textilarbeiter.

Fünfter Verhandlungstag.

Die Versammlung nimmt den dritten Punkt der Tagesordnung auf, die

Jugendfrage.

deren wachsende Bedeutung auch für die Textilarbeiterbewegung bei der stetig steigenden Zahl der jungen Arbeiter und der Kinder-

Die Resolution, die angenommen wurde, sagt u. a.:

Zweiten jugendliche Arbeiter oder Arbeiterinnen aus der Textilindustrie im Alter bis zu 16 Jahren der Organisation bei, so zahlen sie einen Wochenbeitrag von 10 Pf., welcher mit Mar-

Die jungen Kollegen werden im Falle eines Streiks oder einer Aussperrung nach Leistung von 26 Wochenbeiträgen als unterstützungsberechtigt erachtet.

Den jungen Mitgliedern kann im Falle der Erkrankung Unterstützung nach folgenden Sätzen gewährt werden: Nach Zahlung von

Table with 4 columns: Number of weeks, Contribution amount, and other details.

Diese Unterstützungssätze können, analog unseren statutarischen Bestimmungen in Perioden von 104 Wochen nur einmal bezogen werden.

Die jungen Kollegen erhalten bis zum Eintritt der Vollberechtigung die „Arbeiter-Jugend“ und auf Wunsch auch den „Textilarbeiter“ gratis geliefert.

werden, ist es Sache der Ortsverwaltungen, die in dieser Hinsicht nötige Fürsorge walten zu lassen.

In den Verbandsbibliotheken ist nach Möglichkeit die Beschaffung einer besonderen Abteilung für Jugendschriften zu erstreben.

Es wird den erwachsenen Kollegen zur Pflicht gemacht, sich den jungen Mitgliedern gegenüber mit angemessener Kollegialität zu benehmen und ihnen Berater und Beschützer zu sein.

Die Ortsverwaltungen sind ersucht, am Jahreschlusse über den Stand der Jugendbewegung innerhalb unserer Industrie und Organisation Bericht zu geben.

In der Diskussion über diese Anträge zeigte sich, daß die Bedeutung einer eifrigen Agitation unter den Jugendlichen von den Versammelten voll gewürdigt wurde, besonders empfahl man ein größeres Entgegenkommen und liebevolle Behandlung den jugendlichen Arbeitern gegenüber.

Die Generalversammlung hört dann einen Vortrag von Martha Hoppe über die

Arbeiterinnenfrage.

Die Rednerin zeigt die außerordentliche Zunahme der Frauenarbeit in der Industrie überhaupt und in der Textilindustrie im besonderen, in der gerade verheiratete Frauen in großer Zahl beschäftigt werden.

Die Diskussion über diesen Punkt wurde im allgemeinen in einem zustimmenden Sinne geführt; bestimmte Beschlüsse faßt die Versammlung zu dieser Frage nicht.

Eine hitzige Debatte über

Verwaltungsfragen

entpant sich aus Anlaß einer Vorlage zu § 17 des Statuts, den eine Kommission eingebracht hatte, die vom Vorstand, Ausschuss und den Gauleitern gewählt war.

Die Textilindustrie in der Gesetzgebung.

Der Redner zeigte, wie gefährlich die Arbeit in den verschiedenen Zweigen der Textilindustrie für die Gesundheit der Arbeiterschaft ist und wie sehr diese Arbeiterschaft des notwendigen gesetzlichen Schutzes entbehrt.

Die Versammlung nahm auf Empfehlung des Redners die folgenden Resolutionen an:

In Erwägung, daß die deutschen Textilarbeiter und Arbeiterinnen in bezug auf körperliche Entwicklung weit zurückgeblieben hinter der körperlichen Entwicklung der Arbeiter anderer Berufe und diese Tatsache zum großen Teil zurückzuführen ist auf die mit der Arbeit in Textilfabriken verbundenen gesundheitlichen Schädigungen;

Die Versammlung beauftragt ihren Zentralvorstand, dieser Angelegenheit dauerndes Augenmerk zuzuwenden. In Verbindung mit der Bearbeitung der allgemeinen Branchenangelegenheiten sind die Schädigungen der Arbeiter durch den Arbeitsprozeß und die diesbezüglichen Beschwerden der Arbeiter festzustellen, die Forderungen zu formulieren und sobald das weitere in zweckentsprechender Weise zu veranlassen.

Die Generalversammlung des Verbandes Deutscher Textilarbeiter beschließt mit Rücksicht auf die durch die Zollpolitik hervorgerufenen enormen Schädigungen der Textilindustrie im allgemeinen und der Arbeiter im besonderen auf die Tagesordnung des nächsten Verbandstages zu setzen:

Die Schädigung der Textilindustrie und ihrer Arbeiter durch die Zollpolitik!

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Vindikstraße Nr. 69, vorn vier Treppen - 1. Stock - wochentags von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends, Sonnabends von 6 bis 7^{1/2} Uhr nachmittags statt.

Die Höhe des Aufschusses ist schwankend. - G. S. 9, Pantou. 1. Vom Geburtsort. 2. Ja. - W. W. 1000, Westow. Wenn der Vermieter gegen Ihre Erklärung nichts eingewendet hat, haben Sie für das vierte Quartal nichts zu zahlen.

Die Höhe des Aufschusses ist schwankend. - G. S. 9, Pantou. 1. Vom Geburtsort. 2. Ja. - W. W. 1000, Westow. Wenn der Vermieter gegen Ihre Erklärung nichts eingewendet hat, haben Sie für das vierte Quartal nichts zu zahlen.

Die Höhe des Aufschusses ist schwankend. - G. S. 9, Pantou. 1. Vom Geburtsort. 2. Ja. - W. W. 1000, Westow. Wenn der Vermieter gegen Ihre Erklärung nichts eingewendet hat, haben Sie für das vierte Quartal nichts zu zahlen.

Die Höhe des Aufschusses ist schwankend. - G. S. 9, Pantou. 1. Vom Geburtsort. 2. Ja. - W. W. 1000, Westow. Wenn der Vermieter gegen Ihre Erklärung nichts eingewendet hat, haben Sie für das vierte Quartal nichts zu zahlen.

Die Höhe des Aufschusses ist schwankend. - G. S. 9, Pantou. 1. Vom Geburtsort. 2. Ja. - W. W. 1000, Westow. Wenn der Vermieter gegen Ihre Erklärung nichts eingewendet hat, haben Sie für das vierte Quartal nichts zu zahlen.

Stiller shoe advertisement with logo, address (Jerusalemstr. 38-39), and contact information.

Preiswerte Sommer-Schuhwaren

Nur erstklassige Fabrikate □ □ Konkurrenzlos in Qualität und Passform

Für Herren:

- Boxcalf-Schnürstiefel moderne breite Fassung 8.75 M.
Boxcalf-Schnürstiefel in moderner Form, sehr haltbar, Rand gestuppt 10.50 M.
Braun und schwarz Chevreau-Schnürstiefel in allen modernen Fassons, konkurrenzlos in Qualität und Ausführung, Goodyear Welt 12.50 M.
Braun und schwarz Chevreau- und Boxcalf-Schnürstiefel, auch mit Derby-Schaftschnitt in ganz neuen Fassons, feinste Qualität und Ausführung, Goodyear Welt 15.50 M.

Für Damen:

- Boxcalf- und Chevreau-Schnürstiefel mit und ohne Lackkappen, auch Derbyschnitt 8.75 M.
Braun und schwarz Chevreau-Schnür- u. Knopfstiefel in neuen modernen Fassons mit hohen od. niedrig. Absätzen, Rand gedoppelt 10.50 M.
Braun und schwarz Chevreau-Schnür- u. Knopfstiefel mit oder ohne Derby-Schaftschnitt, a. m. Lackkappen, in ganz neuen Fassons, m. hohen od. niedrigen Absätzen, Goodyear Welt 12.50 M.
Braun und schwarz Chevreau-Schnür- u. Knopfstiefel m. od. ohne Derby-Schaftschn., auch mit Lackkappen, in den allerneuesten Fassons, feinste Qualität und Ausführung, Goodyear Welt 15.50 M.

Berg- und Touren-Stiefel

in zweckmässigen Formen mit starken Doppelsohlen, benagelt und unbenagelt
Stillers Berg-, Touren- u. Jagd-Stiefel sind aus eigens ausgewählten Materialien, extra solid und stark hergestellt, wobei alles getan wurde, um möglichste Wasserdichtigkeit zu erzielen

Leinen-Stiefel und -Schuhe

für Herren, Damen und Kinder, in weiss, grau, beige und mode

Lasting-Schuhe und -Stiefel

zum Schnüren oder mit Gummizügen

Haus-, Garten- und Reise-Schuhe

Sandalen □ Strandschuhe □ Tennis-Schuhe □ Turn-Schuhe

Geflochtene Leder-Schuhe und -Stiefel

Orthopädische Dr.-Lengfellner-Stiefel

Der reichillustrierte Hauptkatalog wird kostenfrei versandt

Theater und Vergnügungen

Sonnabend, den 25. Juni
Anfang 7 Uhr.
Neues Königl. Opern-Theater.
Siegfried.
Anfang 8 Uhr.
Deutsches, Jubel- und Holofernes.
Kamerapiele, Liebesmalzer.
Festung, Infanterie.
Komische Oper. Der Regiments-
papa.
Neues Schauspielhaus. Der
Maler.
Kleines. Nur ein Traum. (Anfang
7 1/2 Uhr.)
Berliner Taifun.
Neues Renaissance.
Neues Operetten. Der Graf von
Luxemburg.
Thalia. Charles Lanté.
Gebel. Wenn gehet Osele?
Kollekteur. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Schiller O. (Wagner-Oper.)
Der Waffenschmied.
Schiller Charlottenburg. Der
Bibliothekar.
Friedrich, Wilhelmstädtisches.
Eberlock Holmes.
Volkoper. Der Herr Verteidiger.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)
Neue. Kauf- und Schließgesellschaft.
Lustspielhaus. Das Leutnants-
mündel.
Metropol. Hallo!!! — Die große
Revue.
Folies Caprice. Pariser Ehen.
Das Verführungsfest. (Anfang
8 1/2 Uhr.)
Apollo. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Reichsballen. Stettiner Sänger.
Walhalla. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Karl Haberland. Spezialitäten.
Prater. Im Reiche des Mars.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: In den Dolomiten.
Sternwarte. Sternwarte. 57-62.

Lessing-Theater.
Täglich 8 Uhr:
Rajernenluft.
Berliner Theater.
Heute 8 Uhr: **Taifun.**
Morgen: **Taifun.**

Neues Theater.
Heute abends 8 Uhr:
Renaissance.
Morgen und folgende Tage:
Renaissance.

Neues Operetten-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Graf von Luxemburg.
Sonntag nachmittags 3 Uhr zu er-
möglicht. Preisen: Die Dollarprinzessin.
Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Das Leutnantsmündel
Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
Heute, den 25. Juni, abends 8 Uhr:
Sherlock Holmes.
Detektivkomödie in 4 Akten von
Herb. Baum.
Morgen und folgende Tage:
Sherlock Holmes.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Wach- u. Schließgesellschaft
Schwank in 3 Akten von Rang
und Witz.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 1/2 Uhr.
Auf der Gartenbühne: Theater-
Vorstellung. Spezialitäten. Gr.
Konzert. (Neues Progr.) Anf. 4 1/2 Uhr.

Apollo Theater
Abends 8 Uhr. Nur noch einige Tage!
Das sensationelle Juni-Programm.
Sonderakt! Ernst Perzinas Oressurakt.
Einzig dastehend!
Kauf, Kanarienvogel und Maus.
Henry de Vry.
Ideal-Schönheiten
mit dem Entwurf v. Heinrich Felner.
Denkmal. 9 1/2 Uhr: Die welt-
berühmte
Schimpanse **Grete**
als Universal-Künstlerin
und weitere 8 große Attraktionen.

Metropol-Theater
Hallo!!!
Die große Revue!
In 8 Bildern von Jul. Freund.
Musik v. Paul Lincke. In Szene
gesetzt von Dir. Rich. Schultz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Gastans Panoptikum
Friedrichstr. 185 (Pachorpal.)
Geöffnet
von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abds.
Der
Mann mit der eisernen Zunge.
Täglich 7 1/2 Uhr abends
Sonntags 4 Uhr:
Heitere Vorträge.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstr. 48/49.
Heute Sonnabend 8 Uhr:
In den Dolomiten.

WINTERGARTEN
Neues Programm!
La Tortajada
in ihrer neuesten Schöpfung:
„Abenteuer eines Toreros“.

De Dio
Phantasie-Tänzerin.
Therese Renz
Schulreiterin
und eine Kasse
hervorragender Kunstkräfte.

Passage-Theater.
Das große
Juni-Programm!
Tartakoff
The Kaylons
Mika Mikun
und 14 erstklassige
Variété-Spezialitäten!

Passage-Panoptikum.
Lehend! **Prinz Atom**
der kleinste Mensch, der je gelebt.
Buddhas Tafel
weiß, kann, schreibt alles!
Alles ohne Extra-Entree!
Eintritt 50, Kinder, Soldaten 25 Pf.

Folies Caprice
Anfang 8 1/2 Uhr.
Pariser Ehen.
Der Athlet.
Die keusche Coquette.
Das Verführungsfest.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/49.
Täglich:
**Konzert, Theater,
Spezialitäten.**

Voigt-Theater
Gesundbrunnen Badstr. 58.
Heute Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr:
Uebere großen Teich.
Gr. Lebensbild mit Ork. und Tanz in
4 Abteilungen von Adolf Philipp.
Das neue sensationelle Programm.
Gründliche Spezialitäten
Kaffeeöffnung 9 Uhr. Anf. 4 1/2 Uhr.

**Schweizer-
Garten** Am Königstor —
Am Friedrichshain.
Täglich: **Theater- und
Spezialit.-Vorstellung**
Jeden Abend **Prinz Pinne.**
1/10 Uhr:
Gr. Ausstattung-Oper. m. Ballett.
Jeden **Kinderfest.**
Mittwoch:
Volksbelustigungen. Tanz.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Walhalla
Variété-Theater
Weinbergweg 19-20, Rosenthaler Tor.
Abends 8 Uhr:
Die Bestie im Menschen.
Trag. Pant. und die übrigen
Spezialitäten.

Königstadt-Kasino.
Dolmarstr. 27, Gefe Alexanderstr.
(Zuhörer: Max Schindelhauer.)
Im herrlichen Naturgarten täglich:
U. a.: Else Wulfonia, Soubrrette.
Paul Mattiott, Saxofredner.
Emmy und August Clever, das
berühmte Duettienpaar der Welt.
Anf. Wochent. 7 1/2, Sonnt. 5 Uhr.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wagner-Theat.)
Gottscheid-Oper.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Gottscheid-Oper der ersten Solotänzerin
und Balletmeisterin vom Stadt-
Theater in Düsseldorf Fr. Martha
Eilke. Dazu:
Der Waffenschmied.
Romantisch komische Oper in 3 Akten
von H. Lortzing.
Ende 10 1/2 Uhr.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
bei ermäßigten Preisen:
Fidello.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Dollarprinzessin.
Montag, abends 8 Uhr:
Die Dollarprinzessin.

Schiller-Theater (Charlottenburg).
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Bibliothekar.
Schwank in 4 Akten v. Gustav Moser.
Ende 10 1/2 Uhr.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Bibliothekar.
Montag, abends 8 Uhr:
Die Katakomben.

Brauerei Friedrichshain
Am Königstor.
Täglich: **Große Militär-Konzerte.**
Jeden Dienstag nachmittags 3—6 Uhr:
Frei-Vorstellung
der beliebten
Apollo-Sänger.

LUNA-PARK
Terrassen am Halensee
Größter Vergnügungspark des Kontinents.
Täglich geöffnet: Terrassen ab 1 Uhr, Lunapark ab 3 Uhr.
Neu! **Schau-Tanzsaal.** Neu!
Mon Pläsier-Lachhaus und viele andere
Attraktionen.

Achtung! Diez' nur Achtung!
Seeterrasse Lichtenberg
Röderstraße 11/13. Zwischen Landsberger Allee und Röderplatz.
Größtes und schönstes Lokal Berlins.
Bei ungenügender Witterung
Schutz für 8000 Personen. — **Täglich:**
Ob schön! ob Regen: **Gr. Konzert.** Auftreten der
besten Turmjeckkünstler der Welt Tho Liepoltz
(sowie der neuesten und größten Sensationen der Gegenwart: Die Reiss
um die Erde in **Saltomortale v. 10 Meter Höhe**
mit dem Rekord in den See.
3 Gock, die phänomenalen Excentric-Casacadors? Die fünf Sinne?
Vorzüglicher automatischer Scherz. — Marga Parfessa, brillante
Rätsel-Transformationsakt. — Rik. Wapins, hervorragende Burlesque-
Pantomime-Quett. **Krill.** — **Leopold Rosser.** Original-Quornicht
mit ihren wunderbaren aktuellen politisch-satirischen Schlegeln und das
neue beste Programm Berlins.
Jeden Sonntag:
Riesen-Land- und Wasser-Feuwerk.
Anfang 3 Uhr. Wochentags 4 Uhr. Gesamteintritt 20 Pf. Kinder frei.

„Pharus-Sommer-Theater“
Besitzer: Max Ludwig. Art. Leitung: Max Reinhart.
Berlin N., Müllerstr. 142.
Täglich: Im herrlichen Naturgarten Bei Regen im Theatersaal!
Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung
20 Künstler-Attraktionen. Stets wechselndes Familien-Programm.
Außerdem jeden Freitag: **Die beliebten Apollo-Sänger.**
Anfang Sonntags 4 Uhr. Wochentags 6 Uhr.

Allgemeine Städtebau-Ausstellung
Auf vielseitigen Wunsch wird die Ausstellung verlängert.
Schluss 26. Juni.
Bisheriger Besuch: 60 000 Personen.

**SPREE-HAVEL-
Stern-
DAMPFSCHIFFFAHRT-
GESELLSCHAFT**
Heute abend } 9.30 Uhr ab Jannowitz-Brücke (Belvedere)
9.45 „ „ Schlesiendes Tor (Hochbahn)
Gr. Abend-Promenaden-Fahrt bis Köpenick.
Alsdann zum Rosen-Fest nach Tabberts Waldschloß.
Volles Orchester an Bord. — Garten-Konzert. — Ball.
Fahrpreis hin u. zur. bei freiem Konzertentree 50 Pf. Rückf. 5 Uhr.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7-9.
Täglich:
Im Reiche des Mars
Spezialitäten, Konzert u. Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Volksgarten-Theater
Fischer Weimann.
Babür. 8, Venus u. Bertramstraße.
Täglich: Konzert, Theater- und
Spezialitäten-Vorstellung. Das neue
Hiefenprogr. Zur Aufführung gelangt:
Robert und Bertram.
Bosse mit Gelang u. Tanz in 4 Akten.
Jed. Donnerst.: Gr. Brillant-Feuwerk.

Große Ausstellung
für Bauindustrie u. Feinkeramik
Baumschulweg bei Berlin.
Stadtbahnstation, 26 Minuten
von Bahnhof Friedrichstraße.
Täglich von 10—8 Uhr geöffnet.
Eintritt 1 M., Sonntags 50 Pf.
Der Clou der Ausstellung:
**Römische Villa mit Kaiser-
palast.**

**Ausstellungshallen-
Kino am Zoo**
Nachm. 6 Uhr: Mit Sven Hodin
durch Zentral-Asien.
0.20, 0.30, 0.50, 1 M.
Abends 8 Uhr: Mit Sven Hodin
durch Zentral-Asien.
Samurau. 0.50, 1.—, 2.—, 3M.
Für Abends: Vorverkauf
bei Wertheim, Leipzigerstraße
und sämtlichen Vorverkaufs-
filialen.

Landesaussstellungspark
am Lehrter Bahnhof
Neu erbaut: Festsaal
Gartenrestaurant
Konditorei und Café
Täglich Konzert
von 4 Uhr ab:
Dejeuners
von 2.50 an bis 2 Uhr nachm.
Diners und Soupers v. 4.00 an

CIRCUS
GrillHalle
Das Monstrum aller europäisch Zirkusse
Rixdorf-Berlin, Pflügerstr.
Dienstag, 28. Juni, abds. 8 1/2:
Gala-Premiere
mit allen Weltschlagern.
Preise: Galerie 0.50, III. Pl. 0.80,
II. Pl. 1.10, I. Pl. 1.50, Sperrsitze 2.—,
Loge 3.—, Fremdenloge 4.—.
Billets-Vorverkauf für die
Abendvorstell. für Berlin bei
A. Wertheim, Leipziger Straße.
In Rixdorf i. d. Zigarrensch.
d. Firma **Loeser & Wolf.**
Berliner Str. 1, Tel.: Rixd. 1255,
u. Berliner Str. 40, Tel.: Rixd. 496.
Für alle Vorstellungen an der
Zirkuskasse: Tel. Rixdorf 806.

Burgtheater-Kinematograph
vorm. Groterjan, Jubel: Rud. Merz,
Schönhauser Allee 129, Tel. 3, 6353.
Lebende Photographien.
Bogenl. 30 u. 40 Pf. Anfang 7 Uhr.
Sonnt. 30, 40 u. 60 Pf. Anf. 4 Uhr.
Vorzugskarten zur Hochentags gältig.
25 Pf. auf allen Wägen.
Stets wechselndes Programm.
Jeden Sonntag im Oberaal:
Künstler-Konzert.
Entree 15 Pf. Garderobe 10 Pf.
A. d. Konzert: Familien-Kränzchen.

Max Kliems Sommertheater
und Festsäle.
Inh.: **Rudolf Krüger.**
Hasenheide 13/15, vis-à-vis v. Turnpl.
Täglich:
**Große Theater- u. Spezialitäten-
Vorstellung.**
Artist. Leitung: **Walter Gravenitz,**
Kapellmeister: **Max Wolfheim.**
Jeden Donnerstag: **Elite-Tag!**
Anfang: Wochent. 6 Uhr, Sonnt. 1/2, 5 Uhr.

Puhlmanns Theater
Schönh. A. 148 — Kastanien-A. 97/99.
Große Extra-Elite-Vorstellung!
Abends 8 Uhr:
Ein gefunder Junge
Louis. Käte Reich.
Vor- u. nachher: **Brillante Spezialität.**
Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 20—60 Pf.
Elite-Ball.
Prämierung der zwei
schönsten Damentänzerinnen und der
zwei besten Herren. Damenpreise:
2 Goldgürtel, Herrenpreise: Ein
Fah. Dier. 1 Kiste Zigarren.

Von der
Michael-Brücke
an d. Michaelkirchstraße:
Waggelwerder u. Rundfahrt auf dem Rügelsee. Dableib: Ball. Abf. v. 9 1/2
bis 9 1/2, Uhr abends. Preis hin u. zurück 50 Pf. Ruderer G. Zachow, Tel. IV. 5621.

Schillingsbrücke
am Schließchen Bahnhf.
Morgen Sonntag
früh 8, 9 Uhr, nach
mittags 2 Uhr

Waltersdorfer Schleuse.
Abfahrtsstelle
Schillingsbrücke
am Schließchen Bahnhf.
Morgen Sonntag
früh 8, 9 Uhr, nach
mittags 2 Uhr

Gr. Berliner Kunstausstellung 1910
30. April bis 2. Oktober.
Im Park täglich **Doppel-Konzert.**
Eintritt: 10—6 Uhr 1 M., v. 6 Uhr ab
50 Pf., Sonntags 50 Pf. Dauert. 6 M.

ZOO
LOGISCHER
GARTEN
Heute nachm. 4 Uhr:
Großes Sommerfest.
4 Robellen, Illumination,
Feuerwerk, Ball.
— Eintritt 1 M. —
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Sommer-Theater
Café Bellevue
am See und
Bahnhof Stralau-Rummelsburg.
Täglich:
Spezialitäten
Theater, Konzert.

BBB
Brunnenstraße 10.
Täglich:
Das vollständig neue Programm
im großen Garten oder
im prächtigen Theatersaal
je nach der Witterung.
Eintritt 30 Pf.

**Victoria-
Brauerei, Litzowstr. 111/112**
Im Garten oder Saal: **Täglich**
Gr. humorist. Solree.
(Vortragsvorträge, Theater und
Variété-Vorstellungen.)
Sonntags, Dienstags, Donnerst.
und Sonnabends: **Tanzkränzchen.**
Anf.: Wochentags 8, Sonntags
7 Uhr. — Alle Bords gältig.
Im Restaur.: Mittagsst. 75 Pf.
Gr. u. fl. Bile zu Festlichkeiten
aller Art. **Max Saeger.**

Vereins-Brauerei
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: **Max Wendt.**
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Anfang wochentags 7 Uhr.
Sonntags 4 Uhr.

Der Wasserläufer kommt!
Restaurant Hasselwerder
Rieder-Schönweide, 5 Min. v. Bahnhof
Rieder-Schönweide - Bohannisthal,
Hasselwerderstraße 17
Schönstes Gartenrestaurant mit altem
Park und bester Lage am Wasser.
Am Sonntag, den 26. d. Wits.
Aufstehen des
Wasserläufers **Mr. Charles.**
Derfelde wird sich mit seinen selbst-
konstruierten Wasserhühen auf der
Obersee vor dem Restaurant Hassel-
werder produzieren.
Anfang des Konzerts um 4 Uhr.
Necan anschließend: Auftreten des
723 **Mr. Charles.**
Entree: Erwachsene 20, Kinder 10 Pf.
Restaurant Hasselwerder.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Zum Schluß:
Künstler d. Landstraße.
Uf. Verleite von Meysel.
Anfang
wochentags
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Heute Sonnabend
**Sommernachts-Promenaden-
fahrt** mit 3 Schnell-Rotor-
booten mit Musik nach
Waggelwerder u. Rundfahrt auf dem Rügelsee. Dableib: Ball. Abf. v. 9 1/2
bis 9 1/2, Uhr abends. Preis hin u. zurück 50 Pf. Ruderer G. Zachow, Tel. IV. 5621.

Michael-Brücke
an d. Michaelkirchstraße:
Waggelwerder u. Rundfahrt auf dem Rügelsee. Dableib: Ball. Abf. v. 9 1/2
bis 9 1/2, Uhr abends. Preis hin u. zurück 50 Pf. Ruderer G. Zachow, Tel. IV. 5621.

Schillingsbrücke
am Schließchen Bahnhf.
Morgen Sonntag
früh 8, 9 Uhr, nach
mittags 2 Uhr

Waltersdorfer Schleuse.
Abfahrtsstelle
Schillingsbrücke
am Schließchen Bahnhf.
Morgen Sonntag
früh 8, 9 Uhr, nach
mittags 2 Uhr

Waltersdorfer Schleuse.
Abfahrtsstelle
Schillingsbrücke
am Schließchen Bahnhf.
Morgen Sonntag
früh 8, 9 Uhr, nach
mittags 2 Uhr

Unserem Genossen
Max Brandt nebst Braut
gratulieren zur Hochzeit
Die Genossen des 5. Bezirks
1. Kreis. 29806

Die besten Glückwünsche
unserem Bezirksführer
Paul Schwarzbach
nebst Gemahlin
zur heutigen Vermählung.
Die Genossinnen und Genossen
des 11. Bezirks in Schöneberg.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
für Schöneberg.**
Bezirk 40.
Am 22. d. M. verstarb unser
Mitglied, der Klempner
Ulrich Jaenichen
im 32. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 28. Juni, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Schöneberger
Friedhofes (Blanke Höhe) aus
statt.
Um zahlreiche Beteiligung der
Mitglieder ersucht
16/18 Der Vorstand.

**Sozialdemokrat. Wahlverein
Adlershof.**
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Genosse
Karl Thielemann
im Alter von 38 Jahren aus dem
Leben geschieden ist.
Ehre seinem Andenken!
203/5 Der Vorstand.

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, dass
unser Mitglied, der Gärtler
Erwin Pawlaczyk
am 22. Juni an Rückenmarks-
leiden gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 28. Juni, nachmittags
4 Uhr, von der Leichenhalle des
neuen Jakob-Friedhofes, Kärbarl,
Hermannstraße, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
117/17 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher
Buchbinder-Verband.**
(Zahlstelle Berlin.)
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege
Marian Zwierski
am 21. Juni verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 28. Juni, nach-
mittags 4 Uhr, auf dem katho-
lischen Friedhofe in Stahnsdorf
statt.
Um rege Beteiligung ersucht
24/3 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Achtung!
Zentralverband der Schmiede.
Zahlstelle Berlin.
Bureau: Vintenstraße 73. — Telefon: Amt 3, 9319.

Sonntag, den 26. Juni 1910, vormittags 10 Uhr, bei Freyer,
Koppenstraße 29:
Außerordentliche Mitgliederversammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht über die Verhandlungen. 2. Be-
schlußfassung über die weiteren Maßnahmen.
Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne Mitgliedsbuch
erhält kein Kollege Zutritt.
Kollegen! In Anbetracht der Wichtigkeit der Tages-
ordnung ist es notwendig, daß Ihr alle, Mann für Mann,
pünktlich zur Versammlung erscheint.
Die Ortsverwaltung. V. v. H. Schlinckh.

Achtung! Schmiede. Achtung!
Sonntag, den 26. Juni 1910, mittags 12 Uhr, bei Freyer,
Koppenstraße 29:
Oeffentliche Versammlung
sämtlicher bei Innungsmeistern beschäftigten
Schmiedegesellen Groß-Berlins.

Tages-Ordnung:
1. Bericht über die Verhandlungen. (Referent
Kollege Schlinckh.) 2. **Beschlußfassung** über
die weiteren Maßnahmen. 176/16*
Kollegen! Die Stunde, wo Ihr über das Verhalten der
Innungsmeister entscheiden sollt, ist gekommen. In dieser
Versammlung müßt Ihr wählen, ob Ihr das **Sklavensoch**
weiter schleppen wollt oder ob Ihr gewillt seid, Euch eine
menschenwürdige Existenz zu erkämpfen. Die Meister ver-
suchen bereits, Euch durch Lohnzulagen und schöne Ver-
sprechungen von der Vertretung Eurer Interessen abzuhalten.
Kollegen! Laßt Euch nicht täuschen. Alle diese Ver-
sprechungen werden gebrochen, wenn dieselben nicht durch
einen Tarifvertrag mit der Organisation festgelegt werden.
Deshalb, Kollegen, alle Mann für Mann zur Versammlung,
und auf zum Kampf für Euer Recht.
Die Herren Meister sind ebenfalls zu dieser Versammlung geladen
Die Ortsverwaltung. Der Gesellenausschuß.

**Zentral-Verband der Böttcher,
Weinküfer u. Hilfsarbeiter Deutschlands**
Filiale Berlin.
Bureau u. Arbeitsnachweis: Engelauer 15. Tel.: Amt IV, 2297.

Sonntag, den 26. Juni, vormittags 10 Uhr, bei Witte,
Brunnenstr. 188:
Außerordentl. Mitglieder-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Lohnkommission über die gestellten Forderungen in den
Werstätten und Fabriken. 2. Beschlußfassung über weitere Maßnahmen.
3. Innere Verbandsangelegenheit. 39/4
In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es doppelt notwendig,
daß jeder Kollege zu der Versammlung pünktlich erscheint.
Der Vorstand.

Kautabake — 5 Pfg.-Rollen
der Firma
Fischer & Herwig, Hann. Münden.
Erstklassiges Fabrikat.
Hauptniederlage:
Max Ziegenhals, Berlin NO., Neue Königstr. 70
Amt VII, 3047.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:
Cof. I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Cof. III. Amt 3, 1987.

Montag, den 27. Juni 1910, abends 8 1/2 Uhr, in den Ruffler-
Festsaal, Kaiser-Wilhelm-Str. 18 m:
Mitglieder-Versammlung der Klempner.
Tages-Ordnung:
Fortsetzung der Diskussion über die mit den Arbeitgebern gepflogenen
Verhandlungen.
NB. Das Erscheinen eines jeden Kollegen ist notwendig.
Mitgliedsbuch legitimiert.

Montag, den 27. Juni, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshause,
Engelauer 15, großer Saal:
Versammlung
aller in
**Metallgießereien Berlins und Umgegend beschäftigten
Former u. Berufsgenossen.**
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Adolf Hoffmann über
das Thema: „Kultur und Kultur“. 2. Diskussion. 3. Verbands- und
Branchenangelegenheiten. — In Anbetracht des lehrreichen und interessanten
Themas erwarten wir das Erscheinen aller Kollegen.

Montag, den 27. Juni 1910, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen
Garten, Alexanderstr. 270:
Branchen-Versammlung
der Schwarzblechschlosser u. Zeugschmiede.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
NB. Das Erscheinen eines jeden Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen!
117/16 Die Ortsverwaltung.

Einheitspreis M. 12.50 Luxus-Ausführung M. 16.50



Wollen Sie bequem und angenehm gehen?
Machen Sie einen Versuch mit Salamanderschuhen!
Fordern Sie Musterbuch V

Salamander

Schuhes. m. d. H., Berlin

W. 8 Friedrich-Strasse 182
C. König-Strasse 47
SW. Friedrich-Strasse 221
C. Rosenthaler Tor
W. Potsdamer Strasse 5
NW. Wilsnacker Strasse
Ecke Turm-Strasse 9
W. Tauentzien-Strasse 15
N. Bad-Strasse 20
Scandau, Breite Strasse 30
Steglitz, Schloß-Strasse 20.



Möbel- & Waren
Kredithaus
S. Gottlieb
D. m. b. H.

Rosenthalerstr. 54 I. Etage
gibt an Jedermann bei ganz ge-
ringer Anzahlung und leichter
Teilzahlung
Anzüge

Anzug 15 M.	Anzahlung 3 M.
Anzug 21 M.	Anzahlung 4 M.
Anzug 27 M.	Anzahlung 5 M.
Anzug 34 M.	Anzahlung 6 M.
Anzug 42 M.	Anzahlung 8 M.

Möbel

1 Zimmer ..	Anzahlung 15 M
2 Zimmer ..	Anzahlung 30 M.
3 Zimmer ..	Anzahlung 50 M.

Einzelne Möbelstücke wie:
Kleiderschränke, Vertikos,
Sofas, Bettstellen m. Matr.
von 5 M. Anz. an.
Abzahlung 1 M.
pro Woche.



**Jeder Arbeiter,
jeder Handwerker
sollte zur Arbeit
die Lederhose
Herkules**
tragen.
Unerreichte
Leistungsfähigkeit.
Allein-Vorkauf.



Sehr starkes Leder
in grauen u. braunen
Straifen, auch ein-
farbig. Am Bund
aus einem Stück ge-
arbeitet, wodurch
besonders Haltbar-
keit bedingt ist.
Sehr feste Kap-
nähten, stark Garn-
Schwere Leder-Pilot-Taschen.
Große Flecken unsonst.
Trotz dieser vielen und
anderer Vorzüge kostet
die Herkules-Hose für
normale Mannes-Größe **4 M. 50**

Berufs- u. Schutzkleidung
für alle Zweige der Gewerbe u.
Industrie, Sanitätsdienst usw.

BAER SOHN

Spezial-Haus größten Maßstabes
Chausseestr. 29-30 — Brückenstr. 27
Gr. Frankfurterstr. 20
Schöneberg, Hauptstr. 18.
Haupt-Katalog gratis und franko

Nachdr. verbot.

Kost und Logis
vom 1. Juli zu möglichem Grade mit
Kaufkraft in der Familie wird von
dänischem Student gewünscht, am
liebsten von ein munterer 10-15jähr.
Sohn 14, mit welchem Suchender
deutsch sprechen kann. Angebote erb.
an Tagfr. 208 Jensen, Aarhus,
Dänemark.

Ausnahme-Preise
Wollen Sie vorteilhaft kaufen?
So kaufen Sie
Ia. Briketts nach Gewicht!
A. B. KOCH
Kohlen- und Briketts-Großhandlung
— gegründet 1893. —
Hauptkontor:
Berlin O. 34, Petersburger Straße 1.
Telephon Amt 7, 3040 u. 3020.

Lagerplätze:
I. Rüdersdorfer Str. 71 —
Ostbahn, Küstriner Platz.
II. Fruchtstr. 13 — Ostbahn,
Güterbahnhof.
III. Behmstr. 28-34 — Ecke
Schivelbeiner Straße.

Preise für Ia. Marken ab meinen
Lagerplätzen von 10 Ztr. an:
Ia. Halksteine Hansa p. Ztr. 70 Pl.
Ia. Marienflück Salon p. Ztr. 72 Pl.
Ia. Gotthold Salon . . . p. Ztr. 82 Pl.
Ia. Diamant Salon . . . p. Ztr. 90 Pl.
(ges. geschützt p. Ztr. 115-120 St.)
Ia. Ilse Salon p. Ztr. 90 Pl.
Ia. Anthracit Cadé . p. Ztr. 2,20 M.

Transport bis in den Keller
oder 4. Etage, je nach Quantum,
10-15 Pfennige mehr.

Bruchbriketts guter Qualität
und Steinkohlen billigst.
— Koks zu Anstaltspreisen.
Holz, nach Wunsch zerkleinert,
per Ztr. 2.00 M.

Bei größeren Abschüssen und
Original-Waggons sämtlicher
Brennmaterialien veranlassen Sie
meine Spezial-Offerte.

Versand nach allen Bahnhöfen.

Zentralhaus mod. Herrenbekleidung
Neue Friedrichstr. 35
neben Central-Rathhalle
liefert an jedermann elegante
Herren-Garderoben
fertig und nach Maß unter Ga-
rantie für tadellofen Sitz gegen
wöchentl. Teilzahlung von 1 M. an.
Zuschneider u. Werkstätten im Hause.
Auf Wunsch Besuch des Reisenden
mit neuesten Stoffmustern.
Sonntags geöffnet.



Für die Reise!

zu sehr billigen Preisen

Strand-Anzüge □ Loden-Anzüge □ Lustre-
Anzüge □ Touristen-Anzüge □ Loden-
Pelerinen □ Sommerjoppen □ Lustrejackets
Wasch-Westen in den neuesten Mustern .. 1.90 2.25 3.— 3.50 M.

Praktischer vornehmer
Reise- und Strapazier-
Anzug für Herren **15 M.**
in jeder Größe und allen modernen Dessins
vorrätig

Bek. Marke **Victoria**

Hermann Vandsburger

SW., Friedrichstr. 7 Berlin NW., Turmstr. 30a
am Delle-Alliance-Platz Ecke Wilhelmshavenstr.

Vom Sonnabend, den 25. Juni bis Sonnabend, den 16. Juli:

Saison-Räumungs-Verkauf

mit **10-20%** Preisermäßigung in bar auf sämtliche braunen Lederschuhe und -Stiefel, sowie

10% Preisnachlaß

auf Leinen- und Lastings-Schuhe und -Stiefel.

Ferner gelangen zum Verkauf, soweit der Vorrat reicht:

== Große Posten Restpaare ==
zu bedeutend herabgesetzten Preisen!

Conrad Tack & Cie. Schuhwaren-Fabrik **BURG b. M.**

120 eigene Filialen. Davon in Berlin und Umgegend:

C., Spittelmarkt 15 (im Tellhaus)
C., Rosenthaler Straße 14
W., Potsdamer Straße 50
W., Schillstraße 16
NW., Turmstraße 41, Ecke Oldenburger Straße
NW., Wilsnacker Straße 22

NW., Beusselstr. 29
N., Friedrichstr. 127, schräg gegenüber der Oranienburger Str.
N., Müllerstraße 3
N., Reinickendorfer Str. 23, gegenüber der Plantagenstraße
N., Brunnenstraße nur 37

N., Danziger Straße 1
O., Andreasstraße nur 50
O., Frankfurter Allee 125
SÖ., Oranienstr. 32 zwischen dem Oranienplatz u. Adalbertstraße
SO., Oranienstr. 2a unmittelbar an der Hochbahnstat. Oranienstr.

SO., Wrangelstraße 49
SW., Friedrichstr. 240-241, am Halleschen Tor
Charlottenburg: nur Wilmersdorfer Straße 122-123
Rixdorf: Bergstraße 30-31
Potsdam: Brandenburger Str. 54



Günstigster Einkauf von **Sommer-Schuhwaren**, besonders für die **Reise- und Bade-Saison!**



Auf höchster Höhe

steht die Touristen- und Sport-Bekleidung der Firma Gottlieb Weiss. Sie vereinigt beste Haltbarkeit und stets flottcs Aussehen mit grösster Bequemlichkeit. — Durch Herstellung im eigenen Betriebe aus erprobten Rohstoffen, deren Einkauf unter Umgehung des Zwischenhandels auf direktestem Wege erfolgt, denkbar billigste Preise.

Loden-Pelerinen 21.— 19.— 17.— 15.— 12.— 10.— **9 M.**

Mantel-Pelerinen 20.— 17.— und **15 M.**

Falten-Anzüge

für Jünglinge: 27.—, 23.—, 19.—, 16.—, **12 M.**
für Knaben: 19.—, 17.—, 14.—, 12.—, 10.—, **8 M.**



Touristen-Joppen 14.— 11.— 9.— 7.— 5.— 4.— **3 M.**

Touristen-Anzüge 40.— 36.— 30.— 25.— **17 M.**

Reise-Anzüge 36.— 27.— 21.— 17.— **12 M.**

Leinen-Anzüge 22.— 17.— 15.— 13.— 9.— 7.— **6.50 M.**

Leinen-Joppen 9.— 7.— 5.— 4.— 3.— 1.80 1.20 **0.85 M.**

Gottlieb Weiss

Schöneberg, Hauptstrasse 161
Ecke der Stubenrauch-Strasse.

Arbeiter-Berufskleidung

kaufen Sie reell und billig, für jeden Beruf passend,

Roter Laden

Schöneberg, Hauptstraße 108.

Spezialhaus für Photographie
Paul Loewe, Dresdener Str. 2,
Hochbahnstation Kottbuser Tor.
Großes Lager in Apparaten und Bedarfsartikeln.

Ringfreie Papiere.
Postkarten 10 Stück 25 Pf.

Übernahme aller photographischen Arbeiten. Tel. IV 10045



Tuche und Maßanzüge

— vornehmster Sitz wird garantiert — M. 32.00—85.00, fertige, sehr elegante Herren-Anzüge M. 9.50, Burschen-6.50, Knaben 1.25 an. Phantasiewesten 2.20. Elegante Sonntagshose M. 6.00. Stoff zum Anzug M. 5.00, zur Hose M. 2.25 an. Lusterjackette 2.25 an. Gummimantel, sehr leicht, gegen Staub und Regen, 14.50. Loden-pelerinen für Touristen 8.50. Waschanzüge für Kinder, große Auswahl, 0.90 an. Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.
Gern schicken wir unsere Vertreter mit Muster ohne Kaufverpflichtung.
Original englische Stoffe billig.

Tuchgesellschaft Kottbuser Damm 16-17, nahe Hochbahn.
Vorzeiger dieses Inscrats 5 Prozent Rabatt.

Berlin-Lichtenberg Kohlenvertrieb „Glückauf“
Güterbahnhof Frankfurter Allee.

== Ausnahme-Preise ==
vom 1. Mai bis 31. Juli von 10 Zentner an ab Platz in nur prima Marken.

Beste Vulkan Halbstein-Briketts p. Ztr.	M. 6.70
Heys	0.80
Prima Ferdinand Salon-	0.72, 1000 Stück 6.75
Anker	0.82, 1000 " 7.75
Anh. Kohlenw.	0.90, 1000 " 8.50
Ilse	0.90, 1000 " 8.50
Brikettbruch, Steinkohlen und Koks billigst.	

Handwagen zur Verfügung.

Hüte

in allen Preislagen.
R. Weidner, Hutmacher,
Prinzenstr. 57, an der
Bahngeld wird vergütet.

Jugend-Liederbuch



Preis: kartoniert 20 Pfennig
Zu beziehen durch:
Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW.
Lindenstraße 69 (Laden).

Begen
Geschäfts-Erweiterung
10% Rabatt

auf Hüfen, Schürzen, Unter-
röcke, Korsetts, Arbeiterhemden,
Kindermägen etc.

Margarete Dietrich
Mirbachstr. 25.

Hüte, Mützen
Herrenartikel
L. Schoop, Rummelsburg,
Alt-Boxhagen 36.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Auf mehrfache Anfragen teilen wir mit, daß im Grünau das Restaurant „Belvedere“, Joh. Anuth, und im Schmargendorf das Restaurant „Waltpark“, Joh. Michelmann, der Arbeiterkassette zu Versammlungen nicht zur Verfügung stehen, außerdem weisen wir nochmals auf den Vorkauf des Lokals „Gräßl Wesselschaffshaus“, Mariendorfer, Chausseest. 805, hin.

Steglig-Friedenan. Die Partei nach der Römerschanze in Redlich bei Potsdam findet am Sonntag, den 3. Juli, statt. Treffpunkt präzise 1/9 Uhr an der Westseite der Bahnhöfe Steglig und Friedenan. Eisenbahnfahrt bis Wannsee. Für Rückzügler dort im „Fischhof“, Königsstr. 40, bis 1/11 Uhr vormittags. Fußpartie über Pfaueninsel, Klosterte, Salsro nach Römerschanze. Dort um 4 Uhr nachmittags Führung und Vortrag des Genossen Dr. Max Schütte: „Ueber die Entleerung und die neuesten Ausgrabungen der Schanzen“. Gäste, sowie die Parteigenossen der Umgebung sind zu dieser Partie herzlich willkommen. Ferner werden die Parteigenossen erlucht, ihre Kinder, Mädchen über acht Jahre, am Sonntag, den 26. Juni, vormittags 1/9 Uhr, nach dem Restaurant Edelhof, Steglig, Kohnstr. 15a, zur Probe des Festreigens zu schicken. Der Bildungsausschuß.

Stralau. Am Sonntag, den 20. Juni, Familien-Ausflug nach Pferdebusch. Treffpunkt: Bahnhof Stralau-Rummelsburg, Bahnsteig E. früh 9 Uhr. Für Rückzügler um 1 Uhr in Pferdebusch.

Adlershof. Am Sonntag, den 3. Juli, findet eine Bestätigung der Ralt- und Zementindustrie-Ausstellung in Wannsee statt. Wir erluchten diejenigen Genossen, welche sich daran beteiligen wollen, sich vorher wegen Beschaffung von Einfaßkarten bis spätestens Mittwoch, den 23. Juni, beim Genossen Eigner, Genossenschaftsstr. 7, zu melden. Der Ausnahmepreis beträgt 80 Pf.

Karlshorst. Achtung, Genossen! Heute Abend Flugblattverbreitung von den bestimmten Stellen aus.

Waldhof (Ostbahn). Die für heute Sonnabend in Aussicht genommene Mitgliederversammlung findet nicht statt. Am morgigen Sonntag, den 26. Juni, Flugblattverbreitung. Die Genossen finden sich zu diesem Zwecke früh 8 Uhr in Drägers Restaurant, Bahnhofsstraße, ein.

Reuchingen und Umgegend. Am Sonntag, den 20. d. Mts., findet für den ganzen Bezirk eine Flugblattverbreitung statt. Die Ausgabe der Flugblätter erfolgt bei den Bezirksführern; für Friedersdorf-Petershagen früh 8 Uhr im Lokal von Kappel, Petershagen.

Königs-Wusterhausen. Sonntag, den 20. d. Mts., morgens 7 1/2 Uhr, findet von den bekannten Bezirkskollegen aus Flugblattverbreitung statt. Gleichzeitig weisen wir die Genossinnen auf den am Montag, den 27. d. Mts., abends 8 Uhr, im Weddingischen Lokale stattfindenden Frauenleseabend hin, in welchem Genossin Wulsch-Verlin einen Vortrag über die neuen Steuern und deren Wirkung halten wird.

Bezirk Panow und Wilhelmshagen-Nieder-Schönhagen-West. Am Sonntag, den 20. Juni, nachmittags 2 Uhr findet in Wandlich die Fortsetzung der am 29. Mai politisch aufgelösten Volksversammlung statt. Reichstagsabgeordneter Genosse Stadthagen spricht über: „Zunahme der Reichstags- und Volk. Abfahrt vormittags 8, 8.18 10 und 12.28 Uhr vom Bahnhof Reinickendorf-Rosenthal. Die radsahrenden Genossen Panows treffen sich um 10 1/2 Uhr Köhlenstraße (Wagnerbrücke). Die Bezirksleitungen.

Bezirk Waldmannslust. Sonntag, den 20. Juni, findet in allen Orten unseres Bezirks von den bekannten Lokalen aus eine Flugblattverteilung statt.

Brachmühle. Sonntag, 20. Juni, abends 7 1/2 Uhr, findet der fällige Jahlabend im Lokal von Nagel statt. — Heute: Sonnabend, 26. Juni: Flugblattverbreitung. Die Genossen treffen sich um 8 Uhr im Lokal des Genossen Kupner.

Berliner Nachrichten.

Am Straussee.

Das märkische Seengebiet ist außerordentlich reichhaltig und an Natur Schönheiten sehr vielseitig. Viele großartig am Walde gelegene Seen, selbst solche größeren Umfangs, sind der Mehrzahl der Berliner knapp dem Namen nach bekannt. Wer aber erst einmal dort war, kommt immer wieder. Eine wunderhübsche Sonntagspartie führt uns nach dem Straussee. Wir fahren für 70 Pf. auf der Ostbahn vom Berliner Zentrum nach dem Staatsbahnhof Strausberg und können von hier den Straussee mit der Stadt Strausberg in etwa anderthalb Stunden zu Fuß auf verschiedenen Wegen erreichen. Die kürzeste Tour führt auf der Chaussee zwischen dichtem Forst an der Kleinbahn entlang über die Haltestellen Landhaus, Schlagmühle und Hegermühle. Abwechslungsreicher, wenn auch etwas länger, ist der Weg zunächst nach dem idyllischen Eggersdorf mit seiner berühmten, über anderthalb Jahrhunderte alten Riesentanne (45 Meter Laubumfang!) und von dort, auf ziemlich gerader Strecke, durch den herrlichen Wald, eine kurze Stunde, über Hegermühle hinaus, nach dem Waldrestaurant Wolfstal, dicht am Fuße des Marienberges, von dem man durch mächtige Stiefen hindurch einen prächtigen Fernblick bis nach dem Blumental genießt. Gleich dahinter meldet sich mit einer schiffbewachsenen Wiese der langgestreckte, in der Mitte eingeknickte Straussee an.

Man muß es den Strausberger Einwohnern, die von etwas modernerem Schlage als die benachbarten Alt-Landsberger Aderspießer sind, anerkennend nachsagen, daß sie das Vorkommen zeigen, sich selbst und den Berliner Ausflüglern neuerdings etwas zu bieten. Seit ein paar Jahren hat Strausberg elektrische Beleuchtung, und demnächst kommt noch ein Wasserwerk mit Kanalisationssystem hinzu, an das die rüstständigen Sonoratoren Alt-Landsbergs, die am Selbstentwurf wie der Teufel an der Seele kleben, sich trotz allen Burebens nicht anschließen wollen. So sinkt Alt-Landsberg mit seinem Kriegervereinskrummel und sonstigem Patriotenklingel immer mehr zum jämmerlichsten märkischen Kleinstädtchen herab. Die von der Stadt Strausberg angelegte und in vorzüglichem Zustande erhaltene Straussee-Promenade, welche von der Seespitze mitten in die Stadt führt, kann auch verwöhnte Naturfreunde befriedigen. Vom jenseitigen Ufer des klaren blauen Wassers grünen die Waldwipfel herab. Alle paar hundert Schritt stehen in Nigelnischen aus Tannenstäben gefügte Ruhebänke, die zum Teil in den See hineinragen und eine wundervolle Aussicht auf das Stadtpanorama eröffnen. In der unmittelbaren Lage Strausbergs am See liegt sein besonderer Reiz. Häuser, Uferbäume und Wasser scheinen eins zu sein. Und man träumt hier auf der Promenadenbank oder drüben auf den Waldabhängen bei diesem köstlichen Anblick vom wiedererstandenen Pineta. Etwas mässig, aber doch nicht un schön

steigt aus dem Gewirr der kleinen Häuser der Unterbau der Strausberger Hauptkirche empor. Unweit davon stört das liebliche Stadtbild nur die bekannte Korrekionsanstalt, ein kastellartig und hart am See belegener, sechs Stockwerke hoher Gebäudekomplex. Scharf heben sich vom Grün der Bäume und vom Blau des Wassers die weißgelüchelten fahlen Mauern ab, hinter denen so viele Geftrauchelte verauern, die unsere verkehrte Staatspolitik mit all ihrer grausamen Härte niemals wieder auf den richtigen Weg bringen wird. Hier und da begegnet uns ein jugendlicher Häftling in sadleinerer Sträflingskleidung. Sein Anblick schreit uns nicht. Wir sehen in dem Gefassen nur das typische Opfer verrotteter sozialer und gesellschaftlicher Zustände, und wenn auf das ebene Dach des schauerlichen Kastells, auf die noch im obersten Stockwerk belegenen Schlaf- und Arbeitsäle die Sonne ihre sengenden Glut speit, erinnern wir uns des frechen Wortes aus Junfermund, daß das Leben in preußischen Justizhäusern und Besserungsanstalten „noch lange nicht das schlechteste“ ist.

Für einen halben Nidel bringt uns die mit Motorkraft betriebene städtische Fähre an das jenseitige Waldufer. Auch hier rings am See wildromantische Wege mit hohen, dichtbewachsenen Abhängen. Am „Seebad“ und an „Villa Raul“ vorüber erreichen wir die andere Seespitze, berauschen uns am Rundblick über die fernen Höhenzüge mit dem rotgedachten Willendorfer Aussichtsturm auf dem Schwarzen Berge und kehren durch die Stadt nach Bahnhof Strausberg zurück. Wer weiter wandern will, kann noch das eine Stunde entfernte Garzau mit dem schönen Schloßpark oder die näheren Weinberge, den Kollegenberg und den Herrensee am Dickmantelforst besuchen. Die Mehrzahl der Ausflügler benutzt für zwei Nidel die gar nicht übel fahrende Strausberger Ringelbahn nach der Vorstadt und gewinnt so leichten Anschluß zur Rückkehr nach dem steinernen „Wasserkopf“.

Polizeiberichterstattung.

Daß die Berichterstattung der Polizei mit großer Vorsicht zu genießen ist, ist schon des öfteren nachgewiesen worden. Wir wollen gar nicht von der Berichterstattung reden, die bestimmte „Nachtgeniemens“ über angebliche Vorkommnisse in der sozialdemokratischen Bewegung ihren Vorgesetzten geliefert haben; im Reichstage sind diese Verichte wiederholt einer eingehenden Würdigung unterzogen worden, wobei sich oft genug ergab, in welcher tendenziösen Weise Verichte fabriziert worden sind. Wir wollen heute auch nicht auf die Verichte eingehen, die von der Polizei erst ganz kürzlich über die Wahlrechtsdemonstrationen unserer Partei verbreitet worden sind und die einer sachgemäßen Prüfung nach keiner Richtung hin Stand halten konnten.

Im Auge haben wir heute die Berichterstattung an die Öffentlichkeit, soweit die Sicherheitspolizei und die Kriminalpolizei in Frage kommt. Ein direkter Berichterstattendienst an die Presse besteht nur in wenigen Fällen. Er bezieht sich auf die Suche nach vermischten Personen, auf Warnungen vor bestimmten Schwindelstücken, sowie auf Mitteilungen der Gewerbe- und Gesundheitspolizei. Der Polizeibericht über Unglücksfälle und sonstige Vorkommnisse im Bereich der Sicherheitspolizei ist auch nicht einwandfrei. Wir haben das erst kürzlich nachgewiesen, als die Polizei in der Vorhagener Straße 24 Leute verhaftete, die in einem Stiff Wittgessen erhalten sollten. Die Obern des Stiffs behauptet öffentlich das gerade Gegenteil dessen, was im Polizeibericht stand.

Im allgemeinen ist die von der Kriminalpolizei gegebene Information der Presse von großer Bedeutung. Diese Information erfolgt in der Hauptsache nicht direkt, sondern die Polizei bedient sich einer gewissen Vermittelung. Zwar erklärt sie, auch Vertreter der Presse Auskunft über alles Wissenswerte geben zu wollen, wenn sich diese Vertreter auf dem Polizeipräsidium einfinden, allein diese Vereitwilligkeit hat sein Wenn und Aber. Einmal ist es Sache der Kommissare, die eine bestimmte Sache bearbeiten, in welchem Umfange sie Auskunft geben wollen; die einzelnen Vertreter der Zeitungen sind damit abhängig von dem guten Willen der Dezerenten. Eine unabhängige Zeitung kann sich nicht gut in diese Abhängigkeit begeben, sie kann sich nicht dazu hergeben, die Namen bestimmter Kommissare im hellsten Lichte erstrahlen zu lassen, sie muß gelegentlich auch gegen die Kriminalpolizei Stellung nehmen, wenn sie glaubt, daß da und dort Fehler gemacht worden sind. Dann aber braucht die Kriminalpolizei die Presse und nicht umgekehrt die Presse die Kriminalpolizei. Ohne Presse kann die Kriminalpolizei in vielen Fällen, vor allem bei Verfolgung von Kapitalverbrechen gar nicht erfolgreich arbeiten. Und deswegen müßte die Kriminalpolizei die Verpflichtung haben, der Presse direkt ohne jede Vermittelung und ohne daß Pressevertreter nach dem Polizeipräsidium sich bemühen müssen, die für die Öffentlichkeit wichtigen Nachrichten zugehen lassen. Warum geschieht das nicht? Unser jetziger Leiter der Kriminalpolizei Herr Ober-Regierungsrat Hoppe, der in einigen hiesigen Blättern Gegenstand wiederholter einen ganz eigenartigen Ursprung verratender Angriffe gewesen ist, hat für die Bedeutung der Presse für die Kriminalpolizei volles Verständnis. Warum geht er nicht an eine solche Reform der polizeilichen offiziellen Berichterstattung an die Presse. Allerdings kann er das nur, wenn er sich auf seine Untergebenen verlassen kann.

Wenn man die Aussagen des Kriminalkommissars Wannowitz im Alensteiner Prozeß liest, nach der er seinerzeit die Presse mit unwareren Mitteilungen über den Stand der Untersuchung gegen den Hauptmann v. Eöben informiert hat, muß man allerdings über die Stellung der Kommissare eine eigene Meinung erhalten.

Die „Kölnische Volkszeitung“ ist über diese Handlungsweise Wannowitz sehr aufgebracht und schreibt:

„Durch diese höchst auffallende Äußerung hat sich der Kriminalkommissar W. nicht nur sich selbst geschadet, sondern auch die von ihm vertretene Behörde. Wenn die Vertreter der Polizei der Presse keine Mitteilungen machen wollen, so ist das ihre Sache; wenn sie es aber tun, so müssen ihre Mitteilungen unter allen Umständen wahr sein! Sonst sind sie keinen Pfifferling wert und das Publikum verliert jedes Vertrauen zur Polizei.“

So richtig das Urteil der „Kölnischen Volkszeitung“ sein mag, so wenig scheint sie die Tätigkeit der Kriminalpolizei zu kennen. Es ist durchaus nichts Neues, daß die Kriminalpolizei unwarere Mitteilungen in die Presse lanciert. Das kommt sehr oft vor. Aus anderen Prozessen, in denen es sich vor allem um Kapitalverbrechen handelt, ist wiederholt be-

kannt geworden, daß unwahre Mitteilungen mit der Absicht in die Zeitungen gebracht wurden, um eine bestimmte Spur um so sicherer verfolgen zu können.

Etwas anderes ist es, ob sich alle Zeitungen zur Verbreitung solcher Unwahrheiten hergeben. Zeitungen, die alle von der Polizei inspirierten Mitteilungen ohne weiteres glauben und gedanken- und kritillos abdrucken, werden sehr oft ihren Lesern Unwahrheiten vorsehen, während die unabhängige Presse, die ihre Pappenheimer kennt, viel gewissenhafter verfährt. Ein wenig anders wird es erst werden, wenn die Polizei ihre Mitteilungen an die Presse ganz allgemein als von ihr direkt ausgehend kennzeichnet und nicht ein Inspirationsystem aufrecht erhält, daß weder ihr noch der Öffentlichkeit Nutzen bringen kann. In diesem Falle erwächst der Polizei eine größere Verantwortung. Es wird zwar auch dann noch der polizeilichen Berichterstattung mancher Mißstand anhängen, aber eine Besserung gegen den bisherigen Zustand wird es immerhin sein.

Die Frage der Arbeitslosenversicherung

Soß nach einem Beschluß des Vorstandes des Deutschen Städtetages auf die Tagesordnung des nächsten Deutschen Städtetages gesetzt werden, außerdem soll wegen der Reichswertzuwachssteuer eine neue ausführlich begründete Eingabe an den Reichstag abgehen.

Die Gemeindefchulinder Berlins haben in dem laufenden Sommerhalbjahr sich weiter vermindert. Die Ueberlicht über die Klassenfrequenzen, die der Magistrat den Stadtverordneten Soeben vorgelegt hat, weist diesmal 228 307 Kinder nach, das sind wieder um 681 weniger als im letzten Winter. Der Rückgang dauert nun bereits volle zwei Jahre an: seit dem Sommer 1908, wo in unseren Gemeindefchulen noch 228 907 Kinder gezählt wurden, hat die Gesamtzahl sich um 2000 verringert. Auf die Ursachen dieser Erminderung, die immerhin auffallen muß, haben wir oft genug hingewiesen. Nachdem die andauernde Verringerung der Geburtenziffern schon längst zu einer immer deutlicher werdenden Sämälnerung des Zuwachses an Schullindern geführt hatte, kam in den letzten Jahren die so überaus schwer Wirtschaftskrise mit ihrem drückenden Arbeitsmangel, der zahlreiche Arbeiterfamilien zur Abwanderung aus Berlin nötigte.

Insoweit Gemeindefchulwesen kann dieser Ausnahmezustand insofern zugute kommen, als er die fortschreitende Herabsetzung der Klassenfrequenzen, die immer noch dringlich nötig ist, einigermassen erleichtert. Es ist aber sehr zu wünschen, daß die Schulverwaltung auch auf den erneuten Zustrom von Gemeindefchulindern, den die nächsten Jahre vermuthlich bringen werden, sich rechtzeitig rüstet. Die Mehrung der Schullhäuser und der Schullassen darf auch in ruhigen Zeiten nicht verlangsam werden, sonst können wir bei plötzlich eintretendem Mehrbedarf wieder eine recht unangenehme Schulnot erleben. Die 228 307 Gemeindefchulinder des laufenden Sommerhalbjahres verteilen sich auf 300 Schulen mit 5199 Klassen, so daß gegenüber dem letzten Winter sich vermehrt hat die Gesamtzahl der Klassen um nur 13, die Gesamtzahl der Schulen um keine. Man sieht, die Schulverwaltung hat den stillen Wunsch, in der Mehrung der Schulen und Klassen „sich nicht zu überstürzen“.

Uegen die Lustbarkeitssteuer

wendet sich auch der Verband Deutscher Gastwirtsgehilfen in einer Eingabe an die Stadtverordnetenversammlung. Es wird darin auseinandergesetzt, daß das Gastwirtsgeerbe für den Berliner Handel und Verkehr von der allergrößten Bedeutung ist. Waren doch nach der Gewerbebezahlung von 1907 in Berlin 20 085 gastwirtschaftliche Betriebe vorhanden gegen 18 601 im Jahre 1895. Die darin beschäftigte Personenzahl stieg in dieser Zeit von 34 448 auf 61 193. Der Fremdenverkehr in der deutschen Reichshauptstadt hat sich von Jahr zu Jahr erhöht. Im Jahre 1908 stiegen in den Berliner Hotels, Pensionen usw. nicht weniger denn 1 139 607 Personen ab, ein Mehr gegen das Vorjahr von 57 000 Personen. Das Ausland war hieran mit 203 485 beteiligt. Zu diesen kommen natürlich noch Hunderttausende von Fremden, die weil sie in Privathäusern wohnen, nicht gemeldet werden.

In der Eingabe der Gastwirtsgehilfen wird nun die Befürchtung ausgesprochen, daß, wenn die geplante Lustbarkeitssteuer Geseß wird, die gastwirtschaftlichen Angestellten schwer darunter zu leiden haben werden. Gelänge es den Gastwirten, die Steuer auf das Publikum abzumwälzen, so würden die Einnahmen an Trinkgeld, auf das — leider — die Kellner noch immer angewiesen sind, gekürzt werden. Andererseits würden die Gastwirte, wie das schon bei der Einführung der Finanzreform geschehen, versuchen, den Angestellten die Löhne zu kürzen bezw. sie durch allerlei Abgaben zu den Geschäftsunkosten heranzuziehen. Auf jeden Fall werde die Einführung der Lustbarkeitssteuer zur Folge haben, daß die Zahl der Festlichkeiten, die musikalischen und sonstigen Veranstaltungen aller Art erheblich zurückgehen, so daß auch auf diese Weise die gastwirtschaftlichen Angestellten durch verminderte Arbeitsgelegenheit außerordentlich geschädigt würden. Zum Schluß wird betont, daß es nicht Absicht und Aufgabe der städtischen Behörden sein könne, einen so erheblichen Teil der Mitbürger in wirtschaftliche Schwierigkeiten zu bringen.

Der russische Zar kennt sich nicht aus, wenigstens dann nicht, wenn er für die dem russischen Reiche geleisteten Dienste Auszeichnungen verleiht. Wie im „Berliner Salon“ erzählt wird, erschien kürzlich bei dem Stellvertreter des Berliner Polizeipräsidenten eine Abordnung der russischen Vorkasch, um Herrn Friedheim im Auftrage des russischen Zaren einen Beweis der Anerkennung zu überbringen in Gestalt des russischen Innenordens zweiter Klasse. Es stellte sich heraus, daß der so Bedachte bereits schon einmal dieser Anerkennung teilhaftig geworden war und sich im Besitze dieses Ordens befand. Darauf wurde der Orden wieder zurückgezogen, einige Tage später erhielt Herr Friedheim als Ersatz den Stanislausorden erster Klasse.

Mit dem Neubau des Aquariums auf dem Gelände des Zoologischen Gartens beschäftigte sich die Generalversammlung des Aktienvereins. Es scheint sicher zu sein, daß der Neubau zustande kommt. Die Aktionäre möchten nur für sich und ihre Angehörigen dauernd freien Eintritt zu den Sammlungen herauskönnen. Das ist aber, so wurde ihnen wiederholt vom Vorstandliche entgegengehalten, völlig unmöglich; denn das Aquarium würde dann unrentabel und nicht lebensfähig werden. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Geheimrat Lucas, betonte jedoch, daß den Aktionären für den Besuch des Aquariums Vorzugspreise eingeräumt werden würden. Außerdem soll es den Aktionären freigestellt werden, auf ihre Aktie 100 Mark zu zahlen, wofür ihnen und sechs Angehörigen dauernd freier Eintritt ins Aquarium gewährt werden soll. Die Verwirklichung rechnet darauf, daß aus diesen Zusahlungen 200 000 M. eingeht. Um die auf 800 000 M. veranschlagten Kosten des Aquariumneubaus zu decken, sollen für 600 000 M. neue Aktien ausgegeben werden, die einschließlich des dabei zu erstellenden Agios den Restbetrag von 200 000 M. ergeben würden. Gegen diesen Vorschlag wandten sich verschiedene Aktionäre in der Befürchtung, daß die neuen Aktien den Kurs der alten drücken und gleichzeitig das Erträgnis aus den Abonnementen stark schmälern

würden. Geh. Justizrat Kempner wies demgegenüber darauf hin, daß die Regierung in ihrer Eigenschaft als Aufsichtsbehörde eine weitere Vernehmung der Obligationsschuld nicht genehmigen würde. Eine Abstimmung konnte wegen Beschlusfähigkeit nicht erfolgen. In einer neuen Versammlung soll definitiv beschlossen werden.

Ein metallener Löwe von der Parochialkirche abgehängt. Bei dem Sturm, der in der letzten Nacht in Berlin und Umgegend herrschte, wurde an vielen Stellen Schaden angerichtet. Von der Parochialkirche in der Klosterstraße stürzte gegen 8 Uhr morgens ein zur Ornamentik des Kirchturms gehöriger Löwe aus Metall auf die Straße hinab. Der fast 2 Meter schwere Metallkörper hinterließ einen tiefen Eindruck auf dem Straßensplaster. Da sich infolge der frühen Morgenstunde gerade keine Passanten auf der Straße befanden, sind durch den Sturz Verletzungen von Personen nicht vorgekommen. Der heruntergestürzte Löwe hatte seinen Standpunkt auf einem Absatz des Kirchturms über der Uhr. Drei weitere Löwen stehen auf den übrigen Ecken des Turmabfahrs.

Todessturz aus dem Eisenbahnzug. Einem bedauerlichen Unglücksfall ist der 32jährige Privatbeamte Alfred Stock aus der Berliner Straße 123 in Friedrichshagen zum Opfer gefallen. Er, der in Berlin beschäftigt ist, benutzte den um 9 7 Uhr vom Sälzischen Bahnhof nach Königsberg in der Neumarkt abgehenden Zug in dem Glauben, es sei ein Vorortzug. Unmittelbar vor der Station Friedrichshagen öffnete er die Coupétür, um schnell aussteigen zu können. Der Zug hält aber nicht auf diesem Bahnhof, sondern erst in Werneuchen und der Privatbeamte, der in der offenen Tür stand, wurde durch einen heftigen starken Wind aus dem Zug heraus und unter die Räder geschleudert, die über ihn hinweggingen und seinen sofortigen Tod verursachten. Die Leiche des Verunglückten wurde gegen 1/2 12 Uhr nachts von einem Streckenwärter aufgefunden und nach der Leichenhalle in der Vornitzstraße gebracht.

Verkehrsnachricht. Am 1. Juli d. J. werden zwei bemerkenswerte Änderungen im Omnibusbetriebe vor sich gehen indem der Kreuzberg durch Verlängerung der heutigen Linie 10 (Stettiner Bahnhof—Anhalter Bahnhof) durch die Großbeerenstraße eine direkte Omnibusverbindung auch mit der nördlichen Friedrichstadt erhält.

Die heute am Kreuzberg endende Omnibuslinie 18 (Kreuzberg—Köpenicker Straße, Ede Michaelisstraße) wird an den Potsdamer Ringbahnhof verlegt und soll namentlich für die Fahrgäste der Potsdamer Ringbahn und der Wanneseebahn eine direkte Verbindung nach der Kochstraße, Jerusalemische, Oranienstraße, Alten Jakobstraße, Neuen Jakobstraße, Köpenicker Straße, Andreasstraße und dem Schießischen Bahnhof bilden. Diese Pferde-Omnibuslinie 18 (Schleißcher Bahnhof—Potsdamer Ringbahnhof) ist überhaupt die schnellste Verbindung zwischen den beiden Endpunkten, da sie den direktesten Weg wählt.

Kollision zwischen Schleppdampfer und Motorboot. Zu dieser in unserer Dienstanzeige gebrachten Meldung teilt uns Herr Erbenberg in Grünau als Besitzer der den Verkehr zwischen Grünau und Marienlust vermittelnden Motorboote mit, daß der Zusammenstoß nicht auf der von ihm befahrenen Strecke sich ereignete, sondern daß es sich um das Hebersechboot handelte, das den Verkehr zwischen Schmettelingshorst und Sportdenkmal vermittelte.

Auf der Brandstelle in der Alten Jakobstr. 23/24 hatte die Feuerwehr in der letzten Nacht ununterbrochen zu tun, um ein Wiederaufsteigen der Flammen zu verhindern. Zwei Löschlüge waren zur Stelle. Bald mußte hier, bald dort Wasser gegeben werden. Während heißer, meterhoch aufeinander liegender Brandschutt, vermischt mit großen Ballen von Fellen, heißen Resten von geschmolzenem Porzellan, Glas usw. und anderen unkenntlich gewordenen Dingen erstickten die Ablöscher. Toll sah es dort aus. Hier hing ein vollständiges Eisbäckel hoch in der Luft auf einem Draht, dort lagen Tausende von anderen Fellen bergeshoch aufeinander und an einer anderen Stelle viele Zentner bunter Glascherben. Gestern früh wurden die 2 Löschlüge durch drei andere abgelöst, denen auch noch recht viel Arbeit bevorsteht, denn noch fortwährend züngeln bald rechts, bald links, bald vorn, bald hinten neue Flammen, vom Winde angefaßt, mächtig empor. Der heiße Brandschutt wird mit den Fellen von der Brandstelle in die Höfe geworfen. Zahlreiche Interessenten und Angehörige auswärtiger Feuerwehren finden sich ein, um Studien zu machen.

Der Brand hat wieder einmal gezeigt, daß Holzgamentücher für die Löschung von großen Bränden in Bodenräumen unter solchen Dächern ein Hindernis für die Feuerwehr bilden. Diese Dächer können nicht eingeschlagen werden und das Weggehen derselben ist wegen der Einsturzgefahr kaum ratsam. Die Firma Geinrich & Co legt Wert darauf, mitzuteilen, daß der Brand nicht in ihren Räumen ausgebrochen ist. Nach den Ermittlungen ist er in den Lagerräumen der Maschinenfirma E. Stein ausgekommen und nicht sofort gemeldet worden. Durch eine Brandmauer, in der sich aber eine eisendeschlagene Tür befand, hat sich dann der Brand mit unheimlicher Schnelligkeit den übrigen Bodenräumen mitgeteilt, die sämtlich mit Waren aller Art, besonders aber Fellen, Ruchfedern, Mägen, Kisten, Kartons, Ballen usw. vollgefüllt waren. Den beiden schwer erkrankten Feuerwehrgenossen Hamann und Lütjck ging es gestern früh etwas besser. Leider haben sich aber noch einige Kameraden krankmelden müssen. Sie haben unter der Einwirkung des entsehligen Qualms und der großen Hitze gelitten.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Der ortsübliche Tagelohn gewöhnlicher Tagesarbeiter ist für den Stadtbezirk Charlottenburg neu festgesetzt worden. Er beträgt vom 15. Juli d. J. ab für männliche Arbeiter über 16 Jahre 3,80 M. (bisher 2,90 M.), für weibliche Arbeiter über 16 Jahre 2,20 M. (bisher 1,75 M.). Als Jahresarbeitsverdienst für alle versicherungspflichtigen Personen gelten die 800fachen Beträge dieser Tagelöhne, nicht der wirkliche Arbeitsverdienst. Infolge dessen erhöhen sich die Beiträge zur Invalidenversicherung. Gegenüber der jetzigen Markterverwendung tritt vom 15. Juli d. J. ab nur infolgedessen eine Änderung ein, als weibliche Personen über 16 Jahre, wenn sie als Diensthote, Portiersfrau, Aufwärterin usw. beschäftigt sind, statt wie bisher 20 Pf., jetzt 24 Pf.-Marken und zwar bereits für die am 1. Juli beginnende Woche verwenden müssen.

Vorhagen-Kummelsburg.

Aus der Gemeindevertretung. Vor Eintritt in die Tagesordnung der letzten Sitzung fand die Einführung des neugewählten besoldeten Gemeindefürsprechers (Beigeordneten) Wesseler statt. Hieran schloß sich dann die Einführung der bereits im März bei den allgemeinen Wahlen neugewählten Gemeindeverordneten Dr. Friedmann und Oberlehrer Nigte, wie des in der Nachwahl wiedergewählten Gemeindefürsprechers Winter an. Da die Verzögerung der Einführung des Oberlehrer Nigte auf eine Denunziation hin, welche Grundbesitzervereinsmitglieder und auch Gemeindevorstandsmitglieder an die vorsehliche Schulbehörde des Oberlehrer Nigte mit dem Ersuchen gerichtet hatten, dem Oberlehrer Nigte — weil sozialistischer Gesinnung verdächtig — die erforderliche Genehmigung zur Ausübung seines Mandats zu versagen, zurückzuführen war, so nahm unser Genosse John bei der Einführung die Gelegenheit wahr, um scharfe Kritik gegenüber den Denunzianten zu üben. Redner charakterisierte die Denunziation, entsprechend dem Zweck, der damit verfolgt wurde die Mittel, die dabei angewandt sind, als eine gemeine Handlungsweise, besonders bezeichnet es Redner als

äußerst beschämend für die ganze Gemeindevertretung, daß selbst Gemeindevorstandsmitglieder sich zu einer solchen verwerflichen Denunziation hergeben haben. Oberlehrer Nigte konnte dann auch noch selbst mitteilen, daß die Denunziationsschrift die größten Unwahrheiten enthalten habe. — Die beteiligten Gemeindefürsprecher bewiesen bei der Debatte ihre besondere Tapferkeit dadurch, daß sie sich ins tiefste Schweigen hüllten, — nur der unentwegte Herr Schöffe Stiebitz suchte auch hierbei wieder mal durch seine schon bekannten Räpchen diese ernste Angelegenheit als eine Sache darzustellen, welche nur allein die Beteiligten (Denunzianten und Denunzierten) angeht. — Gemeindevorsteher Pettritz, ein ganz neues Licht des Vorhagener Grundbesitzervereins, erklärte auch noch ganz naiv, daß seines Wissens der Provinzialschulbehörde nur das sozialdemokratische Gemeindefürsprecherblatt, welches zur Wahl des Oberlehrer Nigte aufgefordert hatte, eingeschickt worden sei, er könne hierin eine Denunziation nicht erblicken, und im übrigen sei von der anderen Seite ebenfalls denunziert worden. Nachdem unsere Vertreter die paar nichtigen Einwände als die Tat selbst nach keiner Seite hin entschuldigend nachgewiesen hatten, schloß auf Grund eines von der bürgerlichen Mehrheit angenommenen Schlußantrags der Bürgermeister die für die Beteiligten äußerst blamable Debatte. — Beigeordneter Moser wurde hierauf zum stellvertretenden Vorsitzenden für das Gewerbe- und Kaufmannsgericht gewählt. — Nachdem noch einige unwesentliche Vorlagen debattiert genehmigt worden waren und die Zustimmung zur Unfallversicherung der Mitglieder der freiwilligen Feuerwehr einstimmig erteilt worden war, entstand eine längere rege Diskussion über die Aenderung der Besoldungsordnung für die Lehrpersonen an den hiesigen Volksschulen. — Die königliche Regierung in Potsdam hat von der Gemeindevertretung beschlossenen Besoldungsordnung für die Volksschullehrpersonen in bezug auf die Ortszulagen der technischen Lehrerinnen die Bestätigung versagt. Sie begründet ihren ablehnenden Standpunkt damit, daß benachteiligte, besser situierte Gemeinden, insbesondere die Stadt Lichtenberg, erheblich geringere Ortszulagen für die technischen Lehrerinnen festgesetzt hätten. Die Regierung macht den Vorschlag, die Ortszulagen der technischen Lehrerinnen von 400 M. auf 100 M. herabzusetzen. Schuldeputation und Gemeindevorstand haben diesem Vorschlag der Regierung zugestimmt, der Gemeindevorstand beantragte nun, die Besoldungsordnung dementsprechend zu ändern. Unsere Vertreter wie auch Oberlehrer Nigte wandten sich entschieden dagegen, daß die einmal bewilligten und bereits gezahlten Zulagen in dem von der Regierung gewünschten Umfange herabgesetzt werden. Der Bürgermeister wies warnend in der Debatte darauf hin, daß, wenn wir der Regierung den Befallen der Herabsetzung bis auf 100 M. nicht erweisen würden, wir zweifelsohne das bisherige Wohlwollen der Regierung einbüßen würden. Diese Ausführungen genügten den bürgerlichen Vertretern, um auch den schwankendsten unter ihnen zur Raison zu bringen. Ein Antrag des Oberlehrer Nigte, wenigstens 200 M. festzusetzen, wurde mit 14 gegen 8 Stimmen abgelehnt, dagegen wurde der Antrag des Gemeindevorstandes, nur 100 M. zu bewilligen, mit dem gleichen Stimmenverhältnis angenommen. — Hierauf wurde noch einstimmig beschlossen, die für das Wahlbezirksgrundstück zu zahlenden Zinsen im Jahresbetrage von 81 000 M. durch Anleihe zu decken. — Unter verschiedenen brachte Genosse Berger verschiedene Vorschläge der Gemeindevorsteher gegen den Straßenmeister und Oberführer der freiwilligen Feuerwehr Riehlisch vor. Die Gemeindevorsteher sollen sich besonders bedrängt fühlen, daß vom Straßenmeister darauf gesehen wird, daß sie dem Vaterländischen Arbeiterverein beitreten, auch soll die sonstige Behandlung der Straßenarbeiter, welche dem Straßenmeister gleichzeitig auch als Feuerwehrleute unterstellt sind, eine schroffe und entwürdigende sein, vielfach soll der Straßenmeister auch verlangen, daß die Arbeiter vor ihm stramm zu stehen haben. Nachdem fast von allen Seiten das Vorgehen des Straßenmeisters beurteilt worden war, erklärte der Bürgermeister, die Sache unterziehen zu wollen und in der nächsten Sitzung Bericht zu erstatten. Genosse Günther beantragte dann noch, daß die Mittel zur Beschaffung des diesjährigen Gewerbegerichtstages zu Rölln bewilligt werden möchten; der Bürgermeister erklärte hierzu, daß der Gemeindevorstand bereits einen diesbezüglichen Antrag der Gewerbegerichtsbeisitzer aus Mangel an Geld abgelehnt habe. Nach längerer Diskussion lehnte auch die Gemeindevertretung mit derselben Begründung mit 13 gegen 10 Stimmen die Bewilligung von 280 M., die hierzu nötig sind, ab.

Schöneberg.

Zu dem Veracht von einem Morde gab ein Leichenfund Veranlassung, der gestern Abend in der Herberichstraße 8 gemacht wurde. Dort wurde auf der Treppe ein etwa 30-jähriger, anscheinend dem Arbeiterstande angehöriger Mann tot aufgefunden. Da bei der Leiche weder die Uhr noch Portemonnaie entdeckt wurde, nahm man zuerst an, daß der Mann das Opfer eines Raubmordes geworden sei. Diese Vermutung bestätigte sich aber nicht; die ärztliche Untersuchung ergab vielmehr, daß der Verstorbene, dessen Körper keinerlei äußere Verletzungen aufwies, einem Herzschlage erlegen ist.

Lichtenberg.

Die letzte Mitgliederversammlung des Wahlvereins nahm zunächst einen Vortrag des Genossen Piez über „Unsere Politik“ entgegen. Hierauf wurde unter Vereinsangelegenheiten u. a. dem Bunde Ausdruck gegeben, daß die Wahl der örtlichen Bezirksfunktionäre geheim vorgenommen werden möge.

Mariendorf.

Heberfahren und getötet. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern Freitag, früh in der Chausseestraße. Der 11-jährige Sohn Paul des Restaurateurs Viermann war auf einen vorüberfahrenden Kohlenwagen gestiegen und wollte diesen während der Fahrt verlassen. Beim Abpringen geriet er unter den Wagen, dessen Hinterräder ihm über den Körper hinweggingen. Der Knabe erlitt so schwere innere Verletzungen, daß er wenige Minuten später verstarb. Die Leiche des Verunglückten wurde polizeilich beschlagnahmt und nach dem Mariendorfer Schauhaufe übergeführt.

Tempelhof.

Ueber Finanz- und Tagespolitik referierte in gutbesuchter öffentlicher Versammlung im Lokal von Freidewich Genosse M. Grünwald. Der Redner deutete die Sünden auf, die der aus den Hottentottenwäldern herbeigekommene Reichstag an dem deutschen Volke begangen hat und übte dann scharfe Kritik an der preussischen Politik. In der Diskussion besprach Genosse M. Schmidt unter lebhafter Zustimmung der Versammlung einen Beschluß der Gemeindevertretung, durch den für die Ausbesserung der Straßen anlässlich des 25-jährigen Jubiläums des Kriegervereins Gelder bewilligt werden. Auch habe man einen Teil der Gemeindevorsteher und Angestellten bei dieser Gelegenheit ihrer eigentlichen Tätigkeit entzogen. Leider seien die gewählten Vertreter der Arbeiterschaft durch Beschluß der Gemeindevertretung an der Ausübung ihrer Mandate verhindert, und so benutze er die Gelegenheit, um in öffentlicher Versammlung gegen eine solche Verschleuderung von Geldern aus allgemeinen Mitteln aufs energischste zu protestieren.

Stralau.

Einem tüchtigen Schritt vorwärts hat nun auch in unserem Ort die Jugendbewegung getan. Der vor kurzer Zeit gegründete Verein „Arbeiter-Jugendheim“ zählt zurzeit 120 Mitglieder. In der letzten Mitgliederversammlung beauftragte die eingesezte Kommission den Anführer an das Jugendheim Kummelsburg; die Errichtung eines eigenen Jugendheims sei mit vielen Schwierigkeiten verbunden. Die Versammlung beschloß demgemäß, der Jugendauschuss bestche aus sieben Personen.

Am Donnerstag wurde bereits die Einführung der Stralauer Jugendlichen ins Kummelsburger Heim vorgenommen. Die Jugendlichen waren der Einladung des Ausschusses zahlreich gefolgt. Genosse Nigte vom Kummelsburger Ausschuss hielt die Eröffnungs-

feierlich willkommen; namens der Jugendlichen sprach Gebel den Dank aus für die freundliche Aufnahme. Genosse Wessel wies darauf hin, daß auch Bürgerliche den Plan gefaßt hätten, in Stralau ein Jugendheim zu errichten, er warne jedoch vor dem Beitritt; die Stralauer Schulklassen arbeitende Jugend habe nun, ihr Heim, und nur dieses komme für sie in Betracht. In bester Stimmung traten die Jugendlichen später den Heimweg an. — An die Parteigenossen und Eltern richten wir an dieser Stelle die dringende Bitte, dem „Verein Jugendheim“ beizutreten und außerdem die Bestrebungen des Jugendauschusses tatkräftig zu unterstützen.

Treptow-Baumshulenberg.

Der Gesangverein „Liedesfreundschaft“ (M. d. A.-S.-V.) feiert morgen Sonntag, wie jedes Jahr, sein Waldfest in der Königsheide. Freunde des Gesanges und froher Unterhaltung in der freien Natur sind dazu eingeladen.

Rahnsdorf.

Aus der Gemeindevertretung. In Rahnsdorf nimmt man's nicht so genau. In die Wählerliste werden ein paar hundert zum Teil nichtwahlberechtigter „Korenfen“ aufgenommen, in die Wahlprüfungscommission wird derjenige gesetzt, gegen dessen Wahl mehrere Proteste vorliegen, zum Verdrüßlicher über das Ergebnis der Wahlprüfungen ernannt die Kommission wieder den mit Protesten bedachten, dieser nimmt auch seelenruhig an und erstattet das Gutachten über seine eigene Wahl und die seiner Kollegen. Und der Bericht des Herrn Braam? „Es sind ja allerdings Unregelmäßigkeiten bei der Wahl vorgekommen, aber wir leben in einer kleinen Gemeinde und da darf man nicht alles so genau nehmen.“ Das der Sinn. Die Gemeindevorsteher nicht verständnisvoll und die Wahl des Herrn Braam und Kollegen ist gültig. Damit sind die sechs Proteste erledigt. Vielleicht hätte ein zweiter die Allgemeininteressen ebenso beruhigender Punkt gleich schnelle Erledigung gefunden, wäre nicht ein unerwarteter Zwischenfall eingetreten. Der Gaswerksbesitzer Weich hatte die Gemeindevertretung angegangen, ihm neben der ersten von 100 000 Mark noch eine zweite unkündbare Hypothek von 50 000 Mark zu geben; nur durch Ankauf des Gaswerks durch die Gemeinde sollten beide Hypotheken wieder an diese zurückgehen. Hiergegen erhob ein Gemeindevorsteher seine warnende Stimme. Es sei ihm zu Ohren gekommen, daß die maschinelle Einrichtung des Gaswerks sowie das Rohrnetz garnicht Eigentum des Herrn Weich sei und es bestehe deshalb die Möglichkeit, daß die Vergabe des verlangten Kapitals gleichzeitig den Verlust bedeuten würde. Wohl oder übel mußte nun der Antrag Weich bis zur Erledigung der erforderlichen Nachprüfungen zurückgestellt werden. Die Uebergabe der Gasversorgung an einen Privatunternehmer beginnt sich zu rücken; auch die Verhandlung so eminent wichtiger Fragen wie die obige durch die Gemeindevertretung dürfte doch bald der Einwohnerschaft die Augen öffnen.

Friedrichshagen.

Am Sonntag, den 26. Juni, nachmittags 4 Uhr, hält der hiesige Arbeiter-Turnverein „Vorwärts“ auf dem Gemeindefeld hinter der Thormasse ein Schauturnen ab. Diese Veranstaltung hat den Zweck, immer weitere Kreise von der Zweckmäßigkeit des Turnens zu überzeugen. Da jedermann unentgeltlich Zutritt hat, wird ein reger Besuch gewünscht.

Reinickendorf-West.

Ueber den Entwurf der Reichsversicherungsordnung referierte in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins Genosse R. Robinson. Genosse Wehr gab hierauf bekannt, daß das Stützungsfest des Wahlvereins umständlicher nicht am 17., sondern am 24. Juli abgehalten wird. Einem Beschluß der Genossinnen zufolge soll in den Monaten Juli, August und September der Lesebund ausfallen. Zur Reueaufnahme hatten sich 16 Genossen und eine Genossin gemeldet.

Am Sonntag, den 26. Juni, feiert der Arbeiter-Radsportverein im Lokal von Gördes, Eichhorn, Ede Waldstraße das 6. Stützungsfest. Da der Verein sich stets zu allen Veranstaltungen der Partei zur Verfügung stellt, werden die Parteigenossen gebeten, das Fest regen zu besuchen.

Jugendveranstaltungen.

Steglitz und Umgegend. Heute Sonnabend findet bei Schellke, Steglitz, Ahornstr. 15a, die Generalversammlung der freien Jugendorganisation für Steglitz und Umgegend statt. Außer Vereinsangelegenheiten steht ein Vortrag des Schriftführers Simon Katzenstein über „Alkohol und Jugendbewegung“ auf der Tagesordnung. Auch die erwachsene Arbeiterschaft ist zu dieser Versammlung eingeladen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 26. Juni, vormittags 9 Uhr, Doppel-Klee 15—17: Freireligiöse Vorlesung. Vormittags 11 Uhr: Kleine Frankfurter Straße 6: Vortrag von Herrn Dr. H. Wille: „Erlösung von der Sphäre“. Damen und Herren als Gäste willkommen.

Sozialdemokratischer Zentralwahlverein Krummholz-Friedberg, Ortsgruppe Berlin. Sonntag, 26. Juni, nachmittags 3 Uhr: Mitgliederversammlung bei Lohm, Lützner Str. 79.

Amstlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Fleisch. Futur reichlich, Geschäft lebhaft, Preise unverändert. Wild: Futur gemäßig, Geschäft rege, Preise bedrückend. Geflügel: Futur knapp, in Gänzen reichlich, Geschäft lebhaft, Preise in Gänzen gedrückt, sonst hoch. Fische: Futur mäßig, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Saisonsäfte: Futur gemäßig, Geschäft schleppend, Preise gedrückt.

Witterungsübersicht vom 24. Juni 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Luft	Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Luft
Schwetznitz	750	SW	5	bedeckt	14	Paparanda	759	DRO	4	wolfig	11
Damburg	756	SW	4	bedeckt	14	Petersburg	757	WRO	1	wolkenlos	10
Berlin	756	SW	4	bedeckt	15	Stettin	755	WRO	5	bedeckt	14
Frankf. a. M.	759	SW	4	wolfig	15	Oberhausen	755	SW	4	Dunst	10
Wilmshagen	761	SW	4	bedeckt	15	Paris	759	SW	2	bedeckt	15
Wien	760	SW	3	wolfig	15						

Wetterprognose für Sonnabend, den 25. Juni 1910. Teilweise aufklarend, vormittags trübe mit Regenschauern und ziemlich frischen südwestlichen Winden; Temperatur wenig verändert.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 23. 6.	am 22. 6.	am 21. 6.	Wasserstand	am 23. 6.	am 22. 6.	am 21. 6.
Remel, Mühl	—	—	—	Saale, Groditz	126	—	—
Bregel, Jüterburg	—44	—4	—	Havel, Sandau	37	+6	—
Seefeld, Thora	—0	—2	—	Raidenow	27	—1	—
Oder, Rathbor	118	—10	—	Spree, Spremberg	50	—4	—
„ „ „ „ „ „	123	+10	—	„ „ „ „ „ „	74	0	—
„ „ „ „ „ „	114	+7	—	„ „ „ „ „ „	—4	+8	—
„ „ „ „ „ „	—	—	—	„ „ „ „ „ „	2	—2	—
„ „ „ „ „ „	—49	—1	—	„ „ „ „ „ „	668	—16	—
„ „ „ „ „ „	—30	0	—	„ „ „ „ „ „	435	—16	—
„ „ „ „ „ „	—30	—25	—	„ „ „ „ „ „	478	—3	—
„ „ „ „ „ „	—70	—16	—	„ „ „ „ „ „	140	—5	—
„ „ „ „ „ „	193	—5	—	„ „ „ „ „ „	153	0	—
„ „ „ „ „ „	165	+10	—	„ „ „ „ „ „	65	+4	—

) + bedeutet Wunsch, — Fall. Unterpeel. *) Höchster Wasserstand: 481 cm bis zum 23. um 7 Uhr morgens anhaltend.

Abzahlungsgeschäfte

Credit-Haus Bellealliance

Credit-Haus Moabit

Lubascher & Rosenheimer

Fritz Schnicke

Alkoholfreie Getränke Franz Abraham

Goldtröpfchen

Sinalco (Bilzbrause)

Si-Si

F. Falk

Bäckereien, Konditor

Oskar Hanke's Brotbäckerei

Hankes Brotbäckerei

Carl Kappler

Kunze, Grossbäckerei

Rich. Liebenow

Mache, Carl

Peter's Großbäckerei

Th. Turban

Ulbrich

Badanstalten

Bad Ostend

Bad Petersberg

Bandegon, Gummler

Ercheint 2 mal wöchentl.

Wende, A.

Boerdig.-Anst. Sargm.

Belucht.-Gegenst.

Berufsaufleitung

Wilh. Scholem

Schuch, M.

Cacao, Chocolate

Cyliax, G.

Seiffert, Erich

Bergbrauerei

Patzenhofer Brauerei

Berliner Bock-Brauerei

BORUSSIA

Brauerei "Germania"

Brauerei Königstadt

Brauerei Pfefferberg

Caramel-Weißbier

Groterjans

Kaiser-Brauerei A.G.

S. D. Moewes

Phönix-Brauerei

Richter & Co., J. C. A.

Roland

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Butter, Eier, Käse

J. F. Assmann

Oskar Beck

A. Däweritz

Carl Franke

F. Hagen

Hasse, Wilh.

Kosmalla, E.

Maeding, J.

Möller, Ernst

Butterhandlung Fritz Muth

Nordstern

Pomorski, Paul

Schröter, R.

Cigarrenhändler

Adelt, A. G.

Böckmann, J.

Frei-Rauch

Alb. Kasulke

Fahrrad-Vertrieb

Fahrrad-Lohmann

Fahrrad-Vertrieb

Damenkonfektion

Hugo Ahronfeld

Carl Spitzer

Eisen- u. Stahlw. Waff.

Gercke & Wolfram

Rob. Heinze

C. Müller

Jacob, Otto

Kiessling, G.

Knieschase, A.

Rurt Kraacke

Lamprecht, Martin

Linde, F.

Olak, Mann

Frantz Müller

Paschke, Max

Rössel, F.

Rühlmann, P.

Schröder, G.

J. C. Schütze

Helms, Schupke

Sellach, Th.

Georg Slatinowski

Paul Tieg

Wolf, Carl

Franz Wollmer

Berliner Fleisch-Consum

Wurst, Speck, Schinken

Anton Fehlau

Fleisch- u. Wurst-Centrale

Oskar Kühn

Wilh. Vogel

Wähle, Gust.

Grammoph. Sprechm.

Becker, W.

Goetsch, Frd.

Hoppe, A.

Hoyer, A.

Jendrosch & Co.

Jahre, M.

Look's Rollschuh

Phonographen-Ratz

Pietsch, Hugo

Haus- u. Küchengeräte

Dähnert, O.

Graff & Heyn

Kramnik

Krüger, Rudolf

Küchen-Schreiber

Lehnert, Emil

Unterstehende Geschäfte

Schönland & Sohn

Werner, Erich

Karl Westhof

Hüte, Mützen u. Pelzw.

Bazar Norden

Beise, Rud.

Casper, Ed.

Cohn, Simon

Drows, Alwin

Frenzel, Alb.

Graff & Heyn

M. Grund

Haase, Rich.

Hub-Centrale

Kehr-Hüte

Krüger, Otto

Littauer, Fr.

LOBER-HÜTE

Lucht, Paul

Mandel's Hutfabrik

Nord-Out

Papst, A.

Pertal, A.

Paul Just

Kaseltz

Krüger, Bernhard

Kühn, Oswald

Kupfer, O.

Leppert, Fritz

Max Lüge

Liebig, Georg

Liesinger, Otto

Gustav Linke

Lips, Chamissoplatz 8

Luckner, Felix

Lutze, Herm.

Martens, Franz

Matzschke, A.

Max Lange

Karl Mercier

Michaelis, Paul

Newen, Adolf

Nlosch, Adolf

Moritz, Alfr.

Müller, G.

Münchow, Rob.

Murnigkelt, G.

Continuation of the directory listing on the next page.

